

Die Spenden müssen das Kennwort "CHILE-NACHRICHTEN" tragen, da sie sonst kein allgemeines Spenden zur Unterstützung des politischen Kampfes in Chile zugeschlagen werden.

Die Kostendeckung wird erreicht, wenn man sich an folgende Übersicht hält:

- Solidaritätspreis - bei direkter Abgabe DM 1.-
- bei Zusendung innerhalb Berlins DM 1.50
- bei Zusendung innerhalb der BRD DM 2.-

Daraus folgt bei etwa monatlichem Erscheinen der normalen Nummern und zeitweiligem Erscheinen von Sondernummern (vorbehaltlich des Gleichbleibens des Portos) - bei Berücksichtigung der Kosten für Büromaterial - das

- ein Jahres-Abonnement in Berlin DM 25.- Solidaritätspreis beträgt
- ein Jahres-Abonnement innerhalb der BRD DM 30.- Solidaritätspreis beträgt

Wir wollen die notwendigen Schritte unternehmen, um die Portokosten zu senken und den Versand über den Postzeitungsdienst zu ermöglichen.

Die Chile-Komitees und interessierte Buchläden können mehrere Exemplare einer Nummer gegen Voreinsendung von DM 0.50 pro Exemplar erhalten, wobei davon ausgegangen wird, daß sie zum Solidaritätspreis von DM 1.- verkaufen und die Erträge der Öffentlichkeitsarbeit des jeweiligen Komitees oder dem Spendenkonto zugewiesen werden.

"Sí, compañero" ist ein Informationsbulletin in spanischer Sprache für lateinamerikanische Flüchtlinge, das ab 20. Februar über die Redaktion in Berlin zu beziehen ist.

Die Redaktion bittet dringend darum, daß alle Nachrichten und Beiträge so früh wie möglich eingesandt werden, damit die eigentliche Redaktionsarbeit zeitlich besser verteilt werden kann. Bitte auch alle Broschüren, Infos, Mitteilungsblätter etc. an die Redaktion schicken, damit wir darüber informieren können.

"CONDOR", die deutschsprachige Zeitung Santiagos bringt in ihrer Nummer vom 5. Januar 1974 folgendes Gedicht:

AN DIE MILITÄRS

Sie gaben uns die Freiheit, / Sie gaben uns das Recht.
 Und trotzdem machen viele / Die Militärs noch schlecht.
 Wer's glaubt, der hört auf Lüge, / Verkennt den Hintergrund.
 Das Land war ganz zerschlagen, / Des Volkes Seele wund.
 Die Streitkräfte befreien / Und gaben uns das Recht,
 Nun wieder Mensch zu werden / Statt unterdrückter Knecht.
 Sie wecken Lust zur Arbeit! / Versprochen wird nicht viel.
 Sie wissen: Viel Gerede / Führt nicht zum rechten Ziel.
 Blickt tiefer und erkennt es: / Die Militärs sind echt!
 Sie geben uns die Freiheit, / Sie geben uns das Recht!
 Verantwortungsbewußtsein / Und Disziplin und Mut
 Verhalten aus dem Elend... / Es wird noch alles gut.

Deutsch-Nienhof, Okt. 1973

Redaktion dieser Nummer: Redaktionskollektiv
 Presserechtlich verantwortlich: Clarita Müller-Plantenberg
 Redaktionschluß für die nächste Nummer: 14. März 1974
 Letzter Einsendetermin: 11. März 1974

Alle Nachrichten, Beiträge und Bestellungen sind zu richten an:
 Redaktion der CHILE-NACHRICHTEN, c/o ESB
 1 Berlin 31, Koblener Str. 3, Tel.: (030) 8538000

CHILE-NACHRICHTEN

NUMMER 13

19. 2. 74

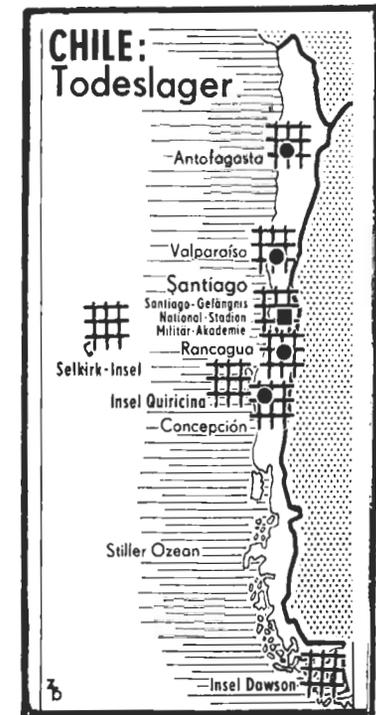
WESTBERLIN

DIE VERFOLGUNG LÄSST NICHT NACH

INHALT

DIE VERFOLGUNG LÄSST NICHT NACH	1
- Die Kampagne "Oscar Garretón"	6
ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE	
- Das schwierigste Jahr - für Pinochet	8
- Die Situation der Hochschulen in Chile	12
- Die Propagandawelle der Junta	15
DOKUMENTE	
- Erklärung der Chilenischen Linken	16
- Botschaft des MIR	26
ANALYSE	
- Krisen des Kapitalismus und militärische Intervention in Chile	31
CHILE UND LATEIN-AMERIKA	
- Bolivien: Arbeiter und Bauern kämpfen gemeinsam gegen das faschistische Regime	44
- Argentinien: Brief aus Buenos Aires	45
CHILE UND DIE BUNDES-REPUBLIK	
- Verfassungstreue schützt vor Faschismus nicht	50
FLÜCHTLINGE	55
INFORMATIONEN	57
BIBLIOGRAPHIE	59
DISKUSSIONSFORUM	61
REDAKTIONSNACHRICHTEN	63

Erst mit der Zeit werden viele der brutalen Verbrechen in allen Einzelheiten bekannt, mit denen die chilenischen Militärs ihren Terror entfalten.
 Ein besonders krasser Fall, der durch Zeugen aus kirchlichen und diplomatischen Kreisen belegt ist, so daß der Junta keine Möglichkeit bleibt, ihn abzuleugnen, ist der Tod des vietnamesischen Biochemikers und Nuclearmediziners Dr. Que Phung Tran Huyuh, der in Chile



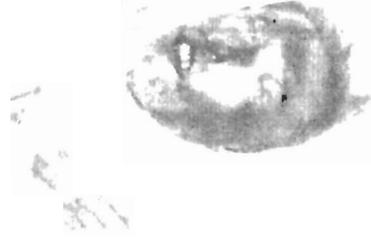
eine neue Heimat gefunden hatte. Am 27. November wurde er mit grausamen Foltermerkmalen, fast bis zur Unkenntlichkeit entstellt, zusammen mit vier jungen Mitgliedern der Sozialistischen Partei, die man erschossen hatte, im Oberklassenviertel von Santiago gefunden.

Dr. Tran war nach dem Putsch verhaftet gewesen, aber wieder freigelassen worden. Seine Papiere waren in Ordnung. Zum Verhängnis wurde ihm, daß er den jungen Sozialisten zur Flucht in eine Botschaft verhelfen wollte.

Seine chilenische Frau, die ihn im Leichenschauhaus zu identifizieren hatte, konnte ihn wegen der Foltermerkmale kaum wiedererkennen, aber sie konnte keine Schußwunde feststellen. Dr. Tran war zu Tode gefoltert worden, wie es das Dekret Nr. 81 der Junta verlangt, das vorschreibt, daß die, die einem Gesuchten helfen, strenger behandelt werden als die Gesuchten selbst.

Dr. Tran,

zu Tode gefoltert.



Darüber, daß solche Vorkommnisse wie der Foltertod von Dr. Tran keine Einzelercheinung ist, kann heute kein Zweifel mehr bestehen. Bester Beweis ist, daß die Junta dem ausführlichen Bericht der Kommission von Amnesty International, die im November in Chile war und die weitverbreitete Existenz von Foltern, Erschießungen, Verhaftungen aus rein politischen Gründen nachwies, nichts Konkretes entgegenzusetzen hatte und nur abstrakt den Vorwurf der Einseitigkeit, Voreingenommenheit und Oberflächlichkeit erhob.

Die Prozesse gegen zivile politische Gefangene beginnen jetzt verstärkt anzulaufen, nachdem die Militärjustiz zuerst in den eigenen Reihen des Militärs gewütet hat. Wie sehr man sich dabei über alle Rechtsnormen hinwegsetzt, wird beispielsweise klar am Fall des international geachteten Professors Nicolas Vega, der inzwischen von mehreren deutschen Universitäten eingeladen ist.

Professor Vega ist zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Das Delikt, das man ihm vorgeworfen hat, besteht darin, daß er der Vizerektor (d.h. der verantwortliche Leiter) der Abteilung der Staatsuniversität in der Provinzstadt Osorno war und daß in einem Studentenheim, das von den Studenten dieser Universität verwaltet wurde, am Putschtag einige alte unbrauchbare Waffen gefunden worden waren, für die die Anmeldefrist noch gar nicht abgelaufen war. Das bedeutet: Er war erstens nicht verantwortlich für etwas, das zweitens gar kein Delikt war, und wurde drittens nach dem Kriegsrecht verurteilt, das zu dem Zeitpunkt, in dem das angebliche Delikt verübt wurde, überhaupt noch nicht galt. Der Generalsekretär der Universi-

tät in Osorno sowie einige Studenten wurden in der gleichen Sache zu ähnlich hohen Strafen verurteilt.

Es ist für jedermann klar, daß der Verteidigung der politischen Gefangenen unter solchen Umständen große Bedeutung zukommt. Selbst wenn man mit der Willkür der Militärjustiz rechnen muß, bleibt die Chance, durch gute Anwälte das Schicksal der politischen Gefangenen wesentlich zu verbessern. Solche Anwälte aber sind teuer. Es ist daher dringend, daß über die Konten der Chile-Komitees oder über Amnesty International Geld für die Verteidigung der politischen Gefangenen aufgebracht wird.

LETZTE NACHRICHTEN ÜBER BAUTISTA VAN SCHOUWEN.

In den letzten Tagen ging uns folgender Brief von Beatriz Allende, der Tochter Salvador Allendes, zu:

Werte Genossen, die internationale Presse informiert, daß sich der Genosse Bautista van Schouwen, Mitglied der Politischen Kommission der Bewegung der Revolutionären Linken, MIR, mit Schußverwundungen im Militärkrankenhaus von Santiago in den Händen der faschistischen Militärjunta befindet. Direkte Nachrichten aus dem Land bestätigen diese Meldung und fügen hinzu, daß der Genosse van Schouwen barbarisch gefoltert wurde und Gefahr läuft, sein Leben zu verlieren.

Deshalb ersuche ich Euch, die schon unternommenen Anstrengungen zu verdoppeln, um zu erreichen, daß das Leben dieses Genossen respektiert wird. Ebenso auch das Leben des Genossen Alejandro Jiliberto, Mitglied der politischen Kommission der Sozialistischen Partei, der kürzlich gefaßt wurde und über dessen Schicksal man nichts weiß.

Ich benutze diese Gelegenheit auch, um das Ersuchen an die Genossen zu wiederholen, zu helfen, daß man für die Genossen Luis Corvalán, Anselmo Sule, Clodomiro Almeyda, Pedro Felipe Ramirez, Vicente Sota und alle, die sich im Konzentrationslager der Insel Dawson befinden, die Freiheit erreicht.

Brüderlich Beatriz Allende



BAUTISTA VAN SCHOUWEN

Das Aachener Chile-Komitee hat den Chile-Komitees und allen Personen, Gruppen, Organisationen, Gewerkschaften, Verbänden, Parteien und Kirchen vorgeschlagen, eine Kampagne für die politischen Gefangenen in Chile und gegen den Terror durchzuführen. Hier die konkreten Argumente und Vorschläge aus Aachen:

Die kriminelle Unterdrückung, die die chilenische Militärjunta am 11. September 73 gegen die breiten Arbeiter- und Bauernmassen und ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen begonnen hat, hat seitdem auf der ganzen Welt Millionen Menschen und Tausende von entschieden antifaschistischen und sozialistischen Organisationen in gemeinsamen Protestaktionen und -deklarationen zusammengefaßt.

Das Ausmaß und die Stärke dieses Protestes zeigt, daß durch den blutigen Schlag der faschistischen Militärs in Chile sich auch große Massen der arbeitenden Bevölkerung in Westeuropa und den USA betroffen fühlen, betroffen in ihren Hoffnungen auf mehr als formale Demokratie und betroffen auch in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Dies erklärt unter anderem, daß neben dem Weltgewerkschaftsbund (Prag) auch der internationale Bund Freier Gewerkschaften, die Internationale Föderation Christlicher Gewerkschaften und sogar die Gewerkschaftsspitze der USA, die AFL/CIO, sich entschieden gegen den reaktionären Terror in Chile gewandt haben.

Es muß jedoch heute klar gesehen werden, daß das Ausmaß und die potentielle Macht dieses Protestes und seiner Träger in keinem Verhältnis mehr zu den konkreten Resultaten steht, die diese weltweiten Aktionen in Chile selbst hervorbringen konnten.

Die neuesten Entwicklungen in Chile, laut unwiderlegten Berichten von Presse, Amnesty International, Kirchen usw. zeigen im Gegenteil folgendes:

- in der Militärjunta selbst ergreifen immer mehr offen faschistische Kräfte die Oberhand, die das jetzige Terrorregime auf unbestimmte Zeit ausdehnen wollen.
 - Der von der Junta selbst noch im September deklarierte "estado de guerra interno" (interner Kriegszustand) wird weiter verschärft.
 - Gerade in letzter Zeit, in den ersten Tagen dieses Jahres, hat die Junta neue Massenverhaftungen durchgeführt. Mehrere Sportstadien in den Provinzen, von wo Gefangene im Dezember 1973 in die Konzentrationslager im Norden und Süden abgeführt worden sind, haben sich neu gefüllt.
 - Wie es die dreiköpfige Delegation von Amnesty International nach ihrem Besuch in Chile bestätigt hat, werden Politische Gefangene in Chile massenhaft, und neuerdings mit Hilfe ausländischer "Experten" methodisch gefoltert.
 - Politische Gefangene werden weiterhin bei Folterungen, angeblichen Fluchtversuchen und durch das Unterlassen von ärztlicher Hilfe ermordet.
 - Mit einem Wort: In Chile wird heute die Methode "Djakarta", die "Ausrottung des Marxismus", wie in Indonesien im Jahre 1965 und vom europäischen Faschismus in den zwanziger und dreißiger Jahren durchgeführt, mit den Methoden der brasilianischen Militärdiktatur (Folter als Methode zur Einschüchterung der Massen) kombiniert.
- Die Gewerkschaften, Massen- und Einzelorganisationen sowie auch antifaschistische Regierungen, die auf die chilenischen Ereignisse mit Empörung reagiert haben, sind nicht dazu verdammt, dieser Entwicklung ohnmächtig zuzuschauen. Auch wenn die Niederlage des Faschismus in Chile das Werk des chilenischen Volkes und seiner Arbeiterklasse sein wird, können die genannten Organisationen - und sogar Regierungsorgane - mit breiten und koordinierten Aktionen entschieden zur Eindämmung des reaktionären Terrors beitragen, um die Lage der politischen Gefangenen in Chile zu erleichtern.

Diese Aktionen sollen dazu dienen, von der chilenischen Militärjunta die Erfüllung der folgenden konkreten Mindestforderungen zu erzwingen:

- 1) Die sofortige Befreiung der verhafteten und misshandelten Führer der chilenischen Gewerkschaftsbewegung (CUT) und aller derjenigen, die allein wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeiten in Haft gehalten werden.
- 2) Die Akzeptierung der Forderung von Amnesty International, die von der Junta und vom chilenischen Justizapparat verlangt, in Chile Anklagen wegen Folterungen bei den Gerichten zuzulassen und sie auch in Anwesenheit von ausländischen juristischen Experten zu überprüfen.
- 3) Die Akzeptierung einer gemischten (medizinisch-juristischen) Kontrollkommission, die die Haftbedingungen in den Gefängnissen und Lagern in Chile überprüfen kann.
- 4) Die Akzeptierung von juristischen Beobachtern bei den Militärprozessen gegen die politisch Verfolgten..

Diese Forderungen könnten nötigenfalls mit durch gewerkschaftliche Warnmassnahmen bekräftigt werden. (Z.B. zeitlicher Boykott der Schiffs-, Flug- und Nachrichtenverbindungen mit Chile).

ERKUNDT ICH EUCH NACH GEFANGENEN UND VERTRETET IHRE RECHTE

Die Briefkampagne für die Gefangenen in Chile, zu der die CHILE-NACHRICHTEN seit Nummer 8 aufgerufen haben, hat einige der Leser dazu bewogen, uns Antwortbriefe aus Chile, vor allem aus dem Konzentrationslager auf der Insel Dawson im äußersten Süden des Landes mitzuteilen.

Der Lagerkommandant hat in diesen Fällen höflich geantwortet und erklärt, daß es den Gefangenen gesundheitlich gut gehe, und zur Begründung ihrer Verhaftung unter ausdrücklichem Hinweis auf den Artikel 72 der Verfassung **den von der Junta erklärten Kriegszustand angeführt.** (Dazu ist zu sagen, daß die Junta die Verfassung, die sie angeblich verteidigen wollte, sofort für immer außer Kraft gesetzt hat. Der fragliche Verfassungsartikel bestimmt überdies ausdrücklich, daß der Kriegszustand nur vom gewählten Präsidenten und nur unter ganz bestimmten - in diesem Fall natürlich nicht gegebenen Umständen erklärt werden darf und daß er in keinem Fall zur Rechtfertigung für die Verhaftung von Senatoren - wie Sule und Corvalán - oder Abgeordneten herangezogen werden darf.)

Im Übrigen wurde den Gefangenen in der Regel Gelegenheit zur Antwort gegeben. Aus ihren Schreiben, in denen sie kurz über ihren Gesundheitszustand berichten, ist die Dankbarkeit zu spüren, die sie für die erwiesene Anteilnahme empfinden. In einzelnen Fällen bitten sie ausdrücklich darum, sich weiterhin, besonders auch im Hinblick auf die angekündigten Prozesse, für sie einzusetzen.

Jeder solcher Briefkontakt - aber nur mit nachweislich gefangen gehaltenen Personen - kann deren Chance vergrößern, den Konzentrationslagern eines Tages doch noch lebend zu entkommen. Diese Chance wird natürlich noch größer, wenn man den Bitten der Gefangenen, die an solche Briefe große Erwartungen knüpfen, auch nachkommt und dafür sorgt, daß sich möglichst viele für sie einsetzen, indem sie den jeweiligen Fall bekannt machen.

Die Kampagne "Oscar Garretón"

Von Frankreich aus hat sich die Initiative zu einer Kampagne "Oscar Garretón" entwickelt, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Auslieferung des Generalsekretärs des MAPU und aller anderen linken Politiker, denen von der Junta das freie Geleit verweigert wird, zu verhindern.

Neben den Generalsekretären der Sozialistischen Partei, Carlos Altamirano, und der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), Miguel Enriquez, ist Oscar Guillermo Garretón nach dem Putsch vom 11. September von der chilenischen Militärjunta zum meistgesuchten Mann der Linken erklärt worden..

Das "Verbrechen", das ihm vor allem vorgeworfen wird, besteht darin, daß er sich verteidigend vor die Matrosen und Arbeiter gestellt hat, die vor dem Putsch von der Marine verhaftet und grausam gefoltert wurden, weil sie verabredet hatten, bei einem möglichen Putsch gegen die rechtmäßig gewählte Regierung und gegen die Verfassung den Befehl zu verweigern. Dieses Verhalten von Garretón wurde von der Militärjustiz als Aufruf zum Umsturz und zur Meuterei bezeichnet. Garretón hat sich Ende September 1973 in die kolumbianische Botschaft in Santiago flüchten können. Seitdem versucht die Militärjunta beständig, auf die kolumbianische Regierung Druck auszuüben, um die Auslieferung Garretóns zu erreichen. Bisher befinden sich noch zehn prominente Flüchtlinge in der kolumbianischen Botschaft. Insgesamt sind noch etwa 200 Asylierte ohne freies Geleit in den Botschaften von Santiago.

Im Rahmen der Kampagne war Virginia Rodríguez, die Frau von Garretón, Mitte Februar zu mehreren Veranstaltungen in der Bundesrepublik, in Berlin beantwortete sie uns einige Fragen.

INTERVIEW MIT VIRGINIA RODRÍGUEZ

CH.N. Hast Du in letzter Zeit mit Oscar gesprochen?

V.R. Ja, gestern.

CH.N. Hatte er eine Nachricht für uns, die wir in Europa für Chile arbeiten?

V.R. Ich habe ihn danach gefragt. Er sagte zuerst, daß er nicht sprechen könnte. Dann: "Sag das Folgende!" Und ich hörte nichts mehr. Die Verbindung wurde unterbrochen.

CH.N. Gibt es konkrete Gefahren für Oscar und die anderen Asylierten, denen man das freie Geleit verweigert?

V.R. Ich glaube, ja. Nicht nur wegen ihrer politischen Position, sondern leider auch konkret wegen der Dinge, die schon passiert sind, wie z.B. der Fall des Genossen Calderón, den man, als er in einer Botschaft war, beschossen hat, oder der Fall des Genossen Leiva, den man durch Schüsse von außerhalb in der argentinischen Botschaft getötet hat.

CH.N. Was kann man nun tun, um diesen Genossen ohne freies Geleit zu helfen?

V.R. Ich meine, daß es notwendig ist, die Junta so stark zu bedrängen, daß sie endlich gezwungen wird, mit Rücksicht auf ihr Ansehen in anderen Ländern diese Situation zu lösen. Es ist auch wichtig, die Regierungen der Länder, in deren Botschaften noch Genossen ohne freies Geleit sind, in der Auseinandersetzung um die Geltung des Asylrechts zu unterstützen.

CH.N. Also konkret?

V.R. Schreibt an das Außenministerium Kolumbiens (Ministerio de Relaciones Exteriores, Bogotá) oder der anderen Länder und auch an die Junta

Militar de Gobierno, Santiago, Chile.

Ch.N. Läuft die Kampagne, bei der Du mitwirkst, gut?

V.R. Das ist schwierig zu sagen. Einerseits gibt es bei den europäischen Gruppen und Organisationen sehr viel Verständnis für das Problem und Bereitschaft, etwas zu tun. Andererseits ist die Junta in dieser Frage so stur, daß ich nicht recht weiß, ob all die Arbeit, die man draußen machen kann, bald die erhofften Resultate haben wird..

Ch.N. Hast Du Nachrichten über die Arbeit des MAPU in Chile?

V.R. Keine sehr genauen. Aber wir haben Informationen, daß die große Masse der Genossen arbeitet und in der politischen Arbeit so viel Initiativen entwickelt, wie man es vom MAPU seit jeher gewohnt ist. Es zeigt sich jetzt, daß die Vorbereitung und die politische Praxis der Genossen unserer Partei es erlauben, daß sie in der heutigen extremen Situation die richtigen Antworten auf die Herausforderung finden.



Das Komitee "Solidarität mit Chile" (c/o ESG, 1 Berlin 31, Koblenzer Str. 8) hat einen Satz mit 12 Postkarten "Politische Wandmalerei in Chile vor dem Putsch" herausgebracht. Das obige Motiv ist dem Postkartensatz entnommen. Der Satz ist zum Solidaritätspreis von DM 6.- plus Porto (in Briefmarken Bargeld, Scheck oder Überweisung auf Solidaritätskonto Postscheckkonto Berlin West 380087-108, Elfriede Kohut) erhältlich, der Reinerlös aus dem Verkauf der Postkarten geht nach Chile.

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE

Das schwierigste Jahr-für Pinochet

Es vergeht kein Tag in Chile, an dem nicht von der Junta, ihren Assessoren und der erlaubten Presse die "Soziale Marktwirtschaft" als Lösung praktisch aller Probleme gefeiert wird. Seit der wieder zum Präsidenten des Industriellenverbandes SOFOFA gewählte Orlando Saenz in einer Rede zu Beginn des Jahres die "Soziale Marktwirtschaft" als historisches Ergebnis des chilenischen Nationalcharakters erklärt und ideologisch untermauert hat, wird jede noch so antisoziale Maßnahme mit diesem Etikett belegt. Dabei ist das einzige, was vordergründig zu interessieren scheint, der Markt, "die wahrhaftige Wirtschaftsdemokratie", wie ihn der "Mercurio" nennt. So hat denn die Junta in den letzten Wochen eine ganze Reihe von Dekreten erlassen oder vorbereitet, die der "Befreiung" des Marktes, zur Stärkung des Wettbewerbs, im Lande und nach außen, dienen. Die Mieten sollen wieder im freien Spiel der Kräfte ausgehandelt werden, was praktisch nur zu einer schweren Mehrbelastung der Mieter führen kann. Der Dollarpreis für Außenhandelsgeschäfte wird ständig gesteigert, was nur zur Verteuerung der Lebensmittel führen kann. So sind denn auch lebenswichtige Konsumgüter wie Zucker und Öl und Dienstleistungen wie Briefporti und öffentliche Verkehrsmittel wieder erheblich im Preis gestiegen und heute ungefähr zwanzig mal so teuer wie vor einem Jahr. Umgekehrt senkt man die Einfuhrzölle, die vor allem Luxusgüter betrafen. Man denkt an alles: sogar die Aufhebung der Beschränkung von Weinanbaugebieten wird als Tat der "Befreiung" gefeiert.

Die Fahne, unter der man ins Feld zieht, ist der Kampf gegen das "Monopol". Dabei geht es kaum oder gar nicht um das Monopolkapital, das im Gegenteil verbesserte Bedingungen erhält, um die kleinen Kapitalisten zu ruinieren. Der "Mercurio" wird nicht müde, darauf hinzuweisen, daß neben dem Monopol auf seiten des Kapitals das Monopol auf seiten der Arbeit steht: die Gewerkschaften. Obwohl nämlich der Zentrale Gewerkschaftsverband, die CUT, verboten ist und viele ihrer nationalen und lokalen Führer ermordet, verhaftet oder aus ihrer Arbeit entlassen sind, gehen die Arbeiter jetzt, größtenteils unter der vorgeschobenen Führung von Christdemokraten und Unabhängigen dazu über, behutsam ihre gewerkschaftlichen Rechte zu betonen und Forderungen aufzustellen. Darüber hinaus kommt es sogar schon zu einzelnen Streiks (zum Beispiel in einer Textilfabrik in Tomé gegen Sonntagsarbeit und in der Hafencity San Antonio) und Sabotageakten (die Sprengstoff-Fabrik in Calama nahe der Kupfermine Chuquicamata wurde durch eine Bombenexplosion für einen Monat lahmgelegt, eine Fabrik für Fernseher brannte völlig aus). Die Organisation der Arbeiter aber stört die für den Profit des Kapitals notwendige Konkurrenz unter den Arbeitern. Deshalb reagiert die Junta schon auf erste Streikvorbereitungen mit direkter Depression: 7 Arbeiter einer Baufirma wurden wegen dieses Dekretes festgenommen, 35 Arbeiter und Angestellte bei Sumar in Santiago ohne Angabe von Gründen verhaftet und der Kriminalpolizei übergeben.

Wie wenig die Junta trotzdem imstande ist, die anstehenden Probleme auf dem Weg über den Markt zu lösen, zeigt die Tatsache, daß sie am 24. Januar ein Dekret gegen Wirtschaftsverbrechen, d.h. vor allem gegen die gezielte Verknappung von lebenswichtigen Gütern erlassen mußte. Ein solches Gesetz hätte der Regierung Allende eine ganze Reihe ihrer Probleme erspart, ist ihr aber vom bürgerlich beherrschten Parlament stets verweigert worden. Heute fragt niemand mehr nach dessen Willen.

Die Rückgabe von Unternehmen an ihre früheren Eigentümer geht derweil weiter. Am 22. Januar wurden fast alle großen Textilunternehmen zurückgegeben. Allerdings wurden in diesem Fall Bedingungen an die Eigentümer gestellt. Sie sollen gegenüber dem Staat keinerlei Forderungen geltend machen können und die Arbeiter am Unternehmen gemäß einem allgemeinen Statut, das von der Regierung noch ausgearbeitet wird, beteiligen. Über die Grundzüge dieses Statuts ist noch kein Wort verloren worden, aber von privater Seite heißt es, daß die Beteiligung sich nach den jeweiligen Umständen im Betrieb richten müsse und daß "die Beteiligung durch Beteiligung geschaffen wird". Das heißt, der Unternehmer entscheidet.

In der Landwirtschaft setzen sich die ehemaligen Großgrundbesitzer wieder stärker durch. Zunächst einmal will man die durch die Agrarreform geschaffenen Genossenschaften auflösen, indem man Parzellen verteilt, aber nur an die ehemaligen inquilinos (Lohnpächter), damit die Parzellen nicht zu klein werden. Trotzdem geht die Parzellierung nicht richtig voran, weil es an den technischen Voraussetzungen fehlt. Hier sollen die ehemaligen Großgrundbesitzer nun von ihren Restgütern aus einspringen und tatkräftig Hilfestellung leisten, was dann bald wieder in ein Ausbeutungsverhältnis übergehen wird. Die ökonomische Rechte macht auch immer häufiger darauf aufmerksam, daß das Minifundio (der Kleinstbesitz) wirtschaftlich genauso gefährlich ist wie der Großbesitz. Ein Agronom - mit mangelhaften Kenntnissen der Mathematik - hat schon im "Mercurio" (vom 23. Januar) ausgerechnet, daß die optimale Größe eines Landbesitzes in Chile 60 Hektar beträgt. Die Politik ist deshalb, die Bauern erst voneinander zu trennen und dann einzeln zu legen.

Die Ernte - besonders von Getreide - wird nach aller Voraussicht, auch wegen des Fuhrunternehmerstreiks und des Putschs im chilenischen Frühjahr, katastrophal schlecht sein. Das verschärft die Schwierigkeiten bei der Handels- und Zahlungsbilanz. Zwar lag der Kupferpreis in den letzten Wochen sehr hoch, aber er wird sich - auch wegen der vorgesehenen und bereits genehmigten nordamerikanischen Verkäufe aus den strategischen Reserven - kaum bei mehr als 85 bis 90 Dollar - Cent pro Pfund dauerhaft halten können. Selbst wenn die Kupferproduktion durch Überausbeutung der Bergleute noch weiter gesteigert werden könnte, würden allein schon die zusätzlich notwendigen Lebensmittelimporte und die gestiegenen Ölpreise den Preis- und Produktionszuwachs beim Kupfer wieder auffressen, ganz zu schweigen von den Kosten der Waffenkäufe, die die Junta in vielen Teilen der Welt zur besseren Unterdrückung der Bevölkerung tätigt. Der Weltwährungsfonds (WMF) hat in einer Studie festgestellt, daß

"Chile eine substantielle Kredit- und Investitionshilfe der internationalen Gemeinschaft brauchen wird und zur gleichen Zeit eine enorme innere Anstrengung machen muß, um seine großen Schwierigkeiten zu überwinden." Und ein Vertreter der chilenischen Zentralbank hat hinzugefügt, daß allein 1974 vom WMF 100 Millionen Dollar Kredithilfe und dazu noch 150 Millionen Dollar mittel- und langfristige Kredite gebraucht werden. Bisher ist die Junta weit entfernt davon, diese Gelder zu haben. Alle bisherigen Jubelmeldungen über Kredit- und Investitionszusagen ergeben bisher nur einen Bruchteil dieser Summe. So ist zu verstehen, daß die Junta den chilenischen Dollarspekulanten größeren Kalibers jetzt sehr günstige Bedingungen einräumt, wenn sie ihre Dollars bald abliefern. Und Juntachef Pinochet hat am 28. Januar erklärt, daß 1974 das schwierigste Jahr sein werden, das Chile erleben wird. Die Leute mit Geld seien leider noch zu vorsichtig, um nach Chile zu kommen. Wenn aber erst mal "Ordnung und Disziplin" herrsche, würden sie schon von allein kommen.

In dieser Situation kommt den Umschuldungsverhandlungen des "Clubs von Paris", bei denen es um jetzt dreieinhalb Milliarden Dollar geht und die am 21. Februar beginnen sollen, erhöhte Bedeutung zu. Der Weltwährungsfonds dessen Vorstellungen die "Soziale Marktwirtschaft" der Junta ziemlich genau entspricht, wird dort viel zu sagen haben. Andere aber auch, wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland und ihre sozialdemokratisch-liberale Regierung.



Die Wirtschaft bietet aber nicht die einzigen Schwierigkeiten für die Junta. Die eindeutige Identifizierung mit den Interessen des nationalen und internationalen Großkapitals und die ständig wachsende Korruption in den Streitkräften - fast alle Offiziere fahren jetzt plötzlich riesige Privatautos - führen auch immer mehr zur politischen Isolierung. Dagegen weiß sie sich nicht anders zu helfen als mit einer Politik der Unterdrückung, die ihrerseits dazu führt, daß die Militärs um den Innenminister und Frei-Freund General Bonilla geschwächt, die faschistischen Generäle Arrellano Stark, Torres de la Cruz und Ackerknecht gestärkt werden. Sie alle haben in den letzten Wochen "weichere" Generäle von wichtigen Befehlsposten verdrängt. Generäle wie Urbina und Brady, die früher Allende dienten, dann aber den Putsch mitmachten, sind inzwischen völlig von der Bildfläche verschwunden. Der General Torres de la Cruz ist im übrigen aus gemeinsamer Zeit in Punta Arenas gut befreundet mit Walter Rauff, einem ehemaligen deutschen Nazi-Verbrecher, der heute Aktionär des Fischereiunternehmens Comelia ist und dessen Auslieferung an die Bundesrepublik unter der Regierung Alesandri abgelehnt wurde.

Aber nicht einmal die Faschisten von "Patria y Libertad" sind zufrieden mit den Militärs. Sie kritisieren, daß es keine zivile Massenbasis, keinen ideologischen Apparat gibt. Sie wollen Terror mit Begeisterung.

Die Führer des rechten Flügels der Christdemokratie, die an der Vorbereitung des Putschs maßgeblichen Anteil hatten, sehen jetzt auch, daß sie ihren Anhang verlieren, wenn sie sich nicht gegen die Junta stellen. So schrieben der Parteivorsitzende und sein Stellvertreter, die Ex-Senatoren Aylwin und Olguin, am 18. Januar einen Brief, in dem sie sich über ihre Ausschaltung aus der Politik, über die Verletzung der Menschenrechte und über die steigenden Lebenshaltungskosten beschwerten. Die Junta antwortete darauf am 21. Januar mit einem Dekret, das den bürgerlichen Parteien schlechterdings jede Art von Tätigkeit, Zusammenkunft etc. verbietet und ausdrücklich nur noch "die Existenz als solche" zuläßt.

Die Parteien der Linken, die von Anfang an auf die Arbeit in der Illegalität angewiesen waren, haben es geschafft, sich gemäß den neuen Bedingungen zu reorganisieren. Alle verfügen sie über funktionierende zentrale Führungsorgane, über ein internes Kommunikationsnetz und Verbindungen zum Ausland. Sie sind gemeinsam dabei, alle durch die Politik der Junta geschaffenen Widersprüche auszunutzen, und bereiten sich für höhere Formen des Kampfes gegen den Faschismus vor.

Die Militärjunta hält notgedrungen am inneren Kriegszustand und am nächtlichen Ausgehverbot fest. Pinochet weiß, daß 1974 sein schwierigstes Jahr sein wird.

DIE SITUATION DER HOCHSCHULEN IN CHILE

Die chilenischen Universitäten waren einer der wenigen Bereiche, auf den die christdemokratische Partei (FDC) während der Regierungszeit von Salvador Allende sehr stolz war. Denn viele ehemalige Regierungsmitglieder und hohe Beamte der Frei-Periode waren von Parteifreunden mit Professorenstellen und Lehraufträgen belohnt worden. Es war auch gelungen, in fünf der acht Hochschulen des Landes Christdemokraten an die Spitze zu bringen, während die UP nur zwei und die Rechte nur einen Rektor stellten. Die Studenten stammten zum großen Teil aus dem Bereich der Mittel- und Kleinbourgeoisie und unterstützten bei Universitätswahlen mehrheitlich die oppositionellen Studentenorganisationen. Eine Ausnahme machte hierbei nur die Technische Staatsuniversität (UTE). So betrachtete die PDC auch folgerichtig die Universitäten als "ihren" Bereich und benutzte den universitären Freiraum für eine gezielte Oppositionspolitik. Diese wurde natürlich von der Rechtspresse begierig aufgenommen und unterstützt, um die "öffentliche Meinung" des In- und Auslands so wirksam wie möglich zu beeinflussen.

Bereits Ende September wurden in die Universitäten neue Rektoren delegiert - ohne Ausnahme verdiente Militärs. An die Spitze stellte die Junta den früheren Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General (i.R.) César Ruiz Danyau, als Rektor der größten Universität des Landes sowie als Vorsitzenden des "Rats der delegierten Rektoren". Er gehörte Mitte August 73 einige Tage dem Kabinett an und führte dabei als Minister für öffentliche Arbeiten "Verhandlungen" mit den streikenden Fuhrunternehmern. Bei seinem Rücktritt waren Putschabsichten hoher Offiziere der Luftwaffe, die unter seiner Leitung standen, aufgedeckt worden. (vgl. Chile Hoy, Nr. 63). Durch die neuen Ernennungen machte die Junta jedoch der christdemokratischen Illusion einer neuerlichen Einflußnahme ein jähes Ende.

- Universidad de Chile, Santiago: General (i.R.) César Ruiz Danyau
- Universidad Católica de Chile, Santiago: Vizeadmiral (i.R.) Jorge Sweet Madge
- Universidad Técnica del Estado, Santiago: Oberst Eugenio Reyes Tastets
- Universidad Católica de Valparaíso: Konteradmiral (i.R.) Luis de la Maza de la Maza
- Universidad Técnica Federico Santa María: Fregattenkapitän (i.R.) Juan Naylor Wieber
- Universidad de Concepción: Korvettenkapitän (i.R.) Guillermo González Bastías
- Universidad Austral de Chile, Valdivia: Oberst (i.R.) Gustavo Dupuis P.
- Universidad del Norte, Antofagasta: Oberst (i.R.) Hernán Danyau Quintana

Exemplarisch war der Fall des früheren Rektors der chilenischen Staatsuniversität, Edgardo Boeninger, der dem rechten Flügel der Christdemokraten zuzurechnen ist. Während seiner Amtszeit hatte er alle Hebel in Bewegung gesetzt, um zu verhindern, daß sich die Universität der "marxistischen Regierung verpflichtete" und statt dessen eine "pluralistische, offene und schöpferische Hochschule" gefordert. Dank der Beachtung der universitären Autonomie durch die Regierung Allende arbeiteten die Universität und ihre Gremien

auch nach diesem Muster. Bei Streitfällen wurden die Urteile der bürgerlichen Gerichte respektiert. (vgl. die Rückgabe des besetzten Fernsehkanals 9, "Kanal des Volkes", in der Universidad de Chile.) Die Junta empfand die Vorstellungen Boeningers allerdings als zu weitgehend, denn für sie hatten sich die Universitäten bereits in "focos marxistas" verwandelt. Der ehemalige Rektor der Technischen Staatsuniversität, Enrique Kirberg (PC), sitzt im Lager auf der Isla Dawson unter der Beschuldigung, daß sich unter seiner Leitung die Universität in eine "Bastion des marxistischen Extremismus" verwandelt hätte.

Der neue Erziehungsminister, Konteradmiral Hugo Castro Jiménez, der den zuerst ernannten Professor José Navarro Tobar schon nach wenigen Tagen ablöste, behauptete bei der Bekanntgabe des Dekrets über die militärische Intervention an den Hochschulen:

"Es handelt sich dabei nicht um die Zerstörung der Autonomie der authentischen Werte der Universität, sondern gerade um ihre Stärkung durch die Ausrottung von denjenigen, die sich durch diese Autonomie schützen wollen und den Inhalt und die Aufgabe der Universität verkennen".

Analog zu den Verhältnissen im Lande bedeutet dies jedoch, daß sich jede wissenschaftliche Tätigkeit in Forschung und Lehre dem engen Rahmen der Juntaideologie anzupassen hat. Aus der eifrig betriebenen "Entpolitisierung" folgt für den Ausbildungsbereich, daß dort niemand etwas verloren hat, der "im Unterricht parteipolitische, nationale oder ausländische Doktrinen" verbreitet. Jegliche Äußerung oder Handlung, die die Arbeit der militärischen Behörden behindert (was immer das auch sein mag), ist mit drastischen Strafen bis hin zur Erschießung bedroht. Jeder, der sich etwa als Marxist bezeichnet, derartige Texte unterstützt, verbreitet oder auch nur zitiert, wird als Rechtsbrecher behandelt. Die 'demokratische' Hochschule wurde zur absolutistischen; Autonomie ist ein Fremdwort.

Die Übergabe der Ämter vollzog sich ohne großes Zeremoniell. Die Militärrektoren betonten aber stets, daß sie sich zwar beraten lassen würden, aber in allen Angelegenheiten das letzte Wort hätten. Der "Rat der delegierten Rektoren" wurde zur höchsten Instanz für die Universitäten. Er erhielt Vollmachten für die Umstrukturierung der Hochschulen sowie für die Schaffung, Veränderung und Streichung von Ausbildungsgängen und Studienprogrammen. Ihm obliegt außerdem die nationale und internationale Repräsentation.

Als erste Aufgabe stellte sich die "Säuberung" und "Neustrukturierung" der Universitäten.

Zunächst wurden alle Dozenten, besonders diejenigen aus sozialwissenschaftlichen Disziplinen, einer genauen Prüfung unterzogen. Viele der bekanntesten unter ihnen sind sofort nach dem Putsch geflüchtet, da sie aufgrund ihrer offenkundig linken Position das Schlimmste zu befürchten hatten. Die Junta hält allerdings inzwischen viele anderen Wissenschaftler in ihren Lagern gefangen. Welche Anklagen sie zu erwarten haben, läßt sich aus folgendem offiziellen Brief entnehmen, der an den Lehrkörper des wohl bekanntesten sozialwissenschaftlichen Instituts Lateinamerikas CESO (Centro de Estudios Socio-económicos) gerichtet wurde:

"Im CESO wurde eine Untersuchung eingeleitet mit dem Ziel, die Verantwortlichen ausfindig zu machen für die Nichterfüllung der Aufgaben, für die das Lehr- und Verwaltungspersonal eingestellt wurde; für die vollständige oder teilweise Ersetzung der gültigen Lehrpläne ... durch Indoktrinierung und politischen Proselytismus (=Bekehrung); für die sektiererische und proselytische Haltung; für jede frevelhafte persönliche Handlung gegenüber dem normalen Zusammenleben der Universitätsgemeinschaft; für die Nichtbeachtung der moralischen Pflichten; für die Nichtübereinstimmung des außeruniversitären Verhaltens mit dem, was gemäß dem gültigen Studienprogramm in der Lehre vertreten wird."

Die Betroffenen hatten 24 Stunden Zeit, sich schriftlich zu den Vorwürfen zu äußern.

Die Militärrektoren beriefen auf alle entscheidenden inneruniversitären Stellen (Vizerektoren, Dekane, Institutsleiter, höhere Verwaltungsstellen) Personen ihrer Wahl, mit denen sie die "Neustrukturierung" vorantreiben wollen. Die Junta glaubt offensichtlich, zumindest vorerst, auf die Fachrichtungen Pädagogik, Soziologie, Philosophie, Sozialarbeit, Geschichte und Publizistik fast vollständig verzichten zu können. Einige der Institute wurden aufgelöst (zB. CESO, CEREN u.a.), andere vorläufig geschlossen. Der größte Teil der Dozenten dieser Institute wurde entlassen oder "gebeten", seinen Rücktritt einzureichen. Die Bibliotheken wurden ebenso wie Unterrichtsmaterial, Schulbücher usw. von allen "politischen Elementen" gesäubert.

Ebenso wie das Lehr- und Verwaltungspersonal wurden auch die Studenten einer genauen ideologischen Prüfung unterzogen, die sich hauptsächlich an vorliegenden Denunziationen orientierte. Alle Studenten mußten sich neu einschreiben und wurden dabei in drei Gruppen eingeteilt:

- solche, die wegen ihrer eindeutig rechten Position ihr Studium ohne Probleme fortsetzen können,
- solche, die trotz einer etwas links orientierten Position weiterstudieren können, jedoch gleichzeitig den Hinweis erhielten, daß ihr künftiges Verhalten mit Aufmerksamkeit beobachtet werden wird,
- solche, die als "marxistische Aktivisten" angesehen wurden, und die deshalb zumindest suspendiert wurden.

Zur letzten Gruppe gehören nach Schätzungen (genaue Zahlen liegen nicht vor) ungefähr 75 - 20 000 Studenten bei einer Gesamtzahl von rund 125 000. "Staatsanwälte" der Universität erhoben aufgrund der Hinweise (!) "Anklage" (zB. Extremist, Versammlungsredner, Aktivist, Proselyt) und schlugen den Vizerektoren das "Urteil" vor. Die Strafen reichten von vorübergehender Suspendierung bis zum Ausschluß vom Studium. Verhaftungen sind dabei natürlich ebenfalls nicht ausgeschlossen.

Besonders scharf war die "Reinigung" der Universität von Concepción, die als "Wiege des MIR" bezeichnet wurde. Hier wurde rund ein Drittel der Studenten (6-7000) als "unerwünschte Elemente" relegiert. Diplome für Soziologie, Pädagogik und Publizistik wurden für ungültig erklärt, bereits absolvierte Semester aberkannt. Stolz sprach der Rektor, Korvettenkapitän González, von einem "guten Beispiel für den frischen Wind, der jetzt durch die akademischen Hallen weht."

Das Studium stellt sich der Rektor der Universidad del Norte, Oberst H. Danyau, jetzt so vor: "Das Grundlegende ist die Entpolitisierung der Universität: die universitären Aufgaben müssen ihren unbedingt notwendigen Raum einnehmen. Das bedeutet, daß der Student mindestens 90 % seiner zur Verfügung stehenden Zeit für das eigentliche Studium aufwendet, 10% bleiben für notwendige außeruniversitäre Tätigkeiten und nichts mehr bleibt übrig für politische Aktivitäten, die bisher im Mittelpunkt des Interesses standen. Außerdem wird künftig die Anwesenheit während des Unterrichts überprüft."

Aber die Rechnung der Junta wird nicht aufgehen. Die vom Studium ausgeschlossenen Studenten, deren "Verbrechen" es war, dazu aufzurufen, der herrschenden Klasse ihre Unterstützung zur Ausbeutung der Massen zu verweigern, werden den Widerstand gegen die Junta verstärken. Die Opfer der Septembertage haben die feste revolutionäre Haltung dieser Studenten bewiesen.

In Zusammenarbeit von Erziehungsministerium und dem "Rat der delegierten Rektoren" wird eine umfassende Umstrukturierung des gesamten Erziehungswesens vorbereitet. Die Vorschulerziehung soll beträchtlich verstärkt werden, die Sekundarstufe wird als der künftige Endpunkt der Ausbildung für die breite Masse der Schüler angesehen, sodaß die Universität nur noch einer kleinen Elite der "hochqualifizierten" Studenten offensteht. Die anderen sollen direkt in den privaten und öffentlichen Sektor übernommen werden wo sie nach eine ein-bis-zwei-jährige Übergangszeit durchlaufen sollen. Wegen den daraus sich ergebenden niedrigeren Studentenzahlen überlegt man sich bereits die Zusammenlegung von Instituten oder gar Universitäten. Rationalität fürs Kapital ist Trumpf!

PROPAGANDAWELLE

DER JUNTA



Am 19. Januar konnten die norddeutschen Fernseher im III. Programm einen ersten plastischen Eindruck von der Art bekommen, wie die chilenische Militärjunta in Zukunft versuchen will, die deutsche Öffentlichkeit zu "informieren". Unter der sich neutral gebenden Gesprächsleitung von Herrn Merseburger, von dem man anderes gewöhnt ist, erhielt der neue Presse- und Kulturattaché der chilenischen Botschaft in Bonn, Frau Lucia Gevert, ein breites Publikum, um mit schriller Stimme immer wieder zu versichern, wie ruhig und friedlich es in ihrem Land heute zugehe und wie befreit alle Menschen dort aufatmeten nachdem sie vom "marxistischen Joch" nichts mehr spürten. Von dem Terror und der Repression, die in Chile herrschen, kein Wort. Die Flüchtlinge dagegen wurden allesamt als Verbrecher bezeichnet, die sich ihrer gerechten Strafe entziehen.

An sich brauchte man auf diese phantastischen Geschichten nicht weiter zu antworten, weil die Wahrheit zu gut bekannt ist. So soll hier nur als Beispiel angeführt werden, daß die Junta es trotz großer Anstrengungen und einer breiten Denunziationskampagne bisher zu nicht mehr als vier oder fünf Anklagen gegen Leute gebracht hat, die sich in den Botschaften asyliert haben. Dazu gehört zum Beispiel die Anklage der Beihilfe zur Bigamie im Falle der sozialistischen Abgeordneten Carmen Lazo oder wegen Diebstahls eines Radios am Tag des Putsches im Fall des ehemaligen Wirtschaftsministers Pedro Vuskovic. Kurz und gut, Frau Gevert hätte jeden Beweis für ihre Behauptungen schuldig bleiben müssen, wenn man sie genau befragt hätte. Aber das geschah nicht, und so konnte sie sich, unter Assistenz des Konsuls Bohmüller ganz auf ihre Aufgabe konzentrieren: gute Stimmung für Investitionen in Chile zu machen.

Vor ihrer Abreise aus Santiago nämlich hat sie geschworen, ihre Anstrengungen sowohl den Massenmedien als auch den Sektoren von Produktion und Banken zu widmen, damit diese letzteren Chile keine Kreditschwierigkeiten bereiten". (Qué Pasa Nr. 137).

Als Frau Gevert von der Junta für ihre neue Tätigkeit ernannt wurde, hatte sie ihre Fahrkarte nach Deutschland bereits in der Tasche, weil sie just zuvor von der Deutschen Welle zur Leiterin der spanisch-sprachigen Abteilung für Lateinamerika ernannt worden war, ein Beweis dafür, wie genau die Personalabteilungen des Rundfunks in Deutschland auf der Höhe der Zeit sind. Im übrigen war sie Redakteurin der reaktionären Zeitung "El Mercurio", Professorin für Publizistik und Leiterin des Chilenisch-Deutschen Kulturinstituts.

Ein Beweis dafür, wie ernst die Junta die Image-Pflege im Ausland nimmt, ist die Tatsache, daß neben Lucia Gevert die begabtesten Göbbels-Schüler, die drei Jahre lang das Land gegen Allende aufzustacheln suchten, als Attachés in die Botschaften anderer Länder gehen, so Luciano Vásquez nach Stockholm, Silvia Pinto nach Buenos Aires, Maximiliano Errázuriz nach Genf, Patricia Guzmán nach Mexiko. Wegen der Drecksarbeit, die sie fröhlich auf sich nehmen, nennen sie sich stolz die "Black Berets des Diplomatischen Dienstes".

Seit Januar gibt Lucia Gevert regelmäßig Erfolgsmeldungen für die Junta an interessierte Kreise heraus. Bei genauerer Analyse ergibt sich, daß die Erfolge bisher sehr dünn sind. In letzter Zeit werden die Empfänger auch auf die Sendungen des leistungsstarken Kurzwellensenders aufmerksam gemacht, mit dem die Junta jetzt in sieben Sprachen in die Welt hinaus-schreit, daß in Chile Ruhe herrscht. Man soll ihn jeden Tag ab 21.30 Uhr hören können. Die Frequenzen:

19 m - Band 15.150 k Htz
31 m - Band 9.510 k Htz

Den Lesern der Chile-Nachrichten kann es bestimmt nicht schaden, wenn sie einmal zu hören versuchen, mit welchen Argumenten die Junta das Kapital ins Land locken will.

DOKUMENTE

ERKLÄRUNG DER CHILENISCHEN LINKEN

Paris, den 12. Februar 1974

Seit nun schon fünf Monaten lebt das chilenische Volk unter einer unbarmherzigen faschistischen Diktatur. Überfallen von seinen eigenen Streitkräften ist Chile heute ein langer, blutbefleckter Erdstreifen, in dem Tausende von Patrioten ermordet, gefoltert, ihrer Freiheit beraubt, aus den Schulen und den Universitäten ausgestoßen, unbarmherzig verfolgt und ihres Rechts beraubt sind, von einer anständigen Arbeit zu leben. Die bewaffnete Clique, die die Regierung an sich gerissen hat, glaubt, mit ihrer Brutalität das Volk vernichten und die immer großzügige und mutige Stimme eines leidenden Chile zum Schweigen bringen zu können.

Sie wird ihr Ziel nicht erreichen. Das chilenische Volk kann auf eine lange und heroische Geschichte des Kampfes und der Einheit verweisen. Mit ihrem Blut und ihrem sozialen Kampf haben diese Geschichte geschrieben: José Manuel Balmaceda, der antiimperialistische Patriot; Luis Emilio Recabarren, Führer der Arbeiterklasse; Pedro Aguirre Cerda, demokratischer und weitsichtiger Schullehrer; und Salvador Allende, erster authentischer Volkspräsident von Chile, konsequenter Revolutionär und Held des Kampfes für die Unabhängigkeit der Völker.

Diese Tradition wird heute aufgenommen von denen, die, der Unterdrückung und dem Terror trotzend, gegen die Diktatur kämpfen. Der Kampf unseres Vaterlandes gegen die, die es niederschlagen wollen, wächst und organisiert sich. Wir Mitstreiter der chilenischen Linken, die wir vorübergehend im Ausland sind, haben aktiven Anteil an diesem Kampf, dessen Führung sich im Land selbst befindet. Wir haben uns versammelt und beschlossen, diese Erklärung zu Ehren unserer Arbeiterklasse und aller chilenischen Werktätigen an einem neuen Jahrestag der Gründung der Chilenischen Zentralgewerkschaft (CUT) zu veröffentlichen.

1. DIE BEDEUTUNG DER VOLKSREGIERUNG

Die drei Jahre der Regierung der Unidad Popular haben einen tiefgehenden, historischen Wandel der chilenischen Gesellschaft dargestellt. Die Nationalisierung des Eigentums der multinationalen Monopole und die Entwicklung einer wirklich unabhängigen und souveränen internationalen Politik haben das chilenische Volk mit dem nordamerikanischen Imperialismus konfrontiert. Die Enteignung der großen Latifundien trug dazu bei, daß die Landarbeiter und Bauern als soziale und produktive Kraft präsent sind. Die Schaffung des sozialisierten Industriesektors und die Verstaatlichung des Finanzsystems vertrieben die Monopolbourgeoisie aus ihrer bestimmenden Rolle. Die Förderung vielfältiger Formen der Beteiligung des Volkes am Produktions- und Verwaltungsapparat und das Aufkommen neuer Baissorganisationen des Volkes erlaubten, daß sich eine soziale Bewegung entwickelte, die durch ein hohes politisches Bewußtsein der Massen gekennzeichnet war.

Auf diese Weise waren die Großbourgeoisie und der Imperialismus durch den Vormarsch des Volkes stark angeschlagen. Ihre Antwort als Klasse gaben sie mit dem faschistischen Putsch vom 11. September. Die Militärdiktatur ist ihre letzte Zuflucht.

2. DER EINBRUCH DES FASCHISMUS : SEINE VERBRECHERISCHE, AUSEBEUTERISCHE UND ABHÄNGIGE NATUR

Die faschistische Junta bricht die institutionelle Ordnung, die die Bourgeoisie schuf und zu verteidigen behauptete. Sie ermordet den Präsidenten der Republik; sie schließt das Parlament und die Gemeindevertretungen; sie interveniert militärisch in den Universitäten; sie verordnet die ausnahmslose Auflösung aller politischen Parteien des Volkes, beschlagnahmt ihre Güter und all ihre Ausdrucksmittel und unterwirft sogar die Parteien der Rechten einer Kontrolle; sie unterdrückt die Presse-, Versammlungs- und Petitionsfreiheit und das Streikrecht und ignoriert alle vorher gültigen rechtlichen Normen.

Die Werkstätigen werden ihrer elementarsten Rechte beraubt, man verordnet die Auflösung der Zentralgewerkschaft (CUT) und versucht, das Funktionieren der Gewerkschaften zu verbieten. Auf sie entlädt sich das Gewicht der politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung, das sich in gleichgeschalteter Weise ausdehnt und immer breitere soziale Schichten der Bevölkerung in eine Situation des sozialen Rückschritts, des Elends und der Unsicherheit bringt.

Die offizielle Wirtschaftspolitik versucht, den monopolistischen Charakter der Produktions- und Finanzstruktur wiederherzustellen, um den nationalen und ausländischen Großunternehmern die Möglichkeit zu geben, einen Akkumulationsprozeß einzuleiten, der sich auf einen immer größeren Ausbeutungsgrad gründet. Diese zerstörerische Aufgabe wird erfüllt, indem die Reallöhne gesenkt werden und, sei es durch politische Verfolgung oder durch die Wirkungsweise der Wirtschaftsrezession die höchste bisher bekannte Rate der Arbeitslosigkeit geschaffen wird. Die Einkommensumverteilung zugunsten des Großkapitals auf Kosten der Arbeitermassen und breiter Mittelschichten ist unbarmherzig. Der verzweifelte Versuch, die ausländischen Finanzierungsmechanismen in Gang zu setzen, entwickelt sich auf der Basis der Verständigung mit internationalen Monopolen, der Entnationalisierung verschiedener Industrien und der Suche nach irgendeiner Tarnung für die Übertragung der realen Kontrolle über den chilenischen Kupfer an die großen nordamerikanischen Konsortien. Der Arbeitstag wird willkürlich verlängert und so ein wahres System der Zwangsarbeit errichtet. Unter Androhung von Tod, Folter, Gefangenschaft oder Arbeitslosigkeit versucht man, Hunderttausenden von Bergleuten, Bauern, Arbeitern, Technikern und Freiberuflern neue Normen über "Produktivität" aufzuerlegen. Ein so brutales System erreicht jedoch keine wesentliche Steigerung der Produktion von exportierbaren Mineralien oder auf dem Land; es kommt zur schlechtesten Getreideernte, die man in der Geschichte des Landes feststellen kann.

In einer zynischen öffentlichen Erklärung kündigt die Junta an, daß 1974 "das schlechteste Jahr in der Geschichte Chiles" sein wird, und mit dem Rückhalt der Gewehre erklärt sie, daß die ganze Bevölkerung "Opfer" wird bringen müssen. Zur gleichen Zeit aber verschwendet sie die wenigen Ressourcen, über die das Land verfügt, indem sie den höchsten bisher bekannten Prozentsatz des Staatshaushalts für Militärausgaben bestimmt, d.h. für die Aufrechterhaltung des Terrorapparats und den Ankauf neuer und moderner Rüstung, die es ihr erlauben soll, das Volk noch brutaler zu unterdrücken, die neue, mit dem brasilianischen Subimperialismus gebildete Achse zu stärken und die geopolitischen Träumereien des Juntachefs zu rechtfertigen.

Die Junta isoliert Chile von traditionell befreundeten Nationen und gibt sich schon in ihrer Geburtsstunde dem nordamerikanischen Imperialismus hin. Sie öffnet der Gefräßigkeit multinationaler Konsortien mit dunkler Vergangenheit die Türen des Landes, sie mißachtet das Asyl- und Schutzrecht, verletzt die diplomatische Immunität, mordet durch Schüsse in das Innere von in Chile akkreditierten diplomatischen Missionen. Sie kann schließlich nicht verhindern, daß sich das blutige Bild ihres faschistischen Charakters ins Ausland verbreitet.

3. DER IMPERIALISMUS ORGANISIERT DEN PUTSCH

Von Anfang an, seit dem Moment, in dem das Volk 1970 triumphierte, wurde mittels Plänen, die vom CIA vorbereitet und von den multinationalen Konzernen finanziert wurden, die unheilvolle Verschwörung in Gang gesetzt, die im Mord am Präsidenten Allende in dem blutigen Militärputsch vom 11. September gipfelte.

Teil dieser Pläne waren die wirtschaftliche und die konzertierte Aktion multinationaler Unternehmen; das sind die neuen Interventionsformen des Imperialismus.

Die wirtschaftliche Drosselung, der Chile ausgesetzt war und die, wie es die Dokumente der ITT zeigen, dazu bestimmt waren, die geeigneten Bedingungen für Aufruhr und Umsturz zu schaffen, ist glaubhaft durch das Kabel des nordamerikanischen Botschafters in Chile, Davis, bestätigt worden, in dem er dem State Department rät, "eine so große Unzufriedenheit" zu schaffen, "daß sie mehrheitlich zur militärischen Intervention einlädt".

Der Militärputsch in Chile fügt sich in den Rahmen einer reaktionären Gegenoffensive des Imperialismus in Lateinamerika ein, deren Ziel es ist, mit Blut und Feuer die Entwicklung der Volkskämpfe auf dem Kontinent niederzuschlagen.

Die Aktion der Verrätergeneräle ist deshalb von einer globalen Strategie des internationalen Großkapitals bestimmt, für das sie nicht mehr sind als Gendarmen mit dem Auftrag, das chilenische Volk zu unterdrücken.

4. DIE KONSEQUENZEN DER FASCHISTISCHEN BARBAREI

Bei dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung der faschistischen Politik der Diktatur gibt es keinen Zweifel daran, daß sie nicht die Mehrheit des Landes auf ihrer Seite zählt. Der Faschismus beginnt, die Früchte seiner Politik zu ernten, einer Politik der unbarmherzigen Ausbeutung der Arbeiterklasse, der lohnabhängigen Schichten, der Plünderung der schwächsten Sektoren der Bourgeoisie, der verbrecherischen Unterdrückung der sozialen Organisationen der Arbeiter und des Volkes und der Erstickung jeden Ausdrucks politischen Lebens im Lande.

Die Junta trachtet danach, den Terror zu festigen und ihn zu einer ständigen Lebensform des chilenischen Volkes zu machen. Sie kündigt die Errichtung einer "neuen Ordnung" an, die nichts anderes ist als die Form, in der die Diktatur ihren Willen, für immer an der Macht zu bleiben, zu rechtfertigen sucht, um eine Gesellschaft aufzubauen, die die elementarsten Formen demokratischen Lebens verbannen und verlernen soll, die die Kultur mißachtet, die Gedankenfreiheit und die Freiheit, das Schicksal des Landes zu bestimmen. Vor ihren vom Wahn getriebenen Augen erscheinen als "marxistisch": die Kirche, die Vereinten Nationen, die Regierungen von Europa und sogar die nordamerikanische Presse.

Die Faschisten sind mit der Zerstörung jeder Spur von Demokratie beauftragt, die es dem chilenischen Volk erlauben würde, seinem Protest Ausdruck zu geben und dafür zu kämpfen, daß dieses schreckliche Joch von seinem Rücken abgeschüttelt wird.

5. DAS VOLK IST PRÄSENT !

Die Arbeiterklasse und das Volk von Chile haben jetzt am eigenen Fleisch die Auswirkungen einer Politik kennengelernt, die die Wiedereroberung der wirtschaftlichen Macht durch die Kreise der Faschismus vertritt zum Inhalt hat und auf der Ausbeutung der Arbeit, dem gewaltigen Niedergang des Lebensstandards und der allgemeinen Unterdrückung beruht.

An jedem Tag werden die Werktätigen und die Volksmassen von neuem ins Elend, in die Arbeitslosigkeit, ins Gefängnis, in die Folter und in den Tod gerissen. Täglich wird für alle klarer, daß es notwendig ist, eine Herrschaft abzuschütteln, die sie niederdrückt und zu knebeln sucht. Täglich wachsen die Bedingungen für die Entwicklung eines Volkswiederstandes, der sich dem faschistischen Regime entgegenstellt, es zurückdrängt und schließlich aus seiner Machtstellung wirft.

Weder die Ausbeutung, noch die Unterdrückung, noch das Verbrechen können ersticken, was die Arbeiterklasse an Erfahrung, an Bewußtsein und an Organisation gewonnen hat und was die Diktatur nicht zerstören kann.

Ausdrucksformen des Widerstandes gegen die Politik des Faschismus entstehen und vermehren sich ständig. Die Arbeiterklasse überwindet den Terror, den die machträuberische Junta aufgerichtet hat, und bietet ihr im Kupferbergbau, in den Kohlegruben und in zahlreichen Industrien in Verteidigung ihres Lebensstandards, ihrer Gewerkschaftsfreiheit und ihrer wesentlichen Rechte die Stirn. Für alle wird es immer mehr zu einer unbestreitbaren Wahrheit, daß die Unterdrückung nicht straflos und ohne Antwort bleiben wird. Und bei jedem Schritt schließen sich neue Gruppen dem aktiven Widerstand gegen den Faschismus an, der sich in unserem Vaterland zu verewigen trachtet.

Die brutale und massenhafte Unterdrückung hat es nicht nur nicht geschafft, den Kampfgeist und die Organisation der Werktätigen zu brechen, sie hat auch ihr Ziel nicht erreicht, die Parteien von der Landkarte zu streichen, die dem Kampf der Massen Ausdruck geben und ihn anführen. Unter den harten Bedingungen, die der Faschismus gesetzt hat, steigern die Parteien des Volkes, begleitet von der Solidarität und Hilfe der Massen, das Niveau ihrer Organisation und ihrer Führung. Indem sie sich als Aufgabe ersten Ranges ihre Einheit setzen, schicken sie sich an, die Führung im Kampf des chilenischen Volkes zu übernehmen, der in dem Sturz der faschistischen Clique, die die Regierung an sich gerissen hat, gipfeln wird.

Nicht nur in der Arbeiterklasse und ihren Parteien reifen die Bedingungen für den Kampf und den Sieg. In der Bauernschaft verbreitet sich die Erkenntnis, daß die demagogische Politik der Übergabe einiger individueller Besitztitel nichts anderes ist als die Maske für eine Politik, die auf die Rückgabe der enteigneten Güter und die Wiederherstellung der Wirtschaftsmacht der Großgrundbesitzer gerichtet ist.

Die Jahre des Kampfes der Bauern und Landarbeiter um das Land und für die Beseitigung der Latifundien sind nicht umsonst gewesen, man kann nicht mit einem Federstrich auslöschen, was die Bauernschaft in einem harten und langen Kampf erobert hat. Nichts kann den Kampf aufhalten, in dem es darum geht, die Rückkehr zu Elend und Ausbeutung, in die der Faschismus die Massen auf dem Land stürzen will, zu verhindern.

Die Bewohner der Elendsviertel, die die Verbrechen, die massenhaften Razzien und die Politik der Einebnung ihrer Wohnhöfen erlebt haben, organisieren sich neu und leisten Hilfe für den Kampf gegen die Diktatur, die alle Fortschritte zu beseitigen sucht.

Die Äußerungen der Gegnerschaft zur Diktatur erstrecken sich auch auf breite Sektoren von Kleineigentümern, Händlern und Industriellen, sogar auf die, die in der Periode vor dem Septemberputsch aktiv mitgearbeitet haben. Verzweifelt entdecken sie heute, daß die Regierung, bei deren Schaffung sie halfen, in gleicher Weise auf sie selbst einschlägt, ihre Interessen vollkommen vernachlässigt und auch auf ihre Schultern die Last einer Politik lädt, die der Akkumulation der Wirtschaftsmacht der Monopole dient, von denen sie gestern noch geschmeichelt und betrogen wurden.

So ergeben sich also die Bedingungen dafür, daß die Diktatur isoliert und die Mehrheit des Volkes gegen sie organisiert wird und daß ihre Macht zunehmend in Gefahr gebracht wird.

6. EINHEIT GEGEN DEN FASCHISMUS

Der Faschismus hat das Land in einen Zustand der Barbarei zurückkehren lassen. Dadurch sind im Inneren des chilenischen Volkes außerordentlich gute Bedingungen dafür geschaffen worden, daß breite Sektoren sogar Personen und Gruppen, die sich nicht mit der Volksregierung identifiziert haben, übereinstimmen.

Die Aufgabe der Zerstörung des Faschismus hat ihre Wurzel in der zutiefst demokratischen Tradition des Proletariats und der anderen Schichten des Volkes.

Sie stimmt auch überein mit den realen Interessen von mittleren Sektoren, wie sie die Freiberuflichen, kleine und mittlere Unternehmer und Händler usw. bilden. Viele von ihnen waren nicht fähig, die Übereinstimmung ihrer objektiven Interessen mit der Volksregierung und ihrem Programm zu verstehen. Heute entdecken sie in der Wirklichkeit nicht nur den unmenschlichen und mörderischen Charakter der faschistischen Diktatur, sondern auch, daß diese sie der Ausbeutung durch die Monopolinteressen des nationalen und ausländischen Großkapitals unterwirft, daß sie ihnen die öffentlichen Freiheiten verweigert und mit dem Rückschritt zur Barbarei ihre menschliche Entwicklung verhindert. Alle Demokraten sind heute gegen die Diktatur, was immer sie auch für eine Stellung in ideologischen, religiösen oder kulturellen Fragen bezogen haben. Alle haben einen Platz bei der Aufgabe, den Faschismus zu isolieren, ihm Einhalt zu gebieten und ihn zu schlagen.

Die Volkskräfte beobachten mit Interesse die Stärkung der Tendenz bei immer größeren Sektoren unter den Christen, sich aktiv in die antifaschistische Arbeit einzugliedern. Viele ihrer Seelsorger haben es vermieden, sich mit dem faschistischen Verbrechen einzulassen, und haben für die Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte der Werktätigen und der öffentlichen Freiheiten gesorgt. Diese Haltung hat sie mit dem Faschismus in Konflikt gebracht und die Angriffe von Juntasöldnern empfangen lassen. Noch bessere Perspektiven

Für die Eingliederung findet man unter der Masse der Christen. Die Entwicklung der Werte der Solidarität und der Brüderlichkeit muß eine große Zahl von ihnen dazu bringen, sich dem antifaschistischen Kampf anzuschließen.

Außerdem gibt es, in den Streitkräften selbst, Soldaten, Unteroffiziere und sogar Offiziere, die sich ständig mehr der verbrecherischen und bestialischen Rolle bewußt werden, die der Faschismus ihnen überlangt. Viele von ihnen entdecken, daß sie von den Minderheiten, die das Großkapital vertreten und vom Imperialismus mit vaterlandsfeindlichen und antinationalen Zielsetzungen mißbraucht werden. Um eine solche Politik machen zu können, haben die faschistischen Generäle im Innern der Streitkräfte eine brutale Unterdrückung eingeführt. Viele werden sich der patriotischen und nationalen Aufgabe des Kampfes gegen den Faschismus anschließen müssen. Alle, die dieses demokratische und volksnahe Bewußtsein entwickeln und nicht mit der blutigen Bestialität befleckt sind, haben in der antifaschistischen Bewegung einen Platz.

Die Christdemokratische Partei befindet sich wieder einmal auf einem entscheidenden Kreuzweg. Viele ihrer Führer haben mit dem Faschismus zusammengearbeitet oder ihm den Weg bereitet. Der Freiismus, unter dessen Vorherrschaft und Führung sich diese Partei in der letzten Zeit entwickelt hatte, hat zum Putsch ermutigt, sich mit den Faschisten verschworen und verhandelt heute mit ihnen über Machtpositionen. Dem steht die Rolle vieler Führer dieser Partei gegenüber, die von Anfang an den Putsch verurteilt haben und sich heute der großen antifaschistischen Aufgabe anschließen. Vor allem aber haben schon zahlreiche Sektoren aus der Mitgliederschaft und Anhängererschaft der Partei diesen Widerspruch gelöst oder sind dabei, ihn individuell oder gemeinsam zu lösen. Angesichts der scharfen Ausbeutung und der verbrecherischen Unterdrückung die das Volk treffen, haben sie sich durch Eingliederung in den Kampf gegen die Diktatur mit dem Volk solidarisiert, oder sie arbeiten mit an den Aufgaben, die sich gegenwärtig ergeben.

7. BREITE FRONT DES KAMPFES

Diese breite antifaschistische Front wird möglich durch das Bündnis des Proletariats und anderer Sektoren aus dem Volk. Ihr schließen sich, jetzt und in Zukunft, die Menschen und Gruppen an, deren demokratisches und humanistisches Bewußtsein sie zum Kampf gegen die Diktatur führt. Sie wird wachsen, bis sie zur breitesten sozialen Bewegung wird, die die Geschichte des sozialen Kampfes in Chile je gekannt hat.

Ihre Hauptaufgabe ist die Zerschlagung des Faschismus in allen seinen Ausdrucksformen. Sie nimmt sich daher vor, die Diktatur zu beseitigen, seine gegenwärtigen Herrschaftsinstrumente zu liquidieren und die Ideologie, auf die er sich gründet, sowie die Krankheiten, die er im Sozialcharakter hervorrufft, zu entfernen. Vor allem aber müssen die Interessen der wahren Beherrscher des Systems zerstört werden: des nationalen und ausländischen Monopolkapitals.

Jede Spur des Faschismus wird entfernt werden müssen, um die authentische Demokratie aufzubauen, und damit jenes Gespenst niemals mehr über dem chilenischen Volk Gestalt annimmt.

Um diese Aufgabe zu erfüllen, organisiert das Volk von neuem seine politischen und sozialen Kräfte, aus den schwierigen Bedingungen der Unterdrückung heraus, der sie unterworfen sind. Heute befinden sich die antifaschistischen Volkskräfte in einer besseren Situation als zu Beginn der verbrecherischen Unterdrückung. Wir müssen daran arbeiten, diese Organisation ständig zu verbessern und die Schwächen und Irrtümer der Diktatur auszunutzen.

Die ideologische Konfrontation mit dem Faschismus, die massenhaften Forderungen zur Vermeidung der dramatischen Auswirkungen der Überausbeutung, die zunehmende Zurückeroberung der sozialen und politischen Errungenschaften, sind Kapitel der aktuellen, gegenwärtigen Kämpfe, die entscheidenderen Stappen der Auseinandersetzung vorausgehen.

Die Auswahl der jeweiligen Kampfmethoden und der Beginn jeder Phase des Kampfes werden das Ergebnis der Kräftekorrelation und der Organisation sein, die das Volk und die Revolutionäre im jeweiligen Moment erreichen.

Die Arbeiterklasse und das Volk werden imstande sein müssen, der Diktatur, die sie unterdrückt, dort entgegenzutreten und sie zu schlagen, wo es nötig ist.

Der Fortbestand der Volkskräfte und ihre Neuorganisation unter den neuen Bedingungen sind die ersten Erfolge gewesen.

Die Erreichung und Sicherung des Bündnisses des Proletariats mit anderen Sektoren aus dem Volk und die Eingliederung antifaschistischer Demokraten sind die Aufgaben, die sich in der gegenwärtigen Entwicklung stellen. Schon hat in der Praxis der Kampf der Massen zur Wiedereroberung ihrer politischen und sozialen Rechte begonnen, seine Vertiefung und Ausweitung stehen auf der Tagesordnung. Es gilt, sich für höhere Phasen des Kampfes und der Konfrontation mit dem Faschismus vorzubereiten.

8. INTERNATIONALE SOLIDARITÄT: WESENTLICHER FAKTOR FÜR DEN SIEG DES VOLKES

Die Völker der Welt haben wegen des Militärputsches in Chile ein Gefühl tiefer Bewegung gezeigt. Die überaus große Mehrheit der Menschheit hat indigniert die Verbrechen der faschistischen Junta verurteilt. Eine breite und machtvolle Massenbewegung der Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes hat sich in allen Kontinenten entwickelt.

Die Solidarität mit Chile ist in den verschiedenen Ländern zu einem Faktor der Einheit breiter Sektoren unterschiedlicher ideologischer, politischer und sozialer Herkunft geworden. Sie hat Ausdruck gefunden in großen Massenaktionen, in öffentlichen Verurteilungen, in permanenten Kampagnen, in denen das Ende des Terrors, die Achtung vor den mißachteten Menschenrechten, die Freiheit der politischen Gefangenen und die Schließung der Konzentrationslager gefordert wird.

Diesen Aktionen haben sich Persönlichkeiten von Weltruf, Regierungschefs, Parteiführer, Kirchenoberhäupter und selbst der Generalsekretär der Vereinten Nationen angeschlossen.

Die solidarische, feste und geschlossene Haltung fast aller sozialistischen Länder bedeutete einen schweren Schlag gegen

die faschistische Diktatur auf internationalem Gebiet. Viele andere Regierungen Westeuropas, Amerikas, Asiens, Afrikas und des Mittleren Ostens haben Haltungen eingenommen, die auf die eine oder andere Weise zur internationalen Isolierung der Militärdiktatur beigetragen haben.

Befreundete Regierungen und Völker haben ihre Botschaften und ihre Länder geöffnet, um Hunderte von politischen Verfolgten aufzunehmen.

Die internationale Solidarität ist für das chilenische Volk in seinem Kampf gegen die brutale Unterdrückung ein machtvoller moralischer Rückhalt gewesen. Sie hat sich auch zugunsten der inneren politischen Isolierung des Faschismus ausgewirkt und hat in vielen Fällen erreicht, daß die Hand der Henker festgehalten wurde.

DIE DRINGENDSTEN AUFGABEN DER SOLIDARITÄT

Die Kräfte, die die Volksbewegung und revolutionäre Bewegung Chiles vertreten, haben sich von Anfang an darum bemüht, das Gebot der Einheit in die Praxis umzusetzen. Dieser Prozeß der Stärkung in der Einheit hat auch unter uns Chilenen, die wir außerhalb des Landes sind, seinen Ausdruck gefunden. Schon im Dezember haben alle Parteien und Bewegungen der Linken in einer gemeinsam in Rom herausgegebenen Erklärung ihre Entscheidung publik gemacht, gemeinsame Anstrengungen darauf zu richten, daß die Arbeiten zur Unterstützung und Entwicklung der in der ganzen Welt entstandenen breiten Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des chilenischen Volkes zu einem guten Ende gebracht werden.

Jetzt tun wir einen Schritt nach vorn. Voranschreitend auf dem Weg der Einheit, haben wir entschieden, daß eine ständige Koordination der chilenischen Linken im Ausland geschaffen wird. Auf diese Weise übergeben wir den Werktätigen und dem Volk von Chile wie auch den revolutionären und fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt ein wirkungsvolleres Instrument um den Erfordernissen des Augenblicks zu begegnen.

FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN VON DAWSON NOCH VOR DEM WINTER

Wir rufen neuerlich die internationale öffentliche Meinung dazu auf, die massive Kampagne für das Ende der Unterdrückung, die Achtung der Menschenrechte, die Schließung der Konzentrationslager, die Freiheit aller politischen Gefangenen und die Aufhebung des Inneren Kriegszustands noch zu intensivieren.

Wir erbitten insbesondere dringend, sich auf der ganzen Welt sehr für die Forderung der Freiheit für Luis Corvalán, Clodomiro Almeyda, Anselmo Sule, Pedro Felipe Ramirez, Bautista van Schouwen, Vicente Sota und andere Gefangene auf der Insel Dawson einzusetzen.

Die Insel Dawson ist zu einem richtigen Vernichtungslager geworden. Ihre klimatischen Bedingungen, das Haft- und Zwangsarbeitssystem und das Fehlen medizinischer Betreuung, erschwert noch durch die Nähe des antarktischen Winters, bedeuten, daß die Junta die in diesem Konzentrationslager festgehaltenen hohen Persönlichkeiten und Volksführer Chiles de facto zu einem langsamen, aber sicheren Tod verurteilt hat.

Die Welt kann mit der gebotenen Dringlichkeit mobilisiert werden, um ihrer aller Leben und Freiheit zu retten.

Im Namen der Werktätigen und des Volkes von Chile bedanken wir uns für die Solidarität, die uns zuteil geworden ist. Wir sind sicher, daß sie ständig wachsen wird, daß sie in den Volksmassen festen Fuß fassen wird, daß sie sich noch kräftiger in jeder Fabrik, jeder Schule, jedem Heim entfalten und so, von jedem Punkt der Erde aus den Widerstand ermutigen wird, der sich in Chile entwickelt und der mit dem Sieg enden wird, mit dem sich unserem Volk die Tore zu einer neuen, wahrhaft demokratischen Gesellschaft öffnen.

SOZIALISTISCHE PARTEI
CHILES (PS)

KOMMUNISTISCHE PARTEI
CHILES (PC)

CHRISTLICHE LINKE (IC)

BEWEGUNG DER REVOLUTIONÄREN
LINKEN (MIR)

MAPU DER ARBEITER UND
BAUTERN (MAPU-OC)

RADIKALE PARTEI (PR)

AKTIONSBEWEGUNG FÜR
VOLKSEINHEIT (MAPU)

QUALITATIVE ODER QUANTITATIVE DIFFERENZ ?

In der vom "Neuen Deutschland" am 14. Februar veröffentlichten Übersetzung der vorstehenden Erklärung wird an einer zentralen Stelle von der Vorbereitung auf "weitere Phasen des Kampfes" gesprochen. Im Original heißt es "fases superiores del combate". Wir haben das übersetzt mit "höhere Phasen des Kampfes", was zwar im Deutschen nicht so gut klingt, aber genauer ist. Präzise gesagt: es ist die genaue Übersetzung. Wir finden, daß es nicht spitzfindig ist, auf diesen Unterschied hinzuweisen. Die Einigung der chilenischen Linken ist ein so wichtiger Vorgang, daß man dort, wo sie sich auf bestimmte Formulierungen, und das heißt: auch auf bestimmte Richtlinien für den gemeinsamen Kampf in der Zukunft einigt, nicht falsche Interpretationen erlauben sollte. Wer allen Übersetzungen mißtraut, wird auf das spanische Original verwiesen, das in Kürze in dem von lateinamerikanischen Genossen in Berlin herausgegebenen Bulletin "Si, Compañero" erscheinen wird.

FLÜCHTLINGSFOND

AMNESTY INTERNATIONAL - Sonderkonto Chile - Postscheckkonto Köln 221100,

Deutsch Bank Hamburg 616161/6,

Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main 16002000

BOTSCHAFT DES MIR

Botschaft des Generalsekretärs der MIR, Miguel Enriquez

Genossen der Jugend der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - Jusos!
 Genossen in den Chile-Komitees zur Unterstützung des chilenischen Widerstands!
 Genossen der Lateinamerikanischen Studentenverbände - ACLA!
 Genossen von CISNU!
 Griechische, türkische und spanische Genossen in Westdeutschland!
 Genossen aller Organisationen in Westdeutschland, die für den Widerstand des chilenischen Volkes arbeiten!

Genossen Arbeiter und Revolutionäre in Westdeutschland:
 wie ihr alle wißt, hat in Chile eine Gorilla-Diktatur mit Blut und Feuer die Macht übernommen, d.h. es wurde eine Herrschaftsform errichtet, die den faschistischen und nazistischen Bewegungen vergangener Epochen in Europa eigen war und die heute in Lateinamerika eingeführt wird.

Im Namen der Demokratie wurden alle Freiheiten abgeschafft, wurden 30 000 Menschen getötet, wurden 40 000 in Gefängnisse und Konzentrationslager gesteckt. Die standrechtlichen Erschießungen gehen weiter, rund 1 000 wurden schon ausgeführt; zehntausende von Arbeitern und Angestellten wurden entlassen aus den Fabriken, den Bauernhöfen, den Universitäten und der öffentlichen Verwaltung.

Indem sie die Fahne des Kampfes gegen den Marxismus hochhalten foltern die Offiziere massenweise, kastrieren sie Gefangene, brechen ihnen die Rippen, die Beine, die Arme, das Rückgrat. Die so viel gepriesene nationale Konstruktion ist auf einen Schleier für eine ultrareaktionäre wirtschaftspolitik zusammengeschrumpft, die die Junta für die Interessen des nordamerikanischen Großkapitals und der chilenischen Großbourgeoisie entwickelt und so hunderttausende von Chilenen ins Elend treibt. Die industrielle Reservearmee der Arbeitslosen hat sich urastisch vermehrt, die Preispolitik hat das Leben gegenüber früher ums zehnfache verteuert, während die Löhne um weniger als das vierfache gestiegen sind, und zur gleichen Zeit werden dem Imperialismus Unternehmen zurückgegeben, wie im Fall der Petrobow; mit den nordamerikanischen Piraten unserer Kupferbergwerke werden riesige Entschädigungszahlungen ausgehandelt, die Rückgabe der Banken an Privatunternehmen wird vorbereitet, hunderte von Fabriken und Grundbesitzen, die die Arbeiter für sich erkämpft hatten, wurden schon reprivatisiert.

In Chile ist nicht der Sozialismus gescheitert, nicht die proletarische Revolution, nicht die revolutionäre Politik. Auch wenn es nicht in unserem Interesse liegt, die Polemik mit anderen linken Parteien in den Vordergrund zu stellen, so muß doch die chilenische Erfahrung eine Lektion für die Völker der Welt sein. Was heute in Chile geschieht, ist - und das haben wir schon der Arbeiterklasse in den letzten drei Jahren versucht klarzumachen - eine Konsequenz der Katastrophe, in die die Politik des Reformismus die Arbeiter führt. Die Illusion, mit einem Teil der Bourgeoisie eine Allianz einzugehen, die Unterwerfung unter die bürgerliche Ordnung; hat den Reformismus dahin gebracht, den Kampf um die Eroberung der Macht aufzugeben, die Interessen von Teilen der Unternehmer gegen die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen, hat den Reformismus dazu gebracht, die direkte Mobilisierung großer Teile der Arbeiter, der Bauern und der Slumbewohner politisch zu bekämpfen, die Entwicklung der Macht des Volkes zu bremsen, Prozesse gegen antiputschistische Marinesoldaten vorzubereiten, und Teile der revolutionären Linken zu bekämpfen und zu verfolgen.

All dies machte es der Regierung der Unidad Popular einerseits unmöglich, die nötige Stärke für eine Allianz mit einer Fraktion der Bourgeoisie zu gewinnen,

andererseits hatte diese Politik eine Desorientierung, eine Spaltung und die Entwaffnung der Arbeiterklasse, der Masse der einfachen Soldaten und der Linken zur Folge; so hat sich die Regierung geschwächt und schließlich den Putschisten den Weg geöffnet.

Viele Mitglieder, Kader und Führer der Parteien der Unidad Popular - das wollen wir betonen - haben ihr Leben geopfert, indem sie heldenhaft gegen die Putschisten kämpften, haben die Folter und die Gefängnisse ausgehalten. Besonders möchte ich Salvador Allendes gedenken, der sein Leben geopfert hat, um sich nicht den Gorillas zu ergeben.

Die Politik der Gorilla-Diktatoren zeigt heute ihre Schwächen und Widersprüche. Gebadet im Blut der Arbeiterklasse, versuchen sie verzweifelt einen Ausweg aus der tiefen ökonomischen Krise, gehen sie wie Bettler das Ausland um Hilfe an, laden sie auf den Rücken des Volkes die wirtschaftliche Not, um über dieser Basis das nordamerikanische und brasilianische Kapital anzulocken; versuchen sie, auf dem Markt der Länder des Andenpaktes zu konkurrieren.

Innerhalb des Militärs haben sich die Widersprüche verschärft, zwischen den Gorilla-Offizieren und einigen schwachen Sektoren sogenannter "Institutionalisten". Es haben sich auch, und zwar stärker als vorher, die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie verschärft: zwischen Klein-, Mittlere und Grossunternehmen, zwischen den Parteien der Bourgeoisie; die Reibungen zwischen der Christdemokratischen Partei und den Gorillas wachsen, und nur noch Eduardo Frei und ein Haufen seiner Gefolgsleute applaudieren weiterhin dem Massenmord und der Folter.

Die Kleinbourgeoisie, die anfangs die soziale Basis der Unterstützung der Gorillas war, entfernt sich heute immer mehr von ihr, in Mitleidenschaft gezogen durch die Repression und die Wirtschaftspolitik, und entwickelt eine immer stärker wachsende Opposition zur Militärjunta.

Die Arbeiterklasse, aufgewachsen in einer langen Tradition der demokratischen Rechte und der gewerkschaftlichen Organisation, die einzige Klasse, die der Kapitalismus nicht auflösen kann und die am weitesten vorangeschritten ist im Bewußtsein und in der Organisation, beginnt heute, nachdem sie schwer getroffen wurde, sich neu zu organisieren und wieder Mut zu fassen. Schon wurden in den großen Fabriken dutzende von Streiks geführt.

Die Landarbeiter und die Bewohner der Elendsviertel, die Armen in den Städten und auf dem Land - heute um viele mehr als zuvor wegen der steigenden Arbeitslosigkeit, die die Junta geschaffen hat - die am stärksten von der ultrareaktionären Politik betroffen, dem Hunger und dem Elend unterworfen, sie organisieren sich und leisten der Junta Widerstand und lassen sich von der durchsichtigen populistischen Maske, die sich die Junta aufgesetzt hat, nicht irreführen.

Das gleiche gilt für die Studenten.

Die Soldaten, die Mannschaften, die Unteroffiziere und auch einige Offiziere, angeekelt von den Verbrechen und Bestalitäten, zu denen sie gezwungen werden, völlig erschöpft von den permanenten Einsätzen, entwickeln immer mehr ihre Gegenposition zur Junta.

Die Parteien der Unidad Popular, anfangs desorientiert durch die Repression, beginnen, sich zu reorganisieren.

Der MIR, gegründet 1965, in den Jahren 69 und 70 im Untergrund, wir, die wir nicht in der Regierung waren, die wir der direkten Mobilisierung der Arbeiterklasse und des Volkes neuen Aufschwung und - soweit das unsere Kräfte erlaubten - eine neue Führung gaben, die wir die Arbeit unter den Soldaten und die Bildung der Poder Popular, der Volksmacht, entwickelten, die wir im September im ganzen Land kämpften, die wir uns nicht ins Asyl oder außer Landes begeben, die der Repression mit den wenigsten Verlusten widerstehen konnten, wir arbeiten heute relativ regulär und bereiten einen langen revolutionären Krieg der Massen vor!

Denn die Diktatur wird nicht aufgrund ihrer internen Widersprüche fallen. Ein Abgrund von Blut trennt die Offiziere von den Arbeitern. Jede Illusion, die davon ausgeht, die Junta werde durch die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie fallen, oder sie werde einen friedlichen Weg einschlagen, führt uns unvermeidlich in die zweite Katastrophe. Die Diktatur muß im Kampf gestürzt werden. Die reformistischen Illusionen führten zur ersten Katastrophe. Nur wenn wir einen breiten sozialen Block bilden, unter der Führung allein der Klasse, die imstande ist, sie zu übernehmen, unter der Führung der Arbeiterklasse in den Städten und auf dem Land, und unter Anwendung aller Formen des Kampfes,

vor allem aber des bewaffneten Kampfes des Volkes, wird es möglich sein, die Diktatur zu beseitigen und den Weg der Revolution zu öffnen.

Die augenblicklichen Hauptaufgaben in Chile sind die Bildung einer politischen Widerstandsfront, mit allein Kräfte, die bereit sind, die Diktatur zu bekämpfen: Die Unidad Popular, der progressive Sektor der Christdemokraten und der MIR.

In der Bildung dieser Front sind wir vorangeschritten.

Der Aufbau eines breiten Blocks der sozialen Kräfte gegen die Diktatur, die schon entwickelte Bewegung des Volkswiderstands - konstituiert durch Komitees in jeder Fabrik, auf dem Land, in den Elendsvierteln, den Universitäten und Büros - das ist der organische Ausdruck der Opposition gegen die Diktatur innerhalb des Volkes und innerhalb der Masse der einfachen Soldaten, ob sie Mitglieder politischer Parteien sind oder nicht. Mit einem Programm, das sich am Kampf für die demokratischen Freiheiten und an der Verteidigung der sozialen Interessen der Massen orientiert. Aufbauend auf dieser Widerstandsbewegung des Volkes und auf den bewaffneten Abteilungen der Parteien, die mit ihrem Aktionen die unmittelbaren Interessen des Volkes verteidigen und zugleich bewaffnete Propaganda-Aktionen in den Städten und auf dem Land durchführen, wird es möglich sein, die revolutionäre Armee des Volkes aufzubauen, die einzige Macht, die imstande sein wird, die Gorilla-Offiziere und die reaktionäre Armee zu bekämpfen, die Diktatur zu stürzen und die proletarische Revolution einzuleiten. Die historische Herausforderung, die der Imperialismus, der brasilianische Sub-Imperialismus und seine Diener von uns verlangen, muß von der Arbeiterklasse, dem Volk und chilenischen Revolutionen angenommen werden: mit der Unterstützung der Arbeiter und der Revolutionäre in aller Welt - und mit der Aussicht auf den Sieg; so wie vor Jahrzehnten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Deutschland - mit dem Opfer ihres Lebens - diese Herausforderung angenommen haben.

Die internationale Solidarität ist bisher für den Widerstand von enormer Bedeutung gewesen. Die Haltung der meisten sozialistischen Länder, des revolutionären Cuba, der revolutionären und fortschrittlichen Bewegungen in aller Welt, besonders in Lateinamerika und in Europa, hat uns stark gemacht.

Der Abbruch diplomatischer Beziehungen mit Chile, die Reduzierung und Einstellung der finanziellen und militärischen Hilfe, die Weigerung, chilenische Frachtschiffe zu entladen, die Geldsammlungen, die Solidaritätsveranstaltungen, die Protestdemonstrationen, die Verbreitung unserer Aufrufe und Kommuniqués, die ständige Denunzierung der Verbrechen der Gorillas, sind für den chilenischen Widerstand bislang eine wichtige Hilfe gewesen! Alle diese Formen der Solidarität zu vervielfachen, die Regierung in euren Ländern unter Druck zu setzen, noch mehr Geld zu sammeln, das wird in Zukunft noch wichtiger sein.

Und vor allem: heute eine weltweite Kampagne zu beginnen, um die Erschiessung und weitere Foltern an unserem Genossen, Mitglied der politischen Kommission der MIR, der dreißigjährige Arzt B a u t i s t a v a n S c h o u w e n und die Erschießung von Dr. A l e j a n d r o R o m e r o zu verhindern, Mitglied unseres Zentralkomitees, der in einem Pseudoprozess zum Tode verurteilt wurde, nur, weil er dem MIR angehört. Dies zu verhindern, ist im Augenblick von äußerster Bedeutung.

Wir sind Zeugen einer historischen Epoche. Der Epoche des Niedergangs des Imperialismus, auch wenn er sich heute noch stark zeigt. Mit dem Voranschreiten der Revolutionären - und Massenbewegungen in Lateinamerika stülpt er sich wieder seinen eiseren Handschuh über und ruft nach den Wachhunden des Kapitals, den reaktionären Armeen, sucht die Völker unter das Blut und das Feuer zu werfen. Er hat vorübergehende Siege in Brasilien, Bolivien, Uruguay und Chile errungen und umläuft Argentinien. Aber heute haben es die Völker und die Revolutionäre mit einem anderen Kräfteverhältnis zu tun als früher. Das sozialistische Lager hat sich gestärkt, der Imperialismus wurde im mittleren Orient und in Südost-Asien angegriffen oder geschlagen, das vietnamesische Volk stellt heute die Avantgarde der Weltrevolution dar, die sozialistische Republik von Cuba ist gestärkt, die Völker und die Revolutionäre haben an Erfahrung und an Organisation gewonnen.

MIR, ERP, TUPAMARUS, ELN : eine Front

Im Süden Lateinamerikas haben wir nach Jahren die revolutionäre Konsolidierung und Zusammenarbeit des Ejercito Revolucionario Del Pueblo - ERP (revolutionäre Volksarmee), in Argentinien, des Movimiento De Liberacion Nacional von Uruguay Tupamaros, Des Ejercito De Liberacion Nacional, ELN (Nationale Befreiungsarmee) und des Movimiento De Izquierda Revolucionaria - MIR (Bewegung der revolutionären Linken) in Chile erreicht, eine Zusammenarbeit, die schon ihre Früchte trägt und die vergessenen Praktiken des proletarischen Internationalismus neu belebt. Die Gefallenen sind schon Tausende, und es werden noch mehr fallen, aber andere werden ihren Platz einnehmen und kämpfen bis zum endgültigen Sieg.

Der Kampf der Arbeiterklasse, des Volkes, der Revolutionäre in Chile, ist Teil des Kampfes aller Völker der Erde, das Joch des Imperialismus und des Kapitalismus in aller Welt abzuwerfen! Im Namen des Movimiento De La Izquierda Revolucionaria - MIR - grüßen wir die Arbeiter und die Revolutionäre in Deutschland, der Wiege des Marxismus, grüßen wir alle Organisationen und Menschen, die für den Widerstand des chilenischen Volkes kämpfen.

Verhindert die Erschießung von Bautista van Schouwen und

Alejandro Romero!

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!

Schluß mit der Folter!

Der Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Gorilla-Diktatur wird siegen!

Miguel Enriquez
Generalsekretär
der MIR Movimiento De Izquierda Revolucionaria
20. Januar 1974

MIR Kommunique vom Januar 1974

An die Arbeiter, Revolutionäre und Völker der Welt

1. Wie wir schon bekanntgegeben haben, befindet sich unser Genosse Bautista van Schouwen in Händen der Gorillas. Er ist Mitglied unserer politischen Kommission und wie jeder Militant und Führer der MIR ging er nicht ins Asyl, sondern er erfüllte seine Aufgaben in Chile. Nachdem er vom militärischen Geheimdienst geschlagen und brutal gefoltert worden war, brachte man ihn in sehr schlechtem Gesundheitszustand ins Militärkrankenhaus, wo er sich noch befindet.

2. Der Genosse, der mit ihm zusammen gefangen genommen wurde, Patricio Munta, wurde, nachdem man ihn 15 Tage lang gefoltert hatte, am 31. Dezember schließlich erschossen.

Zwei weitere Personen, die bei seiner Suche gefangen genommen wurden, befinden sich ebenfalls in Haft und werden weiterhin zu Stücken gefoltert. Eine von beiden ist eine Frau.

3. Die Gorilla-Diktatur verfährt blutrünstig und ohne den geringsten Skrupel. Ein anderer von unseren Genossen, der im Industriegebiet von Vicuna Mackena arbeitete und unter anderen Umständen verhaftet wurde, wurde 10 Tage lang vom Geheimdienst der Streitkräfte gefoltert. Dabei wurde an ihm Vivisektion ausgeführt, man brach ihm beide Beine und einen Arm; man verbrannte ihn am ganzen Körper, kastrierte ihn schließlich und ließ Verbluten. Und all dies aus dem einfachen Grund, daß er der MIR angehörte. Er verrät nichts.

4. Ein anderes Mitglied unseres Zentralkomitees, Alejandro Romero, Chirurg in den Anden, der nach langen Folterungen schon seit zwei Monaten in Haft gehalten wird, wurde in einem summarischen Scheinprozeß zum Tode verurteilt und wird jeden Moment erschossen werden.

Das hohe Offizierskorps der Gorillas schreckt vor nichts zurück. Es sitzen im Gefängnis die Generale der Luftwaffe Bachelet (der sich gerade von einem Herzinfarkt erholt) und Poblete, der Kommandant Galaz, die Obersten Miranda und unimani, die Hauptleute Vergara, Carvacho (dessen Ehefrau auch festgenommen und gefoltert worden ist), Becerra (der am meisten gefoltert wurde), der Leutnant Dinon, alles Angehörige der Streitkräfte. Im selben Gefängnis sind 350 Ränge, Unteroffiziere und Soldaten, Untersuchungsbeamte, eingekerkert. In der Strafanstalt leben 350 weitere. Ihr einziges Vergehen bestand darin, innerhalb der Streitkräfte keine Gorillas zu sein.

In diesen Tagen wurden etwa 20 linke Ärzte eingekerkert, und unter ihnen befindet sich der alte Arzt Gustavo Molina, der wegen eines chronischen Asthmas fast Invalide ist. Ihre Verhaftung erfolgte auf Anzeige des Vorsitzenden des Arztekollegiums, Darwin Arriagada, in "hipokratischem" Auftrag.

5. Unserem Genossen Bautista van Schouwen droht erneut die Folter und später die Erschießung. Die internationale Solidarität, die von den sozialistischen Ländern, vom revolutionären Cuba und von den Revolutionären und fortschrittlichen Kräften der Welt geübt wird, ist bis jetzt eine große Hilfe gewesen, man muß sie jedoch verdoppeln, und zwar unter der Losung: verhindert die Erschießung von van Schouwen und Romero!

3. Die Folterungen, Verbrechen und Morde durch die Gorilla-Diktatur, durch diese Wachhunde der Interessen des einheimischen und ausländischen Großkapitals, werden nicht unbestraft bleiben!

Verhindert die Erschießung von van Schouwen und Romero!

Fordert die Einstellung der Folterungen und Erschießungen und die Aufhebung des Kriegszustandes!

Fordert die Freiheit für zehntausende von politischen Gefangenen!

Der Widerstand des Volkes gegen die Gorilla-Diktatur wird siegen!

Nationales Sekretariat der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR)

Januar 1974

ANALYSE

KRISEN DES KAPITALISMUS UND MILITÄRISCHE INTERVENTION IN CHILE

I. Die Illusion der Neutralität

Eine der schwerwiegendsten Fehleinschätzungen während der drei Jahre der UP-Regierung betraf die Rolle des Militärs. Bis wenige Monate vor dem Putsch gab sich die überwiegende Mehrheit der chilenischen Bevölkerung der Illusion hin, die Streitkräfte würden ihre verfassungsmäßige Unterordnung unter zivilen Oberbefehl keinesfalls durchbrechen. Diese Illusion saß teilweise so tief, daß sie erst durch den Angriff auf die Moneda zerstob; ihr erlagen sowohl Gegner wie Anhänger der UP, und innerhalb der UP insbesondere die legalistische Mehrheitsfraktion.

Ein Jahr vor dem Putsch führte das bekannte chilenische Meinungsforschungs-Institut CEDOP eine Umfrage in Santiago durch, bei der u.a. folgenden Fragen gestellt wurden:

- Glauben Sie, daß eine Militärregierung für Chile günstig ist?

Ja	16,8 %
Nein	77,6 %
Andere, keine Antworten	5,6 %

- Glauben Sie, daß die Streitkräfte ihre Rolle als Verteidiger der Legalität verlassen könnten?

Ja	16,5 %
Nein	76,5 %
Andere, keine Antworten	7,0 %

(Chile Hoy Nr. 19, 20.-26.10.72, S. 17)

Noch im Oktober 1972 stimmten Abgeordnete der UP im Vertrauen auf die politische Neutralität der Streitkräfte für ein Waffenkontrollgesetz, das die christdemokratische Opposition eingebracht hatte, und das später den Streitkräften ermöglichte, in der Vorbereitung des Putsches bei Regierungsanhängern nach Waffen zu suchen und so den potentiellen Feind zu schwächen und seine Stärke zu erkunden. Der französische Soziologe Alain Joxe, Verfasser bekannter Analysen der politischen Rolle des chilenischen Militärs, schrieb noch Anfang Mai 1973 - viereinhalb Monate vor dem Putsch -, das Militär könne auch in Zukunft mäßigend auf die Rechte einwirken und würde sich im Falle eines Bürgerkriegs spalten (L'armée chilienne et les avatars de la transition, in: Les Temps Modernes, Nr. 322 Juin 1973, S.2035).

Wenngleich vielleicht ein Teil der offiziellen Führung der UP nicht an die eigenen Lobsprüche für die legalistische Haltung des Militärs glaubte und die ständigen Beteuerungen gerade Ausdruck des Mißtrauens waren, so verstärkten sie doch die Unklarheit und die mangelnde Vorbereitung in weiten Teilen der Anhängerschaft. Wie war eine solche Fehleinschätzung möglich in einer politischen Bewegung, die sich marxistisch nannte?

II. Staat und Militär

Nach marxistischer Theorie kann es eine solche Neutralität nicht geben, sie kann immer nur fiktiv sein. Da politische und wirtschaftliche Macht nicht (auf die Dauer) auseinanderfallen können, ist der Staatsapparat immer ein Machtinstrument der jeweils herrschenden Klasse. Er hat eine doppelte Funktion: Einmal eine repressive, indem er die beherrschte Klasse unter Kontrolle hält, ihre Ausbeutung durchsetzt und allgemein jeden Angriff auf das bestehende System abwehrt

Gleichzeitig hat er eine integrative Funktion: Er stellt eine zentrale Regelungsinstanz dar, die die herrschende Klasse sich gibt, um ihre internen Widersprüche auszugleichen und in einem Rahmen zu halten, der mit den Gemeinschaftsinteressen dieser Klasse als ganzes vereinbart ist. Im Kapitalismus wird das besonders deutlich. Da die einzelnen Kapitaleigner untereinander in einem Konkurrenzverhältnis stehen, können sie in der Verfolgung ihrer Privatinteressen nicht auch gleichzeitig das Gesamtinteresse der Bourgeoisie berücksichtigen. Dafür bedarf es einer scheinbar übergeordneten Instanz, die - als "ideeller Gesamtkapitalist" - Spielregeln festlegt und den Konkurrenzkampf reguliert in einer Weise, daß er nicht durch die ihm eigene Rücksichtslosigkeit und Maßlosigkeit in eine Gefährdung des Systems umschlägt (Beispiele: Von der Abschaffung des Faustrechts bis zum Umweltschutz).

Wegen dieser ausgleichenden Funktion innerhalb der herrschenden Klasse, die u.U. sogar mit repressiven Maßnahmen gegen einzelne undisziplinierte Mitglieder durchgesetzt wird, erweckt der Staat den Anschein, als unparteiliche Instanz über der Gesellschaft zu stehen und nur dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein, obwohl er in Wahrheit eine Institution der herrschenden Klasse ist und deren Interessen vertritt. Diese Vorspiegelung wird mit allen Mitteln der Erziehung und der Propaganda ideologisch verfestigt, um jede Infragestellung der Legitimität des bestehenden Systems von vornherein unmöglich zu machen ("Water Staat sorgt für uns alle").

Für seine repressive Funktion bedient sich der Staat nicht bloß der physischen Gewalt, sondern meistens subtilerer Mittel: z.B. die erwähnte ideologische Prophylaxe, Vorenthaltung wirtschaftlicher und kultureller Möglichkeiten einer selbständigen Interessenvertretung, Gesetze, Einschüchterungen, Bspitzelung. Aber die "Golddeckung", der letzte Rückhalt aller dieser milderer Mittel ist letztlich die offene Gewalt, die "ultima ratio" des Staates, ohne die er seine Repressionsfunktion nicht ausüben kann. Kein Klassenstaat ohne Staatsgewalt. Nirgends kommt das unverhüllter zum Ausdruck als im Wappenspruch des chilenischen Staatswappens: "Por la razón o la fuerza" - "Mit Vernunft oder mit Gewalt".

Während in primitiven Gesellschaften der Häuptling oder König sowohl die regelnde wie die repressive Funktion in einer Person vereinigte, hat in komplexeren Gesellschaften eine Arbeitsteilung innerhalb des Staates stattgefunden: Die gewaltsame Repression wurde einer besonderen Staatsinstitution übergeben, die sich aus hauptberuflichen Spezialisten der Gewaltausübung zusammensetzt: Keine heute bekannte Staatsform kommt ohne eine solche institutionalisierte Gewalt aus, gleichgültig, ob sie die Form eines stehenden Heeres, einer Bürgerwehr, einer Arbeitermiliz oder einer Poli-

zeitruppe annimmt. In dem modernen Staat bestehen oftmals mehrere dieser Formen nebeneinander als Ausdruck einer weiter differenzierteren Arbeitsteilung innerhalb der Repressionskräfte (Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Genschers Spezialeinheiten, Polizei, Zollfahndung usw.).

Als entscheidende Machtreserve der herrschenden Klasse kann das Militär daher niemals apolitisch oder neutral in, sondern ist stets eine unerläßliche Stütze des bestehenden Systems. Die Illusion der politischen Enthaltensamkeit kommt zustande durch das Zusammenwirken von zwei Faktoren: Erstens: Solange der Staat seine Repressionsfunktionen ohne offene Gewalt ausüben kann, braucht das Militär nicht aktiv zu werden, es genügt seine Präsenz. In Zeiten einer relativen Stabilität übt das Militär also seine politische Funktion durch Unterlassen aus. Diese Form der politischen Aufgabenerfüllung - die bloße Präsenz - erscheint als politische Enthaltensamkeit und verdeckt so den Inhalt dieses Verhaltens, nämlich die eindeutige Parteinahme zugunsten des status quo. Zweitens: Die herrschende Klasse ist meist nicht homogen, sondern in verschiedene Fraktionen mit unterschiedlichen Einzelinteressen gespalten. Da die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse jedoch nicht antagonistischer Natur sind und weniger schwerwiegen als die gemeinsamen Klasseninteressen, wäre es unsinnig, diese Gegensätze gewaltsam auszutragen. Vielmehr gilt es sich auf Spielregeln - genannt "Verfassung" - zu einigen, die von allen Fraktionen anerkannt werden können. Im Kapitalismus bestehen diese Spielregeln typischerweise in der bürgerlichen Demokratie, die durch ein Rotationsprinzip und eine Minderheitsbeteiligung auch die nicht hegemoniale Fraktion der Bourgeoisie teilweise zufriedenstellt. Zu diesem Pakt der Gewaltlosigkeit zwischen den Fraktionen der herrschenden Klasse gehört damit auch, daß keine von ihnen innerhalb der klasseninternen Auseinandersetzungen die bewaffnete Institution gegen eine andere Fraktion einsetzt: Das Militär hat das Gesamtinteresse aller Fraktionen zu achten, sowie es im gemeinsamen Pakt namens Verfassung niedergelegt ist. Die "Verfassungstreue" und "Neutralität" des Militärs beinhaltet also eine Herauslösung der bewaffneten Institutionen aus den Fraktionskonflikten der Bourgeoisie. Anders als im Klassenkampf hat das Militär diesen Auseinandersetzungen gegenüber in der Tat neutral zu bleiben, solange die jeweilige Fraktion die Verfassung, sprich: die Spielregeln, einhält.

Absonderung und scheinbare Unparteilichkeit des Staatsapparats gegenüber der Gesellschaft; Absonderung des Militärs innerhalb des Staates und Neutralität gegenüber den Fraktionskämpfen der Bourgeoisie; und Ausübung der politischen Funktion durch bloße Präsenz: das ist das ganze Geheimnis der scheinbaren politischen Enthaltensamkeit und "Verfassungstreue" des Militärs.

Diese Enthaltensamkeit hat demgemäß ihre genau bestimmbaren Grenzen: Einmal da, wo durch verschärften Klassenkampf das System als Ganzes gefährdet ist (z.B. Chile); zum anderen dann, wenn die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Fraktionen so stark werden, daß einzelne sich nicht mehr an den Pakt der Gewaltlosigkeit halten: Der Fall des Bürgerkriegs (z.B. Nordstaaten gegen Südstaaten). Allerdings treten in der historischen Realität beide Formen selten in ihrer analytisch reinen Gestalt auf, sondern meist gemischt: eine Spaltung der Bourgeoisie steht oft in einer Wechselbeziehung mit einer Intensivierung der Klassenkämpfe (Beispiel: Spanischer Bürgerkrieg).

III. Das Militär in der chilenischen Geschichte

Betrachtet man die geschichtliche Realität Chiles unter diesem theoretischen Ansatz, dann werden sowohl die Illusionen über die "Verfassungstreue" des Militärs als auch die Ursachen des Putschs erklärlich. Wir wissen jetzt, wie der vor dem Putsch oft gehörte Satz zu interpretieren ist, die Besonderheit des "chilenischen Falles" liege in der politischen Enthaltensamkeit des Militärs. Der Satz ist erstens falsch, weil er politische Einflußnahme durch bloße Präsenz für politische Einflußlosigkeit hält. Er bewegt sich zweitens auf der Erscheinungsebene, weil in Wahrheit die Form der politischen Partizipation des Militärs ein Reflex auf die Stabilität des bestehenden Systems als Ganzes ist. "In revolutionären Verhältnissen - mehr noch als in normalen Zeiten - spiegeln die Geschichte der Armeen die wahre Natur der zivilen Regierungen wider." (Marx, MEW 10, S.449).

Nicht das Militär, sondern die Bourgeoisie Chiles ist der Sonderfall: Im Gegensatz zu den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern gelang es ihr, sich relativ früh und gut zu organisieren, für alle Fraktionen akzeptable Institutionen zu schaffen und die nicht-besitzenden Klassen an das System zu binden. Die zahlreichen "Revolutionen" in anderen lateinamerikanischen Ländern sind ein Zeichen der Uneinigkeit und Schwäche der Bourgeoisie als politischer Kraft, Resultat einer abhängigen Entwicklung, innerhalb deren jede neue Form der ausländischen Penetration neue, aus sich selbst heraus nicht lebensfähige Gruppen von Subaltern-Bourgeois heranzüchtete, die nun mus/eal nebeneinander bestehen und von denen keine eine unangefochtene Hegemonie über die anderen Gruppen zu errichten vermag. Die chilenische Bourgeoisie dagegen erlangte durch größere Homogenität und klare Hegemonien eine politische Geschlossenheit und Stärke, die es ihr erlaubte, auf die politische Substitution durch das Militär zu verzichten. Darin liegt die Besonderheit Chiles. Die historischen Ursachen für diese größere politische Geschlossenheit der chilenischen Bourgeoisie wäre ein Thema für sich; hier spielen Elemente eine Rolle, wie das geringe ökonomische Interesse der spanischen Krone an Chile und damit die relative Schwäche kolonialspanischer Reststrukturen, das Fehlen einer ökonomisch relevanten indianischen Urbevölkerung, die starke westeuropäische Einwanderung, aber auch die Intensität der späteren imperialistischen Durchdringung mit ihren klaren Vorherrschaften.

Die chilenischen Streitkräfte haben sich jedoch keineswegs immer mit einer bloß latenten politischen Teilnahme begnügt. Offene militärische Interventionen wie im Jahre 1973 gab es bereits früher, in den zwanziger und dreißiger Jahren und davor am Ende des 19. Jahrhunderts. Nach unserem theoretischen Ansatz können diese aktiven Formen der politischen Teilnahme ebensowenig wie die passiven Formen aus dem Militär selbst erklärt werden, sondern nur aus dem Staat und der herrschenden Klasse, deren Teil und Ausdruck es ist. Militärische Interventionen können danach nur politische Krisen der Bourgeoisie sein. Und in der Tat verlief die Geschichte der herrschenden Klasse in Chile durchaus nicht völlig geradlinig und krisenfrei. Zwischen den langen Phasen relativer Stabilität gibt es kurze Phasen des Umbruchs, die jedesmal ausgelöst wurden durch eine grundlegende Änderung der Art der imperialistischen Penetration in Chile. Der Wechsel der metropolitanen Großmacht und der Übergang von einem Hauptwirtschaftszweig zu einem anderen bedeuteten jeweils eine an-

dere Form der Eingliederung in den Weltmarkt. Jeder dieser Formen der wirtschaftlichen Abhängigkeit entsprach ein bestimmtes politisches System im Innern des Landes; jeder grundlegende Wandel in der Form der Abhängigkeit bedeutete daher eine Neuordnung der politischen Vermittlung. Was in den politischen Krisen Chiles zum Ausdruck kommt, ist die Ablösung einer veralteten Form politischer Herrschaft, die den neuen ökonomischen Realitäten nicht mehr entspricht und ihre Ersetzung durch einen neuen, adäquateren politischen Überbau.

Die Krisen gehen also letztlich auf Änderungen der Weltmarktbedingungen zurück, deren Auswirkungen nicht nur Chile, sondern ganz Lateinamerika erfassen und in mehreren Ländern etwa gleichzeitig ähnliche Wandlungsprozesse hervorrufen. Diese Krisen markieren die Übergänge zwischen drei aufeinanderfolgenden "Modellen" des abhängigen Kapitalismus, die in den heute üblichen Periodisierungen so bezeichnet werden:

- Primärgüterexport mit ausländischer Enklavenproduktion
- Importsubstitutions-Industrialisierung
- Assoziierte Industrialisierungen durch Internationalisierung der Binnenmärkte.

1. Die erste Krise (1891)

Mit der Unabhängigkeit Chiles von Spanien begann eine allmähliche Umorientierung der chilenischen Wirtschaft auf die neue Großmacht England. Dieser Prozeß der Unterordnung unter den englischen Imperialismus beschleunigte sich am Ende des 19. Jahrhunderts und erreichte nach dem Pazifik-Krieg eine neue Qualität. Die Krise von 1891 markiert diese endgültige Unterordnung unter den englischen Imperialismus.

Die herrschende Klasse besteht im 19. Jahrhundert vor allem aus den konservativen Großgrundbesitzern und der liberalen Bergwerks- und Handelsbourgeoisie. Die Konflikte zwischen diesen beiden Fraktionen bestimmen im wesentlichen die chilenische Geschichte des 19. Jahrhunderts. Unter den Präsidenten Portales (1829-1841) und Bulnes (1841-51) dominierte die konservative landbesitzende Fraktion, die eine protektionistische Wirtschaftspolitik verfolgte. Mit der Präsidentschaft von Montt (1851-61) setzte sich die liberale Fraktion durch und öffnete das Land englischem Kapital und englischen Importeuren. Der Anteil Großbritanniens am Außenhandel Chiles stieg von 38 % im Jahr 1845 auf 49 % im Jahr 1875 (A. Münster Chile-friedlicher Weg? Berlin 1972 S. 17). Kupfer, Agrarerzeugnisse (vor allem Weizen) und Salpeter bildeten die Hauptexportprodukte. Das britische Handelsmonopol schloß auch den Transport der Waren mit englischen Schiffen ein. Dagegen befand sich die Produktion selbst noch weitgehend in der Hand der nationalen Bourgeoisie und bildete die Grundlage ihrer Macht. Das änderte sich mit der weiteren Entfaltung des englischen Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts, der auf Weltebene den Übergang vom Konkurrenzkapitalistischen zum monopolistischen Stadium, vom Warenexport zum Kapitalexport vollzieht. Angestachelt und unterstützt von den Engländern eroberte Chile im Pazifik-Krieg (1879-83) gegen Peru die Provinzen Antofagasta und Tarapacá mit ihren reichen Salpetervorkommen. Es gelang dem englischen Kapital, innerhalb weniger Jahre diese Rohstoffquellen in eigene Hand zu bekommen. In wenigen Jahren vervielfältigten sich die englischen Direktinvesti-

tionen in Chile: Sie stiegen von 1,4 Mio Pfund im Jahr 1880 auf 16 Mio Pfund im Jahre 1890 (H. Ramirez Necochea: Englands wirtschaftliche Vorherrschaft in Chile (1810-1914) in: Lateinamerika zwischen Emanzipation und Imperialismus, Berlin-DDR: Akademie Verlag 1961, S.112-166). 1884, am Ende des Pazifik-Kriegs und noch vor der britischen Expansion in der chilenischen Wirtschaft, kontrollierte englisches Kapital "nur" 34 % der Salpeterproduktion, gegenüber 36 % chilenischem und 30 % sonstigem europäischem Kapital (besonders deutschem und französischem; Münster a.a.O. S.18). Sechs Jahre später waren sie praktisch unangefochtene Herren der gesamten Produktion: Von 77 Werken gehörten 60 - darunter die produktivsten - den Engländern, den Chilenen blieben 3, den Deutschen vier (Ramirez Necochea a.a.O.).

Diese wirtschaftliche "Invasion" der Engländer führte zu Abwehrreaktionen bei Teilen der chilenischen Bourgeoisie. Zum Wortführer dieser "Nationalisten" machte sich der 1886 gewählte Präsident Balmaceda. Als Angehöriger der traditionellen Großgrundbesitzeroligarchie verfocht er ein Programm, das alles ander als radikal war: Er bemühte sich lediglich darum, dem Land einen Rest wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit zu erhalten, indem er die Salpeterproduktion höheren Steuern unterwarf, deren Erträge im Bereich der Infrastruktur investiert wurden. Auch plante er einige Verstaatlichungen, die jedoch nicht die Minen selbst, sondern nur einen Teil der mit ihnen zusammenhängenden englischen Eisenbahnen, Banken und Wasserwerke betrafen. Das englische Kapital war zu diesen Zugeständnissen nicht bereit: Der Kongreß, in dem die Vertreter der imperialistischen Interessen die Mehrheit hatten, lehnte sich gegen den Präsidenten auf. Es kam 1891 zum Bürgerkrieg: während das Heer in seiner Mehrzahl zum Präsidenten hält, schlägt sich die englisch beeinflusste Marine mit direkter Unterstützung englischer Kriegsschiffe auf die Seite der Kongreßpartei. Balmaceda unterliegt und begeht Selbstmord.

Diese Wandlungskrise des chilenischen Kapitalismus, die die erste offene politische Parteinahme des chilenischen Militärs in der neueren Geschichte Chiles provozierte, ist also durch folgendes gekennzeichnet:

- 1) Der englische Imperialismus setzt sich endgültig gegenüber konkurrierenden europäischen Mächten als die für Chile maßgebliche Metropole durch.
- 2) Als wichtigstes Exportprodukt wird das Kupfer vom Salpeter verdrängt. Während bisher die Eingliederung in den Weltmarkt weitgehend auf die Zirkulationssphäre beschränkt war, ergreift sie nun auch die Produktionssphäre, die jetzt in ausländische Hand übergeht. Als entscheidene Form der ausländischen Penetration werden Handel und Anleihen durch die Bergbau-Enklave ersetzt.
- 3) Die Mehrheit der Bourgeoisie vollzieht diesen Wandel widerspruchslos mit, verzichtet auf ihre bisherige relative Selbständigkeit und stellt sich in den Dienst des englischen Imperialismus. Die politische Krise entsteht dadurch, daß eine Minderheit vergeblich versucht, den ausländischen Monopolen bessere Bedingungen abzuhandeln.

Eine interessante Episode in diesem Konflikt betrifft die Rolle des deutschen Hauptmanns Koerner, den Balmaceda ins Land geholt hatte, um mit deutschen Waffen und preußischer Ausbildung im Heer ein deutsch-nationalistisches Gegengewicht gegen die englisch orientierte Marine zu schaffen. Im Bürgerkrieg schlägt sich Körner je-

doch mit Waffen und Gepäck auf die Gegenseite: Obwohl Rivalen bei der Eroberung des chilenischen Marktes, waren der englische und der deutsche Imperialismus Verbündete gegen chilenische Autonomiebestrebungen.

Das Militär stellte in der Folgezeit ein williges Werkzeug der ausländischen Kapitalinteressen und ihrer inländischen Verbündeten dar. Nachdem der Fraktionenstreit beendet war, galt es, das Ergebnis gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen. Zwischen 1911 und 1920 half die Armee mit, 293 Streiks z.T. blutig niederzuschlagen (A. Joxe, Las Fuerzas Armadas en el sistema politico de Chile, Santiago 1970, S.53). Einige Beispiele aus ihrem Wirken als "apolitischer Ordnungsfaktor":

- 1903: Valparaíso, 30 Tote, 200 verwundete Hafenarbeiter
 - 1905: Santiago, 200 Tote
 - 1907: Iquique, weit über 2000 Arbeiter werden mit MGs niedergemäht
 - 1920: Punta Arenas, Massaker
 - 1921: San Gregorio, Santa Ana, Massaker
 - 1925: La Coruna, 300 Tote
 - 1934: Ranquil, 60 tote Bauern
- (Die Legende vom unpolitischen Militär, in: Chile-Komitee Stuttgart, Chile-Dokumentation, S. 23)

2. Die zweite Krise (1924/25 und 32/33)

Schon wenige Jahre, nachdem sich Chile endgültig in eine englische Wirtschaftskolonie ^{verwandelt} hatte, begannen neue Faktoren, dieses Modell eines abhängigen Kapitalismus wieder in Frage zu stellen. Das US-amerikanische Kapital, das sich bisher weitgehend auf seinen "Hinterhof" Mittelamerika beschränkt hatte, begann nun, massiv nach Süden vorzudringen und sich im chilenischen Kupferbergbau einzukaufen. Das wachsende Volumen von Verwaltung und Handel ließ zwischen 1891 und 1920 eine Mittelschicht entstehen, die sich als zunehmend relevante Gruppe zwischen Großbourgeoisie und Arbeiterschaft schob und bald auch ihre politischen Mitspracheansprüche anmeldete. Damit verband sich ein Prozeß rascher Urbanisierung, der das politische Schwergewicht vom Land (Großgrundbesitz) hinweg in die Städte (Mittelschichten) verlagerte. In den 20er Jahren überholte die Stadtbevölkerung zahlenmäßig die Landbevölkerung. Nach dem Bürgerkrieg hatte im Militär unter Führung des inzwischen zum Generalstabschef avancierten Koerner eine Professionalisierung eingesetzt, die klare militärische Laufbahnen schaffte und damit die Trennung zwischen ziviler und militärischer Macht endgültig institutionell vollzog. Damit war aber auch das Monopol beseitigt, das die oligarchischen Familien bisher an den Offiziersstellen hatten: Das Militär verwandelte sich in einen Kanal des sozialen Aufstiegs für Angehörige der Mittelschichten. Die Gründung von Offizierslogen und konspirativen Zirkeln in den Jahren 1907, 1912 und 1919 mit einer vagen sozialen Ausrichtung zeigte, daß dieses mittelständische Element auch im Militär Einfluß zu gewinnen suchte.

Der erste Weltkrieg bedeutete eine entscheidende Schwächung für den englischen Imperialismus, während er umgekehrt dem weniger durch Kriegskosten belasteten amerikanischen Kapital voll zum Durchbruch verhilft. Das Jahrzehnt zwischen 1910 und 1920 kennzeichnet in mehreren großen Ländern Lateinamerikas den Zusammenbruch der politischen Herrschaft der traditionellen Oligarchie und den politischen Aufstieg der Mittelschichten: Spektakulär und gewaltsam wie in der mexikanischen Revolution, oder über das Wahlrecht wie in Argentinien und Chile. 1920 wird der Reformler Arturo Alessandri zum Präsidenten gewählt.

Der Übergang der politischen Macht auf die Mittelschichten führte zu Spannungen innerhalb der herrschenden Klasse, die den nächsten direkten politischen Eingriff der Streitkräfte hervorrief: Im September 1924 veranstalteten junge Offiziere um Ibáñez eine Art "go in" im Kongreß und erreichten, daß innerhalb von Stunden 18 Reformgesetze verabschiedet wurden, die dort seit Monaten lagerten. Statt sich mit dem Erfolg zufriedener zu geben, übernehmen die Militärs die Macht unter Führung eines konservativen Admirals Neff. Alessandri geht ins Exil.

Der unstabile Kompromiß zwischen Reformisten und Konservativen im Militär hielt nicht lange: Im Jahr 1925 wurde Neff durch einen zweiten Putsch gestürzt. Alessandri wird auf den Posten des Präsidenten zurückgerufen. Der neue starke Mann ist General Ibáñez, der erst als Kriegsminister, dann ab 1927 als Präsident eine Schaukelpolitik zwischen Repression und Reform betreibt.

Der endgültige Bruch mit dem bisherigen Modell kommt erst nach 1929, durch die Weltwirtschaftskrise. Chile gehört zu denjenigen Ländern Lateinamerikas, die durch den Zusammenbruch des Welthandels am schwersten getroffen wurden. Die Nachfrage der Industrieländer nach Kupfer geht abrupt zurück, ebenso dessen Preis: In dem Jahr fünf von 1930-34 fällt das Volumen der chilenischen Exporte um 33 % gegenüber 1925-29, deren Verkaufswert zusätzlich um 38 %, so daß Chile insgesamt 58 % seiner Exporterlöse einbüßt. Entsprechend verringern sich die Importe um 60 % (C. Furtado, Economic Development of Latin America, Cambridge 1970 S. 41).

Diese abrupte Lockerung des Weltmarkt-Zusammenhangs hatte jedoch eine unerwartete positive Wirkung: Die Verringerung der Importe wirkte auf die einheimische Industrie wie eine Zollprotektion: Es begann ein beschleunigter Prozeß der Industrialisierung. In den folgenden Jahrzehnten stieg kontinuierlich der Anteil der Industrie am Bruttosozialprodukt, während derjenige der Importe fiel:

	Anteil am Bruttosozialprodukt	
	Industrie	Importe
1929	7,9 %	31,2 %
1937	11,3 %	13,8 %
1947	17,3 %	12,6 %
1957	19,7 %	10,1 %

(Quelle: Furtado a.a.O. S. 87)

Führt man sich von Augen, was diese Zahlen alles implizieren an wirtschaftlicher und sozialer Umstrukturierung, dann wird klar, daß ein Wandlungsprozeß dieses Ausmaßes nicht ohne politische Krisen vorstatten gehen konnte.

Dieser Aufbau einer Leichtindustrie findet weitgehend unter nationaler Kontrolle statt: Die Schwächung der kapitalistischen Metropolen durch die Weltwirtschaftskrise und später den 2. Weltkrieg erlaubt die Entstehung einer - freilich schwachen - Industriebourgeoisie, deren Interessen in der folgenden Phase - zusammen mit denen der Mittelschichten und den Resten des Großgrundbesitzes - die innenpolitische Szene beherrschen.

Die ausländische Penetration ändert sowohl Ursprung wie Ziel: Das englische Kapital verliert durch die Krise vollends an Einfluß.

Die USA setzen sich nun voll als neue Metropole durch. Gleichzeitig ergibt sich ein Wandel im Haupt-Exportprodukt: An die Stelle des durch synthetischen Stickstoff weitgehend uninteressant gewordenen Salpeters tritt wieder das Kupfer.

1931 kommt es wegen der katastrophalen Wirtschaftslage zu Demonstrationen. Ibáñez tritt zurück, Vizepräsident Montero übernimmt die Präsidentschaft und versucht eine "Sanierung" nach orthodoxem liberalen Muster, u.a. mittels Kürzung des Soldes auf die Hälfte. In Coquimbo erheben sich Marineeinheiten, die sich unter Berufung auf die russische Revolution als Soldatenräte konstituieren, werden jedoch unterdrückt.

Im Juni 1932 wird Montero durch eine diffuse Allianz von linken und reformistischen Militärs gestürzt. Die Junta unter General Puga, innerhalb derer Kriegsminister Marmaduke Grove der "starke Mann" ist, ruft die Sozialistische Republik aus. Sie besteht nur 13 Tage. Ein zweiter Putsch unter Dávila stellt die "rechte" Ordnung wieder her. Auch die neue Junta kann sich nur 100 Tage halten und wird schließlich von einem dritten Putsch unter General Blanche gestürzt. Blanche läßt Wahlen durchführen und tritt sein Amt an den gewählten Nachfolger ab.

Dieser Putsch von Blanche war die letzte militärische Intervention bis zum "Tacnazo" von 1969. Das neue Modell einer national-kapitalistischen Industrialisierung vermag alle relevanten Fraktionen der chilenischen Bourgeoisie an sich zu binden. Die Jahre bis 1970 sind gekennzeichnet von einem Wechsel zwischen mehr konservativen und mehr reformistischen Präsidenten. Die politische Konsolidierung erlaubt es dem Militär, seine Funktion wieder durch Abwarten auszuüben. Auch die Depressionsaufgaben können in dieser Zeit meist von der Polizei und den unter Ibáñez gegründeten Carabineros erledigt werden.

Zusammengefaßt kann also diese zweite kritische Übergangsphase des Kapitalismus in Chile wie folgt charakterisiert werden:

- 1) Übergang der Hegemonie von englischem auf amerikanisches Kapital
- 2) Wechsel des Haupt-Exportprodukts von Salpeter zu Kupfer
- 3) Politische Machtübernahme durch die Mittelschichten (auch im Militär); die traditionelle Oberschicht wird zwar nicht vollends verdrängt, aber es findet sich ein stabiles Arrangement zwischen beiden.
- 4) Beginn einer weitgehend national-kapitalistischen, importsubstituierenden Industrialisierung im Gefolge der weltwirtschafts-krise.

Die mit diesem Wandel verbundene politische Krise findet - jedenfalls was die aktive Teilnahme des Militärs betrifft - in zwei Schüben statt: Die Krise von 1924/25 kündigt zunächst nur das Ende des alten Modells an; die Gestalt des neuen Modells wird erst durch die Weltwirtschaftskrise bestimmt und dann in der Krise von 1932/33 politisch umgesetzt.

3. Die dritte Krise (1973)

Der Putsch vom 11. September stellt den bisher schwerwiegendsten Eingriff der chilenischen Streitkräfte in die Politik dar. Wenn den früheren Interventionen jedesmal umfassende sozioökonomische Transformationen zugrunde lagen, dann wohl auch diesmal. Offenbar befindet sich die chilenische Gesellschaft wieder im Übergang von einem Stadium des abhängigen Kapitalismus in das nächste. Wie sieht diese dritte Krise aus?

Der 2. Weltkrieg führte zu einer Neuauftellung der Einflusozonen auf Weltmaßstab, die mit der Koreakrise endgültig konsolidiert wird. Danach hat der US-Imperialismus - inzwischen der unangefochtene Führer des Weltkapitalismus - freie Hand für die wirtschaftliche Expansion, US-Kapital ergießt sich nach Europa, Kanada, Asien - und Lateinamerika.

US - Direktinvestitionen in Lateinamerika (in Milliarden \$)

1929	1946	1957	1967
3,5	3,1	8,1	10,2

(Quelle: C. Sunkel, in: D. Bennebas (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt 1972 S. 294)

Während am Ende des 2. Weltkriegs, zwei Jahrzehnte nach der Weltwirtschaftskrise, die US-amerikanischen Investitionen noch nicht wieder den Stand von vor der Krise erreicht hatten, verdreifachten sie sich in den folgenden beiden Jahrzehnten.

Aber auch qualitativ ändert sich die ausländische Penetration: Während bis zum 2. Weltkrieg das amerikanische Kapital überwiegend im Primärgütersektor angelegt war (Agrarprodukte, Bergbau, Erdöl), fließen die neuen Investitionen vor allem in die verarbeitende Industrie, wobei die 60er Jahre die eigentliche Wende bringen.

Anteil der verarbeitenden Industrie an US-Direktinvestitionen in Lateinamerika

1930	1940	1946	1950	1960	1968
7 %	8 %	13 %	18 %	19 %	34 %

(Quelle: F. Fajnzylber, Estrategia Industrial y Empresa Internacional. Rio 1971 S. 204.)

In absoluten Zahlen verneunfachen sich die amerikanischen Investitionen im sekundären Sektor von 0,4 Milliarden Dollar im Jahr 1946 auf 3,7 Milliarden 1968 (Sunkel a.a.O. S. 297).

Diese Globalzahlen für ganz Lateinamerika verdecken jedoch die stark ausgeprägten regionalen Schwerpunkte dieser neuen Investitionsstrategie: Sie richtet sich vor allem auf diejenigen Länder, in denen der Prozeß der importsubstituierenden Industrialisierung am Ende des 2. Weltkriegs am weitesten fortgeschritten war, nämlich Brasilien, Mexiko und Argentinien. In diesen Ländern liegt der Anteil des US-amerikanischen Industriekapitals an den Gesamtinvestitionen bei 69 %, 68 % und 64 %, während der Durchschnitt aller übrigen Länder nur 14 % beträgt (Fajnzylber a.a.O.).

Mit anderen Worten: Das ausländische Kapital machte sich die in der Phase einer national-kapitalistischen Industrialisierung geschaffene Grundlage an Energie, Rohstoffen, Kommunikation und qualifizierten Arbeitskräften zunutze, um nun als überlegener Konkurrent den ebenfalls neu geschaffenen Binnenmarkt auszunützen. Dutzende von nationalen Unternehmen, darunter auch viele Banken, wurden in den 60er Jahren von amerikanischem Kapital aufgekauft oder durch eine ausländische Beteiligung in die Rolle eines lokalen Agenten gedrängt.

Die traditionelle Extraktionswirtschaft im Bereich von Landwirtschaft und Bergbau bleibt auch im neuen Modell bestehen, tritt aber zurück gegenüber einer neuen Form der Kapitalverwertung. Statt Rohstoffe zu exportieren, werden sie an Ort und Stelle durch industrielle Filialen verarbeitet zu Produkten, die für den lokalen Binnenmarkt bestimmt sind. Die Realisierung des Mehrwerts findet nicht mehr in den Metropolen, sondern in den abhängigen Ländern selbst statt. Das erlaubt gleichzeitig, lokale Kapitalreserven zur Finanzierung zu verwenden und eventuelle Zollschränken zu unterlaufen.

Auch die Organisationsform des ausländischen Kapitals ist in ein neues Stadium getreten. Aus dem überschaubaren US-amerikanischen Einzelunternehmen hat sich inzwischen der multinationale Konzern entwickelt. Das qualitativ Neue an diesen "Multinationals" ist die Internationalisierung der Produktion; die Vermarktung war bereits vorher international, während der Absatz nach wie vor überwiegend national ist. Allerdings entstehen neben den US-amerikanischen "Multis" nun auch westeuropäische und japanische Großkonzerne und drängen als zunehmend ernsthafte Konkurrenten auf den lateinamerikanischen Markt.

Der Prozeß kapitalistischer Konzentration und Zentralisation hat in diesen multinationalen Konzernen gigantische Ausmaße erreicht. Der Umsatz der größten unter ihnen übersteigt das Bruttoinlandsprodukt der meisten Länder Lateinamerikas - von deren Staatshaushalt ganz zu schweigen. Chile z.B. würde sich mit seinem Bruttoinlandsprodukt vor ca. 4,5 Milliarden Dollar in der Liste der kapitalistischen Wirtschaftsriesen erst nach Platz 19 einreihen; auf Platz 1 steht General Motors mit 28 Milliarden, auf Platz 17 der größte westdeutsche Konzern, Volkswagen, mit 5 Milliarden (United Nations: Multinational Corporations in World Development, New York 1973 S. 130). Der berüchtigte IT-Konzern steht auf Platz 11 mit 7,3 Milliarden - mehr als anderthalb mal die Wirtschaftskraft von Chile. Diese enorme ökonomische Macht, aber auch die straffe zentrale Leitung und die starke Diversifizierung nach Ländern und Wirtschaftszweigen röh den Multis zahlreiche Möglichkeiten, auf Einzelstaaten Einfluß zu nehmen oder mindestens sich deren Kontrolle zu entziehen.

Die Internationalisierung der Binnenmärkte unter Führung der multinationalen Konzerne setzt sich überall in Lateinamerika durch gegen das bisherige Modell einer national-kapitalistischen Entwicklung. Das nationale Kapital erweist sich als zu schwach, um nach außen dem Druck der Monopole widerstehen zu können und nach innen eine beschleunigte Akkumulation in Gang zu setzen, die imstande wäre, ein weiteres Zurückfallen gegenüber den Industrienationen zu verhindern. Unter verschärften Weltmarktbedingungen sind reformistische Zugeständnisse nicht mehr tragbar, nur noch radikale Strategien erscheinen theoretisch tragfähig: Entweder rücksichtslose Ausbeutung oder Sozialismus.

Reformistische und "populistische" Politiken, die den Binnenmarkt durch eine begrenzte Umverteilung des Einkommens zu Gunsten der unteren Schichten erweitern wollen, scheitern ebenso wie neoliberale Entwicklungsstrategien unter Führung der nationalen Industriebourgeoisie. Sie werden gestürzt durch repressive Militärregierungen, deren Ziel es ist, den Monopolen optimale Verwertungsbedingungen zu sichern. Typische Beispiele sind Brasilien seit 1964 und Argentinien unter Onganía (1966 - 70). Dem gleichen Grundmuster folgt Bolivien unter Parricutas und Banzer; auch die als progressiv gelob-

te organische Militärregierung entwickelt sich nach einer einleitenden Phase, in der lange überflüssige Reformen nachgeholt wurden, nach rechts in Richtung auf das brasilianische Modell. In Mexico wurde dessen wirtschaftlicher Gehalt ohne die Notwendigkeit einer militärischen Intervention verwirklicht - weil dort die Zivilregierung selbst genügend repressiv ist (Massaker von Tlatelolco, 1968).

In Chile begann der Prozeß der Industrialisierung 1930 auf einem sehr niedrigen Stand; deshalb erreichte er trotz erheblicher Zuwachsraten bis nach dem Weltkrieg nicht diejenige absolute Größe, die den chilenischen Binnenmarkt für das ausländische Kapital besonders attraktiv gemacht hätte. Zwar lassen sich die genannten Tendenzen auch in Chile beobachten, jedoch in geringerem Umfang: Chile bleibt zunächst als "kleiner Fisch" am Rand der neuen imperialistischen Offensive. Seine Hauptverbindung mit dem Weltmarkt läuft auch in der Folgezeit nach dem traditionellen Rohstoff-Exportmuster über sein Monoprodukt Kupfer.

US - Direktinvestitionen in Chile

	1960		1968		Wachstum 1960=100
	Millionen Dollar	Prozent	Millionen Dollar	Prozent	
Bergbau	517	70,0	586	60,8	113
Industrie	22	3,0	68	7,2	309
Handel	12	1,6	39	4,0	325
Sonstiges (z.B. Banken)	188	25,4	270	28,0	143
Insgesamt	739	100	963	100	130

(Quelle: Caputo - Pizarro: Dependencia e Inversión Extranjera, in: Chile hoy, Mexico 1970 S. 184/185)

Die amerikanischen Investitionen betragen noch 1968 nur ein gutes Zehntel der Investitionen im Kupfer - aber sie wuchsen in den acht vorangegangenen Jahren dreimal so schnell.

Dieses relative Desinteresse der multinationalen Konzerne an Chile und die Besonderheit einer politisch gefestigten Bourgeoisie erlauben in Chile einen abweichenden Verlauf: Zu einer Zeit, als in anderen lateinamerikanischen Ländern das reformistische national-kapitalistische Modell bereits gescheitert ist, erreicht es in Chile unter Frei erst seinen Höhepunkt. Und statt danach direkt in das neue Schema anzuschlagen, geht die Entwicklung zunächst in Richtung auf die andere theoretisch mögliche Alternative: Den Sozialismus. Im Schatten einer stabilen bürgerlichen Demokratie konnte sich eine Arbeiterbewegung entwickeln, die 1970 stark genug war, um mit legitimen Mitteln die Regierung zu erlangen. Doch der größere lateinamerikanische und weltkapitalistische Zusammenhang stand zu sehr im Widerspruch zu diesem Alternativmodell, um es auf Dauer dulden zu können.

Der Putsch in Chile ist also politischer Ausdruck einer erneuten Wandlungskrise des Kapitalismus in Lateinamerika, die folgende Merkmale trägt:

- 1) Die "Multis" werden zu den beherrschenden Trägern der imperialistischen Penetration.
- 2) Das Interesse der Monopole verlagert sich zunehmend auf den verarbeitenden Sektor und den lokalen Binnenmarkt.
- 3) Die nationalen Industriebourgeoisien verlieren ihre prekäre politische Hegemonie, es entsteht eine Patzsituation zwischen verschiedenen Fraktionen der in- und ausländischen herrschenden Klasse, in der das Militär als Sachwalter der kapitalistischen Gesamtinteressen die politische Macht an sich nimmt.
- 4) An die Stelle des nationalen privaten Kapitals tritt eine Allianz zwischen ausländischen Monopolen und Staatskapital, dem sich das nationale Privatkapital als Juniorpartner unterordnet. Grundlage des neuen Akkumulationsmodells ist die unbeschränkte Ausbeutung der Arbeiterschaft.

In Brasilien, wo diese "neue Abhängigkeit" am weitesten entwickelt ist, hat der Reichtum der Oberschicht inzwischen ein Ausmaß erlangt, da erstmals - trotz Verschwendung und Kapitalflucht - geringe Teile davon "nach unten" durchsickern. Es erscheint nicht mehr ausgeschlossen, daß dieses Modell einer "assoziierten Industrialisierung" tatsächlich in einem kleinen Teil der Gesellschaft ein kapitalistisches Wachstum hervorbringt, indem es den größeren Teil davon ausschließt und alle sozialen Kosten durch ungezielte Depression abweist.

VI. Schlüsse

Sarkastisch könnte man also sagen: Der Putsch hat in Chile "normale" Verhältnisse hergestellt und das Land der lateinamerikanischen Entwicklung angepaßt. Heißt das nun, daß jede Chance einer Befreiung in Chile beseitigt ist, solange sich nicht im lateinamerikanischen Rahmen eine grundlegende Wende vollzieht? Daß vielleicht bis zu einem Wechsel erst wieder ein 40-Jahres-Zyklus ablaufen muß, wie er bisher jeweils zwischen zwei Krisen lag?

Man kann solchen Pessimismus nicht einfach abschütteln. In Chile ist eine Etappe zu Ende gegangen. Jede der beiden vorangegangenen Krisen war grundlegend, jeder militärische Eingriff endgültig. "Eine militärische Intervention in Chile weist so viel wie zehn in anderen Ländern: Sie ist perfekt." So Jaxe 1970 (S.43).

Dennoch: Es gibt einen grundlegenden Unterschied: Frühere Krisen klärten Konflikte zwischen bürgerlichen Fraktionen und stellten klare Hegemonien her, unter denen auch die besetzte Fraktion nicht ihr Existenzrecht verlor. Diesmal handelt es sich um einen Klassenkampf: Die Arbeiterklasse als solche soll unterworfen werden. Nicht zufällig trat in dieser Krise das Militär erstmals geschlossen auf (von Einzelfällen abgesehen), während es sich bei den früheren innerbürgerlichen Rivalitäten jedesmal spaltete. Das neue System bietet für die Arbeiterklasse keinen akzeptablen Kompromiß, sondern nur Hunger und Versklavung: Sie kann ihre Niederlage nicht hinnehmen. Jede der früheren Krisen endete mit einer Ausweitung der formalen politischen Partizipation - diese mit deren radikalster Beschränkung.

Eine "Normalisierung" ist unter diesen Bedingungen der absoluten Konfrontation undenkbar. Die Arbeiterklasse kann kurzfristig nicht gewinnen, - aber die bürgerliche Klasse kann ihre Herrschaft nicht stabilisieren. Die Konsequenz wird ein langer, sehr harter Kampf sein.

CHILE UND LATEINAMERIKA

BOLIVIEN: ARBEITER UND BAUERN KÄMPFEN GEMEINSAM GEGEN DAS FASCHISTISCHE REGIME

Mit der Begründung, eine internationale Verschwörung betreibe den Sturz seiner Regierung, verhängte der bolivianische Präsident Hugo Banzer Ende Januar den Ausnahmezustand. Die Armee ging mit Kampfbomben und Soldaten gegen 12.000 Bauern im zentral gelegenen Cochabamba-Tal vor. Die Campesinos hatten aus Protest gegen die vom faschistischen Banzer-Regime verordnete 100 %ige Verteuerung der Grundnahrungsmittel die Zufahrtsstraßen zum Tal abgeriegelt.

Ausnahmezustand herrscht in Bolivien allerdings seit dem 21. August 1971, als die fortschrittliche, aber schwache Regierung des General Juan José Torres blutig gestürzt wurde. Und eine internationale Verschwörung hatte das faschistische Regime an die Macht gebracht: Banzer ist Präsident von Gnaden des nordamerikanischen Imperialismus und seines brasilianischen Handlangers und vertritt zudem die Interessen der einheimischen Agrar- und Handelsbourgeoisie im Osten des Landes.

Zwei Ziele verfolgte die Regierung konsequent während der vergangenen zweieinhalb Jahre: die systematische Ausrottung linker Opposition und die Reprivatisierung der Wirtschaft. Die Gefängnisse und KZs sind voll mit politischen Gefangenen, die keinerlei Aussicht auf einen Prozeß haben. Ausländische Kapitalien wurden mit günstigen Investitionsbedingungen angelockt, der Erdölsektor entnationalisiert. Als im Oktober 1972 der bolivianische Peso um 67 % abgewertet wurde, kam diese Maßnahme vor allem den Exporteuren von Mineralien und landwirtschaftlichen Produkten zugute. Für die Masse der bolivianischen Bevölkerung hatte sie jedoch bittere Konsequenzen. Das Realeinkommen von Arbeitern und Angestellten sank ständig; die campesinos, die meist winzige Parzellen bearbeiten, verelendeten zunehmend.

Oktober 1972: Auf die Abwertung, die verbunden ist mit gleichzeitiger Erhöhung der Lebensmittelpreise um 100 % und Einfrierung der Löhne, antworten die Arbeiter mit Streik. Resultat dieser Auseinandersetzung: viele Tote und über 100 verhaftete und gefolterte Gewerkschaftsführer.

April/Mai 1973: Massaker gegen linke Führer in Santa Cruz und La Paz. Javier Ukasqui und Monika Ertl, denen vorgeworfen wurde, Guerrilla-Kämpfer auszubilden, werden ermordet.

August 1973: Zum zehnten Male "deckt" das Regime ein Komplott gegen sich "auf". 96 Gewerkschaftsführer werden verhaftet, die gegen Hungerlöhne und Preissteigerungen protestiert hatten.

November 1973: Zur wirtschaftlichen kommt jetzt noch die politische Krise. Die "National-Revolutionäre Bewegung" (MNR), nach der Revolution von 1952 führende Partei und nun mit ihrem rechten Flügel williger Gehilfe Banzers, tritt aus der Regierung aus. Die für Mai 1974 angekündigten Wahlen werden daraufhin auf unbestimmte Zeit verschoben. Am 8. Januar dieses

Jahres wird Víctor Paz Estenssoro, Chef des MNR und Ex-Präsident, nach Paraguay ausgewiesen. Am 10. Januar hätte der Parteitag des MNR stattfinden sollen, auf dem Paz Estenssoro mit großer Wahrscheinlichkeit als Präsidentschaftskandidat nominiert worden wäre. Gegen den populären Paz Estenssoro hätte Banzer, der allein kandidieren wollte, kaum Chancen gehabt.

Mitte Januar führen die Minen- und Fabrikarbeiter eine 24stündige Arbeitsniederlegung durch und drohen mit unbegrenztem Streik, als die Regierung die Preise der notwendigsten Lebensmittel erneut um 100 % erhöht; die Löhne sind noch immer auf dem Stand von 1971.

Im Cochabamba-Tal beteiligen sich die campesinos am Protest gegen diese Maßnahmen und blockieren die wichtigsten Zufahrtswege der Stadt Cochabamba. Dadurch wird der wirtschaftliche Kreislauf des Landes erheblich gestört. Das Regime entsendet eine Garnison unter dem Kommando des berüchtigten Generals Tapia. Als die campesinos diesen Offizier als Geisel gefangen nehmen, schickt die faschistische Regierung Panzer und Flugzeuge. Die Zahl der Opfer ist nicht bekannt; letzte Meldungen sprechen von etwa 100 Toten. Das Department Cochabamba wurde zur Militärzone erklärt und eine totale Nachrichtensperre verhängt.

Die Aktionen der campesinos im Cochabamba-Tal signalisieren eine entscheidende Schwächung des Banzer-Regimes: Bislang hatte sich die von regierungshörigen Syndikatsführern manipulierte Landbevölkerung wohlwollend bis passiv verhalten. Den Regierungen seit Paz Estenssoro war es stets gelungen, die mit einem Eigentumstitel für eine Parzelle Land zunächst befriedigten campesinos mit übler Demagogie für sich zu gewinnen und gegen die Fabrik- und Minenarbeiter auszuspielen. Inzwischen ist gerade im dichtbevölkerten Cochabamba-Tal die wirtschaftliche Situation der campesinos hoffnungslos: auf den durch Erbteilung ständig kleiner gewordenen Parzellen werden kaum noch Überschüsse produziert. Unzufriedenheit und Verzweiflung nehmen ständig zu. Ein Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern scheint jetzt nicht mehr fern zu sein.

ARGENTINIEN:

BRIEF AUS BUENOS AIRES

In Argentinien verschärfen sich die Widersprüche innerhalb und außerhalb des Peronismus mit jedem Tag. Die wichtigsten auslösenden Ereignisse der letzten Wochen waren:

- Der Überfall eines 60 Mann starken Kommandos des trotzkistischen ERP auf die Garnison von Azul, eine der stärksten Panzereinheiten des Landes. Der Überfall löste eine Welle der Repression aus, die sich vor allem auch gegen die Juventud Peronista (Peronistische Jugend, links) wandte, obwohl diese den Überfall als taktisch falsch verurteilt hatte.
- Der Erlass einer Reihe von Repressionsgesetzen mit z.T. terroristischem Strafmaß. Acht Abgeordnete der peronistischen Regierungspartei FREJULI stimmen dagegen und werden aus der Bewegung ausgestoßen.

- Zum ersten Mal verweigern Jugendorganisationen des Peronismus dem "obersten Führer" offen den Gehorsam, indem sie nicht zu einer Audienz bei Perón erscheinen, zu der auch rechtsfaschistische Jugendgruppen eingeladen sind.

Der folgende Brief aus Buenos Aires bringt diese Ereignisse in einen Zusammenhang:

Der Überfall auf die Garnison und der Tod einiger Angehöriger der Streitkräfte kam für die Rechte wie ein Geschenk des Himmels. Es erfolgten sofort große Polizei-Durchsuchungsaktionen, und es wurden viele Verhaftungen durchgeführt. Über die Zahl der Verhaftungen ist noch nichts bekannt gegeben worden. Perón hielt in Anwesenheit seines Kabinetts, der Vertreter der Streitkräfte, der Unternehmer und Gewerkschaften eine Fernsehansprache, in der er versprach, in Zukunft mit größter Härte und mit allen Mitteln gegen die Terroristen vorzugehen. Er forderte das Volk auf, ihn in dieser Kampagne zu unterstützen und drohte mit dem Rücktritt, falls ihm dies nicht gewährt würde. Fast täglich explodieren Bomben in den Lokalen der Juventud Peronista (JP).

Seit einigen Wochen liegt die Reform des Strafrechts auf dem Tisch des Abgeordnetenhauses. Sie bedeutet eine deutliche Verschärfung der Strafgesetzgebung bei politischen Vergehen. Es gibt eine breite Opposition gegen dieses Gesetz, einmal von Seiten der Radikalen Partei, dann aber auch von vielen anderen Parteien links des FREJULI, einschließlich der Kommunistischen Partei. Perón dagegen sagte, er sei mit der Reform des Strafrechts völlig einverstanden und man könne die Gewalt nur mit der Gewalt besiegen. Und wenn es keine Gesetze gebe, die das möglich machen, dann müsse man eben ungesetzlich gegen den Terrorismus vorgehen, und er würde es vorziehen, daß dann schon lieber die entscheidenden Gesetze dafür geschaffen werden. Dabei verdankt er seine erneute Präsidentschaft den bewaffneten Organisationen, die damals die Militärregierung zermürbt haben. Aber damals war das nach den damaligen Äußerungen von Perón das legitime Selbstverteidigungsrecht des geknechteten Volkes, während jetzt das Volk die Regierung ist und daher kein Selbstverteidigungsrecht gegen sich selbst haben kann.

Man kann davon ausgehen, daß die tägliche Brutalität der Polizei in den Stadtvierteln, die Unterdrückung von Arbeitskämpfen in den Betrieben, die wachsende Arbeitslosigkeit, die Warenhortung durch die Unternehmer, die drohende Absetzung fortschrittlicher Provinzregierungen in den Massen eher das Gefühl gestärkt hat, daß die Unsicherheit und Bedrohung nicht so sehr von Seiten der Guerrillas kommt, sondern vielmehr von den staatstragenden Kräften: Polizei, Gewerkschaftsbürokratie, Unternehmer und Teile des Staatsapparats, und nicht zuletzt von paramilitärischen faschistischen Kommandos.

Zahlreiche rechte Organisationen und der rechte Peronismus sowie die Gewerkschaftsführung nahmen den Überfall zum Anlaß, eine rasche Verabschiedung des Gesetzes durchzudrücken. Zugleich wurden alle relativ kämpferischen Peronisten in Regionalregierungen und Gewerkschaften dafür verantwortlich gemacht, daß das Land nicht zur Ruhe kommt.

Als erstes wurde der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, in der die angegriffene Garnison liegt, zum Rücktritt gezwungen. Gouverneur Bidegain gilt als ein Vertreter des gemäßigten peronistischen Flügels und steht schon lange im Schußfeld der rechten Fraktion. Ihm wird ein zu lasches Vorgehen gegen die Guerrillaorganisationen vorgeworfen, die tiefere Ursache seines Absturses ist jedoch die Tatsache, daß in seinem Landeskabinett eine verhältnismäßig große Zahl an "linken" Peronisten vertreten ist, die man bisher wegen ihrer Verankerung in den Massen nicht so leicht abschieben konnte.

Auch in Córdoba sitzt eine Regionalregierung, die den gemäßigten Peronismus repräsentiert. Seit Wochen droht nun die Intervention, d.h. die Absetzung des Gouverneurs und seines Stellvertreters durch die Zentralregierung. In Córdoba hat sich aber im Verlauf der Arbeiterkämpfe eine derart starke Massenbasis entwickelt, daß die Zentralregierung nur unter Gefahr eines Volksaufstandes in Córdoba eine solche Intervention wagen könnte. Córdoba ist die Stadt mit den größten Autoindustrien und mit den kämpferischsten Gewerkschaften. Alle Ereignisse dort haben eine wichtige Rolle in der nationalen Politik.

1969 gipfelten Streiks und Fabrikbesetzungen im "Cordobazo". Die Straßenkämpfe zogen sich über mehrere Tage hin und konnten schließlich nur durch das Eingreifen des Militärs niedergeschlagen werden. 1971 wiederholte sich die Besetzung der Stadt im sogenannten Vitorazo. Auslöser des Vitorazo war die Einsetzung eines reaktionären Gouverneurs, der gesagt hatte, er werde der roten Schlange (vibora) den Kopf abschlagen. Ursache der Kämpfe waren die schlechten Lebensverhältnisse, die niedrigen Löhne sowie die grundsätzliche Ablehnung der Militärregierung von Seiten der gesamten Bevölkerung. Sowasilder Cordobazo als auch der Vitorazo waren wichtige Momente bei der Ermöglichung der Rückkehr von Perón. Stellvertretender Gouverneur von Córdoba wurde der bisherige Gewerkschaftsvorsitzende der Buschaffner und Gewerkschaftssekretär der Regionalvertretung des argentinischen Gewerkschafts-Dachverbands CGT Atilio López.

Eben seine Gewerkschaft der Busfahrer hat nun vor Weihnachten Lohnerhöhungen gefordert. Aber zur Zeit kann es keine Lohnerhöhungen geben, da der "Sozialpakt" zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften die Löhne und Preise eingefroren hat.

Dieser Sozialpakt ist das A und O der peronistischen Politik und Strategie. Wer daran rüttelt, der setzt das Ganze aufs Spiel, der greift die Regierung an und Perón persönlich, spielt dem Imperialismus in die Hände und gehört zur Antipatria. Nun wird natürlich von beiden Seiten kräftig gegen den Sozialpakt angekämpft. Einerseits von den Unternehmern, die ihn zwar in den Auseinandersetzungen mit den Arbeitern beschwören, ihn aber bei jeder Gelegenheit unterlaufen. Trotz einiger spektakulärer Geschäftsschließungen kann der Staat die Preise nicht so unter Kontrolle halten, wie er es vorgibt. Die Zahlen der Preiserhöhungen werden in den Statistiken herunter manipuliert. Nach einem großen Konflikt in Córdoba, in dessen Verlauf 2.300 Arbeiter einer staatlichen Firma auf Zwangsurlaub geschickt und dann 200 entlassen wurden, großen Streiks und Demonstrationen, forderten nun die Busfahrer eine Lohnerhöhung und drohten mit Streik. Die Unternehmer weigerten sich, und der Vizegouverneur stellte ihre Gesellschaften unter Staatskontrolle. Zusammen mit den Gewerkschaften vertrat er die Ansicht, daß eine Lohnerhöhung aus den Gewinnen gut zu bezahlen sei und keine Preiserhöhung zur Folge haben müsse, und daher könne man auch nicht von einer Verletzung des Sozialpaktes sprechen. Der Sozialpakt sei so zu interpretieren, daß er einen Spielraum offen läßt für eine gerechtere Verteilung der Gewinne. Diese Maßnahmen wurden von den rechten Gewerkschaftsvertretern aus Córdoba, die eine Minderheit unter den Gewerkschaften dort darstellen, heftig angegriffen, und ständig reisten sie und andere Vertreter der Rechten nach Buenos Aires, um eine Absetzung der dortigen Regierung zu erwirken. Aber der Zentralregierung war es bisher praktisch nicht möglich, in Córdoba zu intervenieren, ohne dadurch einen neuen Cordobazo heraufzubeschwören. Der Sozialpakt entscheidet sich daher zum Teil in Córdoba.

Aber nicht nur in Córdoba und Buenos Aires beginnt das Hexentreiben, auch in vielen anderen Provinzen werden Delegierte, Minister und Gouverneure, die zur gemäßigten oder linken Tendenz des Peronismus gehören, in terro-

ristischer Weise aufgefordert, zurückzutreten. Der Kampf gegen die peronistische Linke geht seit dem Wahlsieg des Peronismus im März letzten Jahres, aber noch nie scheint die Rechte ein dermaßen leichtes Spiel zu haben. Der Überfall auf die Garnison ist nur noch der letzte Anhänger gewesen. Die von der JP und anderen Jugendorganisationen angekündigte Demonstration wurde verboten. Große Polizeikräfte regelten heute nachmittags das gesamte Viertel um das Abgeordnetenhaus ab. Die Polizei beschlagnahmte und verbrannte die gesamte Ausgabe der linksperonistischen Zeitung "El Mundo". Die Polizei erschoss "versehentlich" fünf Bauernführer.

Die rechte Juventud Peronista de la Argentina gab eine Pressekonferenz, in der sie folgendes erklärten: Sie werden von nun an jeden Verräter an der Bewegung, am Vaterland und dem General Perón mit der Todesstrafe bestrafen. In einem Dokument, das sie verteilten, heißt es wörtlich: "Mit Blut und Feuer die Befehle des Führers der Bewegung auszuführen, zu mobilisieren und sich entschieden in den Dienst der Ordnung zu stellen. In der ganzen Provinz von Buenos Aires wieder in den Untergrund gehen und alle Arten von Attacken gegen die marxistische Camarilla und ihren Führer Bidegain bis zu ihrem Sturz führen. Ebenfalls die Provinzen von Córdoba und Mendoza zu Konfliktzonen zu erklären. Jeden als des Verbrechens des Verrates für schuldig erklären, der sich noch innerhalb der Bewegung befindet und nicht daran mitarbeitet, entschieden diesen Kampf zu führen. Als Soldaten von Peron werden wir nicht nachlassen, bis wir nicht diese Feinde des Vaterlandes völlig zerschlagen haben. Dieser Kampf wird auf ideologischem aber auch auf physischem Gebiet ausgetragen. Auf die Frage, welche Strafe dem Vergehen des Verrates entsprechen werde, antwortete der Sprecher: "Die Todesstrafe". Auf die Frage, wer entscheiden werde, wer ein Verräter ist, wurde geantwortet: "Das Volk".

Der "ERP" geht von dem Standpunkt aus, daß sich die grundsätzlichen gesellschaftlichen Verhältnisse durch den Machtantritt Peróns nicht geändert haben; daß also nationale Befreiung und Sozialismus sich weiterhin nur durch den bewaffneten Kampf, d.h. den Sieg über die bürgerliche Armee erringen lassen. In ihrer Propaganda weisen sie darauf hin, daß sich der repressive Charakter der Streitkräfte durch die Existenz einer frei gewählten Regierung nicht geändert habe.

Doch diese Ansichten vertreten sie nicht allein, auch die peronistischen Guerillagruppen und vor allem die Montoneros, die wichtigsten von ihnen und die einzigen mit einer wirklich breiten Massenbasis, sind der gleichen Ansicht. Nur verhalten sie sich politisch und taktisch anders.

Bis 1972 war für die Montoneros der Volkskrieg (guerra popular) der einzige Weg zur Befreiung. Sie glaubten nicht mehr an Wahlen, zu denen Peron zugelassen werden würde, denn Peron war für sie der Führer eines revolutionären Kampfes. Peron unterstützte von Spanien aus die Guerillaaktivitäten dieser Gruppen und ermunterte sie in ihrem Kampf. Dann kamen die Verhandlungen mit den Militärs über die Möglichkeit der Rückkehr von Perón nach Argentinien, und plötzlich schien wieder der parlamentarische Weg eine zusätzliche Möglichkeit der Organisation der Massen zu bieten. Die Montoneros sahen das Eingehen auf parlamentarische Wahlen als ein Mittel unter anderen, um die Position des Volkes in seinem Kampf zu verbessern: mit dem Mittel einer Volksregierung die Macht des Imperialismus beschneiden, die Macht der lokalen Monopolbourgeoisie beschneiden, dem Volke einen größeren Teil des Nationaleinkommens zukommen zu lassen und die politischen Freiheiten dazu nutzen, die Massen und besonders die Arbeiterklasse im Kampf um ihre Rechte zu organisieren und so, gestützt auf die Massenorganisationen, den langfristigen Kampf mit legalen und illegalen, militärischen und nicht-militärischen Aktionen bis zum endgültigen Sieg über die herrschende Klasse zu führen. Der

große Irrtum der Montoneros war, daß sie glaubten, die "Volksregierung" werde sie in diesem Bemühen unterstützen. Spätestens seit dem Sturz von Cámpora im Juni letzten Jahres ist ihnen klar geworden, daß dem nicht so ist.

Es ist, glaube ich, nicht übertrieben zu behaupten, daß es besonders dieser revolutionäre Flügel war, mit seinen Parolen, der einen großen Teil der Wahlkampagne getragen und die Massen begeistert hat. Dies trug dazu bei, daß sie davon ausgingen, daß die Massen bereit sind, einem revolutionären Peronismus zu folgen, Perón zu wählen, aber auch eine "guerra prolongada" bis zum endgültigen Sieg zu führen. Aber eine Sache ist es, die Massen im Wahlkampf für die radikalere Position zu begeistern, als sie eben für diesen Kampf auch zu organisieren, und zwar in einer Situation, in der die gesamte rechte Fraktion des Peronismus, der mit Hilfe der Linken in den Sattel gehoben worden ist, nun den gesamten Staatsapparat beherrscht und sein Bündnis nicht nur mit der Bourgeoisie (denn das sind sie ja selbst), sondern mit dem reaktionären Teil, nämlich der Monopolbourgeoisie und den Militärs geschlossen hat. Ein besonderes Handicap für die peronistische Linke ist nun die Tatsache, daß sie ihre politische Propaganda immer als die Linie Peróns ausgegeben hat, Perón als den Führer in diesem revolutionären Prozess bezeichnet hat, dessen Befehlen man sich unterwerfen muß. Sicher gibt es auch innerhalb dieser peronistischen Jugend immer noch starke Kräfte, die glauben, Perón sei im Grunde revolutionär, er stehe aber unter dem Zwang der Kräfteverhältnisse und werde zu taktischen Bündnissen mit dem Feind gezwungen. In einer Situation jedoch, wo Perón dieses taktische Bündnis und das relative Stillhalten der Reaktion nicht mehr dazu ausnutzt, die Kampffähigkeit der Massen zu stärken, sondern im Gegenteil, denen den Kampf angesagt hat, die die Massen mobilisieren, in solch einer Situation muß es ja zu einem Bruch mit Perón kommen. Es ist also nicht mehr so sehr ein ideologisches Problem der peronistischen Jugend, ob man mit Perón bricht oder nicht, es ist ein ganz praktisches: wie kann dies so geschehen, daß der Bruch nicht eine Isolierung der Massen bedeutet. Denn es ist ja nicht so wichtig, ob sich eine Jugendorganisation von Perón löst, wichtiger ist, daß die Massen selbst erkennen, daß diese "Volksregierung" im Grunde keine ist. Und das wichtigste Mittel in diesem Kampf ist der Kampf gegen den Pacto social, gegen das Stillhalteabkommen zwischen Gewerkschaftsbürokratie und Unternehmerverband, der Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen, der Kampf gegen den Imperialismus. In diesem Kampf, mit dem sich das Volk identifiziert, das ihn so oder so führt, gilt es zu erkennen, daß dieser Kampf schließlich gegen und nicht mit dieser "Volksregierung" geführt werden kann und muß.

die sondernummer 1 der chile-nachrichten

erscheint gleichzeitig mit dieser Nummer und kann gegen Einzahlung von DM 3,- pro Stück bei der Redaktion bestellt werden. Sie hat 96 Seiten.

INHALT:

Der "chilenische Weg": zwei Jahre danach, von Aníbal Quijano
 Imperialismus in Chile, von James D. Cockcroft
 Machtprobe in Chile, von Andy Zimbalist und Barbara Stallings
 Chile: Die Machtfrage, von Paul M. Sweezy
 Die Konterrevolution in Chile, von ***

**Verfassungstreue schützt
vor Faschismus nicht —
CHILE - BRD**

Rektor Mattenauer: "Ich habe einen Eid auf die Verfassung geschworen und muß deshalb auf Einhaltung der Geschäftsordnung des Senats dringen".

WIE EINE DEUTSCHE UNIVERSITÄT DIE SOLIDARITÄT MIT CHILE BEKÄMPFT;
EINE DOKUMENTATION

1. Line Zeitungsmeldung

Die Rektoren und Dekane der chilenischen Universitäten sind abgesetzt und durch Offiziere ersetzt worden; die Fakultäten für Soziologie, Journalismus und Pädagogik wurden geschlossen (Le Monde, 3.10.73). Spätere Meldungen bestätigen, daß auch die katholischen Universitäten, obwohl sie der Aufsichts- und Verwaltungshoheit des Vatikans unterliegen, von diesen Maßnahmen nicht ausgeschlossen bleiben.

2. Ein Vertrag

Zwischen der Universität Kiel und der katholischen Universität von Santiago de Chile besteht ein Partnerschaftsvertrag.

3. Der Senat

Der Senat der Universität Kiel setzt sich zusammen aus: dem letzten, dem amtierenden und dem nächsten Rektor, je 2 Professoren der 7 Fakultäten, je 2 Vertretern der Nichtordinarien, der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten. Mitglieder insgesamt: 25, davon 17 Professoren.

4. Ein erster Antrag

Am 15. Oktober wird einem Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter durch das Kieler Chile-Komitee die Pressemeldung aus Le Monde mitgeteilt. Daraufhin beantragen die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter in einer am folgenden Tag stattfindenden Senatsitzung, einen Antrag über die Situation der chilenischen Universitäten einbringen zu dürfen. Der Rektor erklärt als Vorsitzender des Senats, die Geschäftsordnung lasse Tagesordnungspunkte, die später als 24 Stunden vor Beginn der Sitzung eingebracht werden, nicht zu. Nach Protest der wissenschaftlichen Mitarbeiter unter Hinweis auf §4 der Geschäftsordnung stellt er fest, daß die Einbringung des Antrags doch zulässig ist, die Behandlung aber nur erfolgen kann, wenn niemand widerspricht - ein Professor widerspricht - oder wenn der Rektor die Beschlußfassung fordert - er fordert sie nicht: Die Diskussion über Chile findet nicht statt.

5. Derselbe Antrag ein zweites Mal

Die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter stellen fest, daß auf der Einladung zur nächsten Senatsitzung am 23./24. Oktober der von ihnen bereits am 16. Oktober geforderte Tagesordnungspunkt "Situation der chilenischen Universitäten" entgegen der Ankündigung des Rektors nicht enthalten ist. Sie verlangen schriftlich einen Tag vor der Sitzung die Behandlung dieser Frage und stellen dazu den bereits für den 16. Oktober vorgesehenen Antrag erneut:

"Der Senat der Christian-Albrechts-Universität Kiel verurteilt auf das Schärfste die Maßnahmen der Militärdiktatur Chiles, die Freiheit und Unabhängigkeit des chilenischen Volkes zu beseitigen. Er erhebt insbesondere heftigen Protest gegen die willkürlichen Eingriffe in die chilenischen Universitäten. Die Einsetzung von

Mitgliedern des Militärs als Rektoren und Dekane mit dem Auftrag einer völligen Reorganisation der Universitäten bedeutet einen Eingriff in die fundamentalsten Rechte der universitären Selbstverwaltung. Die - erklärmaßen definitive - Auflösung der Fakultäten für Soziologie, Pädagogik und Journalismus und die Anullierung aller in diesen Fächern erlangten Leistungsnachweise bedeuten das Ende der wissenschaftlichen Ausbildung in Bereichen, die für die Erörterung öffentlicher Probleme von entscheidender Bedeutung sind. Mit dieser Maßnahme stellt die Militärjunta erneut unter Beweis, daß sie mit der totalen Kontrolle der öffentlichen Meinung und der Ausbildung ihr faschistisches System festigen will.

Der Senat fordert alle Parteien, Organisationen und Personen auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um daß Ende der militärischen Herrschaft in Chile zu erreichen. Er mißbilligt die Unterstützung eines Regimes, das wichtige Bereiche der Wissenschaft verbietet, und unterstützt alle Bemühungen, die Herrschaft dieses Regimes in Chile zu überwinden."

In der Sitzung wird der Tagesordnungspunkt ohne Diskussion oder Abstimmung in die Tagesordnung eingefügt. Es kommt jedoch nicht zur Behandlung des Problems, weil einem Antrag eines Professors auf Nichtbefassung stattgegeben wird. Als Begründung wird mangelnde Information und Nichtzuständigkeit des Senats für allgemeinpolitische Fragen angegeben.

6. Die Meinung der Universitätsmitglieder

Die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Institut für Meereskunde, dem ca. 60 wissenschaftliche Mitarbeiter angehören, beginnen mit einer Unterschriftensammlung, die das Vorgehen des Senats verurteilt:

"Wie aus dem Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1973/74 hervorgeht, besteht ein Partnerschaftsvertrag der Universität Kiel mit der katholischen Universität in Santiago de Chile. Als dieser Vertrag vor seinem Abschluß stand, hat der Senat durch seine Kommission für Auslandsbeziehungen die Frage, ob unter den unsicheren politischen Verhältnissen Chiles ein solcher Vertrag begrüßenswert sei, ausführlich diskutiert und keine Bedenken gegen die Behandlung allgemeinpolitischer Probleme, soweit sie den Partnerschaftsvertrag betreffen, gehabt.

Dem Senat der Universität hat deshalb in seiner Sitzung am 23./24. Oktober ein Antrag vorgelegen, in dem die Ablösung der Rektoren und Dekane der chilenischen Universitäten durch Militärs und die Schließung der Fakultäten für Soziologie, Pädagogik und Journalismus verurteilt wurde, und mit dem der Senat alle Parteien, Organisationen und Personen auffordern sollte, auf das Ende der militärischen Herrschaft in Chile hinzuwirken. Dieser Antrag ist im Senat nicht behandelt worden, da der Senat mit der Begründung, die Behandlung allgemeinpolitischer Probleme gehöre nicht in die Zuständigkeit des Senats, mehrheitlich die Nichtbefassung beschloß.

Die unterzeichneten wissenschaftlichen Mitarbeiter der Universität sind der Meinung, daß die in dem Antrag aufgeworfenen Fragen einen direkten Zusammenhang mit dem bestehenden Partnerschafts-

vertrag haben und deshalb in die Zuständigkeit des Senats gehören. Mit ihrer Unterschrift protestieren sie entschieden dagegen, daß der Senat durch Nichtbefassung einer Behandlung des Antrags ausgewichen ist."

Die gewählte Vertretung der wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Universitätsebene (Konvent) schließt sich diesem Vorgehen an und organisiert die Unterschriftensammlung in einigen anderen Instituten. Bis zum 27. November liegen 126 Unterschriften vor.

Die Sektion Universität Kiel der Gewerkschaft GEW verteilt in der Universität ein Flugblatt, in dem sie ihr Entsetzen darüber zum Ausdruck bringt, daß "aus der Haltung der Senatoren zu entnehmen ist, daß zumindest in der Universität Kiel keine Konsequenz aus der Rolle der deutschen Universitäten im Faschismus gezogen wurde".

7. Ein Freundestreffen

Der reaktionäre Politologe Prof. Kaltefleiter benutzt die Anwesenheit führender Mitglieder der Democracia Cristiana auf dem CDU-Parteitag in Hamburg, einen Theoretiker der chilenischen Rechten zu einem nichtöffentlichen Vortrag in der Universität Kiel einzuladen. Etwa 40 Studenten, die davon erfahren, nachdem der Vortrag bereits begonnen hat, erscheinen als Zuhörer und veranlassen den Politologie-Professor, sich den Rest des Vortrags im ursprünglichen kleinen Kreis zu Hause anzuhören.

8. Neue Information über den Vertrag

Die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter erfahren weitere Einzelheiten über den Partnerschaftsvertrag. So heißt es in Artikel 12 des Vertrags: "Diese Vereinbarung tritt mit dem Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft. Auf deutscher Seite bedarf sie zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des schleswig-holsteinischen Kultusministers und des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit." Die Unterschriften der Rektoren der beiden Universitäten sind erfolgt; der Vertrag ist damit in Kraft. Die Zustimmung durch das Bundesministerium ist nach Auskunft der Universität Kiel notwendig, damit die Bundesregierung der Verwendung von 1.4 Millionen DM für die Förderung der Zusammenarbeit mit der chilenischen Universität zustimmt; sie erfolgte bisher nicht, vielmehr heißt es in einem Schreiben des Bundesministeriums vom 17. September dazu: "Bedingt durch die Vorgänge der letzten Wochen in Chile ist jedoch die weitere Entwicklung abzuwarten."

9. Ein alter und vier neue Anträge

Nachdem die Einladung zur nächsten Senatssitzung ergangen ist, bringen die wissenschaftlichen Mitarbeiter einen Tag vor der Sitzung schriftlich zwei neue Anträge ein, von denen einer inhaltlich den abgewiesenen Antrag wieder aufnimmt:

1. "Der Senat stimmt dem Antrag der Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Situation der chilenischen Universitäten, der zur Senatssitzung am 23./24. Oktober 1973 vorlag und auf Beschluß des Senats nicht behandelt wurde, zu.
Begründung: Es hat sich gezeigt, daß der Beschluß des Senats auf Nichtbefassung, der am 23./24. Oktober erfolgte, von weiten Teilen der Universitätsöffentlichkeit kritisiert worden ist. So liegt aus dem Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter eine Stellungnahme vor, in der die Meinung ausgedrückt wird, daß der benannte Antrag sich mit der Frage der Lehr- und Forschungssituation einer

Partnerschaftsuniversität befaßt und daher ohne Zweifel in die Zuständigkeit des Senats gehört. Nahezu 100 wissenschaftliche Mitarbeiter haben durch ihre Unterschrift bekundet, daß sie diese Meinung teilen. Die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter betrachten es deshalb als unzulässig, wenn sich der Senat über die Überzeugung der Universitätsöffentlichkeit ohne inhaltliche Diskussion des Sachverhalts hinwegsetzt."

2. "Der Senat beauftragt das Rektorat, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit mitzuteilen, daß seitens der Universität Kiel die Herstellung der Wirksamkeit des Partnerschaftsvertrages mit der Universidad Católica de Santiago de Chile unter den gegenwärtigen Umständen nicht erwünscht ist, und daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit keine Schritte zur Herstellung der Vertragswirksamkeit unternehmen möge, bevor nicht der Senat der Christian-Albrechts-Universität durch das Rektorat sein Interesse daran mitgeteilt hat.
Begründung: Der Partnerschaftsvertrag zwischen der Christian-Albrechts-Universität Kiel und der Universidad Católica de Santiago ist seit dem 16.8.1973 in Kraft, bedarf jedoch zu seiner Wirksamkeit der Gegenzeichnung des Kultusministers des Landes Schleswig-Holstein und des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Da die Universidad Católica de Santiago nach der gewaltsamen Beseitigung der Regierung der Volkseinheit in Chile der Militärjunta in einer Grußadresse ihre untergeordnete Unterstützung zugesagt hat, bedeutet die Förderung der Universidad Católica de Santiago eine Förderung des gegenwärtigen Systems in Chile. Die Christian-Albrechts-Universität Kiel kann deshalb zur Zeit kein Interesse an der Ausfüllung des Partnerschaftsvertrages haben und sollte auf die zuständigen Ministerien dahingehend einwirken, daß es nicht gegen ihren Willen zur Wirksamkeit des Vertrages kommt."

Die Vertreter der Studenten bringen am selben Tag zwei weitere Anträge ein:

1. "Der Senat verurteilt, daß von Prof. Kaltefleiter ein führendes Mitglied der chilenischen Christdemokraten zu einer nichtöffentlichen Veranstaltung an der Universität eingeladen worden ist, dessen Sympathien für den Militärputsch Herrn Kaltefleiter bekannt gewesen sein müssen."
2. "Zur Unterstützung chilenischer Wissenschaftler und Studenten, die von der Militärjunta zur Emigration gezwungen wurden, oder die selbst nach dem Militärputsch ausreisen müssen, beantragt der Senat beim Kultusministerium 10 Lehrstellen für chilenische Wissenschaftler. Weiterhin stellt die Universität Kiel 50 chilenischen Studenten Studienplätze bereit und verpflichtet sich, für die Unterbringung und Versorgung dieser Studenten Sorge zu tragen. Die Universität wird sich in der Festlegung der Personen an den Vorschlägen von Amnesty International, Büro Frankfurt, orientieren."

10. Das Kernproblem: Die Geschäftsordnung!

In §4 der Geschäftsordnung des Senats heißt es: "Jedes Mitglied kann bis spätestens vierundzwanzig Stunden vor der Sitzung die Aufnahme eines Punktes in die Tagesordnung verlangen. Über Gegenstände, die erst nach der Einladung auf die Tagesordnung gesetzt worden sind, kann Beschluß nicht gefaßt werden, wenn Widerspruch erhoben wird, es sei denn, daß der Rektor die Beschlußfassung fordert und zwei Drittel der Anwesenden ihm zustimmen."

Das bisherige Verfahren des Senats, nach dem auch bei der Behandlung des ersten Antrags am 16. Oktober und am 23./24. Oktober vorgegangen worden ist, legte diesen Passus zweifellos weitherzig aus: Alle Anträge zur Tagesordnung, die spätestens 24 Stunden vor Beginn der Sitzung vorlagen, wurden ohne Beanstandung oder Abstimmung in die Tagesordnung aufgenommen; später eingegangene Anträge zur Tagesordnung wurden dem in §4 angegebenen Zustimmungsverfahren unterworfen.

In der Sitzung des Senats am 27. November jedoch erkennt der Rektor den Inhalt des §4 in seiner ganzen Tragweite und gerät in "Verfassungskonflikte" (daher das Motto dieser Dokumentation). Entgegen aller bisher geübten Praxis stellt er fest, daß die vorliegenden Anträge zu Chile zwar 24 Stunden vor Beginn der Sitzung, aber nach Versand der Einladungen eingegangen sind und daher nur behandelt werden können, wenn niemand widerspricht - ein Professor widerspricht - oder wenn der Rektor die Beschlußfassung fordert - er fordert sie nicht... Auf den Vorwurf, angesichts des von der Junta festgelegten Ausreisetermins für politische Flüchtlinge arbeite er mit seiner Politik des Blockierens von wichtigen und dringenden Anträgen über Wochen den Faschisten direkt in die Hände, antwortet er mit dem Hinweis auf seinen auf die Verfassung geleisteten Eid...

11. Eine Sondersitzung und ihr Ergebnis

Gemäß Geschäftsordnung muß der Rektor eine Sondersitzung des Senats einberufen, wenn mindestens 5 Senatsmitglieder dies fordern. Es gelingt den 2 Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiter und den 2 Studentenvertretern, einen Professor dafür zu gewinnen. Die Sondersitzung zu Chile findet am 7. Dezember statt.

In dieser Sitzung stellt der Senat alle Möglichkeiten, Studenten und Dozenten aus Chile aufzunehmen, in allen Einzelheiten fest und beauftragt den Rektor, für ihre Verbreitung in der Öffentlichkeit zu sorgen. Der Rektor erklärt, daß diese Aufgabe zwar in seinen Zuständigkeitsbereich falle, daß er aber nicht zu besonders engagierter Vertretung der Sache verpflichtet sei...

Zur Frage des Partnerschaftsvertrages wird beschlossen, das Bundesministerium um eine Frist zu bitten, bis sich der Senat besser informiert habe. Mit der Einholung der Information wird der Rektor beauftragt... Die Formulierung, der Vertrag sei "unter den gegenwärtigen Umständen nicht erwünscht", wird gestrichen.

Bei den übrigen Anträgen wird Nichtbefassung verlangt und angenommen mit der Begründung, die Meinungs- und Lehrfreiheit an der Universität erlaube den Professoren die Einladung jedes Gastes, und im übrigen habe allgemein-politische Thematik im Senat nichts zu suchen.

Kommentar eines Senatsmitgliedes, das die Sitzung verläßt: "So sind die deutschen Universitäten dem Faschismus schon einmal anheimgefallen!"

FLÜCHTLINGE

Aus dem Innenministerium verlautet, daß eine große Publizität der zum Teil verzweifelten Lage, in der sich die Verfolgten in Chile und die Chile-Flüchtlinge befinden, den Interessen der Schutzsuchenden wie dem humanitären Anliegen der Bundesrepublik nicht zuträglich ist. Tatsache ist, daß die Interessen des Bundesinnenministeriums der Not der Verfolgten und Flüchtlinge nicht "zuträglich" sind. Daraus ergibt sich folgerichtig: Durch verstärkte Anstrengungen in der Öffentlichkeitsarbeit die Anliegen der Flüchtlinge und Verfolgten in der Bundesrepublik durchzusetzen.

In Chile wütet die brutale Verfolgung der Junta weiter. Die letzten Nachrichten berichten von 30.000 Toten, 40.000 Häftlingen in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Die standrechtlichen Erschießungen dauern an. Das Bestehen von "escuadrones de muerte", Todesgeschwadern, die der Polizei und dem Militär bei ihrer Arbeit behilflich sind und von ihnen geduldet werden, ist inzwischen mehrfach bestätigt worden; dabei werden, wie es in der Fachsprache heißt, keine Gefangenen gemacht. Die Folterungen an den Gefangenen haben den denkbaren Höchstgrad erreicht: Ärzte beteiligen sich als Spezialisten, es werden Vivisektionen praktiziert, den Häftlingen werden Arme, Beine, das Rückgrat gebrochen, Kastrationen durchgeführt. Zur höheren Effizienz der Verfolgung bedient man sich moderner Datenverarbeitungsanlagen. Die Hungerlöhne der Arbeiter ermöglichen es ihnen kaum noch, entlassenen Genossen und Freunden beizustehen.

Die bedrohliche Lage der Chile-Flüchtlinge in den lateinamerikanischen Ländern spitzt sich zu. Bis Anfang Februar haben nach Angaben des Weltkriechenrates 6.200 nicht-chilenische Flüchtlinge aus den für sie eingerichteten Auffangslagern Chile verlassen; 3.000 - 4.000 weitere Flüchtlinge sind mit eigenen Mitteln ins Ausland gelangt. 4.500 Flüchtlinge, die vorübergehende Zuflucht in den lateinamerikanischen Ländern gefunden haben, benötigen kurzfristig ein Asyl.

In Argentinien wird die Zahl der Flüchtlinge Mitte Februar auf 5.000 - 10.000 geschätzt; monatlich gelangen nach Argentinien wenigstens 500 Verfolgte aus Chile. Die argentinische Regierung hat bereits im Dezember die Unterstützung für die Flüchtlinge eingestellt. Die Hilfskomitees haben nach Berichten aus Buenos Aires "buchstäblich kein Geld mehr". Neben Anschlägen und Entführungen einzelner Flüchtlinge von reaktionären und faschistischen argentinischen Gruppen und brasilianischen Agenten ist in Buenos Aires die Aktivität von chilenischen Polizeikommandos festgestellt worden. Die Flüchtlinge aus Chile vergleichen vereinzelt die Situation in Argentinien mit der Zeit vor dem Putsch in Chile.

Die Botschaft der Bundesrepublik in Buenos Aires verweigert den Flüchtlingen das politische Asyl, obwohl die Bundesregierung beschlossen hatte, Flüchtlingen aus den Drittländern Asyl zu gewähren.

EINE VERZWEIFELTE BILANZ!

In der Bundesrepublik befinden sich zur Zeit etwa 500 Flüchtlinge aus Chile, verteilt auf die Länder Hessen (100), Niedersachsen (200) und Nordrhein-Westfalen (200). Über die Zahl der als Touristen eingereisten

Flüchtlinge gibt es kaum Angaben, da ihr Schicksal noch ungewiß ist. Die Bemühungen, den Aufenthalt der Flüchtlinge in den Durchgangslagern (mit weiteren Befragungen-Verhören) zu verhindern, sind zumeist von der Bürokratie vereitelt worden. Die Kritik an den Zuständen in den Lagern, insbesondere im Fall Friedlands, hat bisher wenig erreicht.

Nach Angaben des Außenministeriums werden noch etwas mehr als 400 Flüchtlinge in der Bundesrepublik erwartet, die sich zusammensetzen sollen aus Flüchtlingen der Auffanglager, verschiedener Botschaften und Drittländern. Unklar ist, was aus der ursprünglich genannten Zahl von weiteren 500 Flüchtlingen aus den Auffanglagern geworden ist, die in der Bundesrepublik aufgenommen werden sollten.

WAS IST ZU TUN?

Die bevorstehende Auflösung der Auffanglager für die Ausländer in Chile, die hermetisch abriegelten Botschaften in Santiago lassen als einzigen Weg für die Verfolgten vielfach nur noch die Flucht nach Argentinien übrig. Von daher muß einerseits Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, die Einreise von Flüchtlingen aus Argentinien in die Bundesrepublik nicht nur in wenigen Einzelfällen, sondern generell zu ermöglichen; andererseits ist dringend die materielle Unterstützung der Hilfs-Komitees in Argentinien erforderlich. Verdoppelt werden müssen die Anstrengungen, Patenschaften, Arbeitsverträge bzw. Stipendien für die Flüchtlinge in der Bundesrepublik bereitzustellen, da ihnen so die direkte Einreise in die Bundesrepublik möglich ist.

UNSERE HILFE WIRD DRINGEND GEBRAUCHT!

SPENDET FÜR DEN SIEG DER
CHILENISCHEN ARBEITERKLASSE

PSCHK BERLIN-WEST, ELFRIEDE KOHUT, NR. 380 087-108

KENNWORT: HILFE FÜR CHILE

DEUTSCHE BANK, 8 MÜNCHEN, KURFÜRSTENPLATZ
KONTO-NR. 35-53062 SONYA PATRICK-LARTHE

INFORMATIONEN

Das ist das Titelblatt eines spanisch-sprachigen Bulletin, das in Zukunft von Lateinamerikanern, die aus Chile nach Berlin gekommen sind, herausgegeben wird: Die erste Nummer, die in den nächsten Tagen erscheint, enthält außer eigenen Artikeln, u.a. zur Wirtschaftspolitik der Junta, zur Unterdrückung und zum Widerstand in Chile die letzte Erklärung der Chilenischen Linken sowie Dokumente der Sozialistischen Partei, des MIR und des MAPU. Kontaktadresse ist das Büro der Chile-Nachrichten.



SI, COMPAÑERO!!

CHILE-SCHALLPLATTE

Wir sind eine Gruppe von jungen Arbeitern und Arbeiterinnen im Georg-von-Rauch-Haus. Seit dem Militärputsch berichten wir in Betrieben und auf Informationsveranstaltungen über die Situation in Chile. Neben Spendenaktionen überlegten wir uns, wie wir den Kampf für ein sozialistisches Chile weiter materiell unterstützen können. Ein Genosse verfaßte einen Text und wir machten gemeinsam ein Lied daraus. Dieses Lied spielten wir auf Informationsveranstaltungen vor. Da die Resonanz gut war, beslossen wir, dieses Lied auf eine Schallplatte zu bringen. Neben dem Lied sind auf der Platte Originalinterviews (mit Übersetzungen), die ein mexikanischer Reporter im Leichenschauhaus und vor dem Nationalstadion Santiagos gemacht hat. Der Gewinn dieser Platte wird nach Chile gehen (über das Komitee "Solidarität mit Chile" in Westberlin). Der Solidaritätspreis beträgt DM 4.- (in Briefmarken, Bargeld oder als Scheck beilegen). Bezug: Joachim Müller, 1 Berlin 36, Waldemarstr. 102.

"SOLIDARITÄT CHILE" eine Platte,

die von dem Kölner "Aktionskomitee Chile" herausgegeben wurde. Sie enthält Reden und chilenische Lieder. Die Platte wurde zur Unterstützung für die politische Verfolgten in Chile gemacht und dem Kölner Komitee unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Reinerlös geht Amnesty International für ihre Arbeit in Chile zu.

Die Platte ist in Buchhandlungen oder direkt beim Kölner "Aktionskomitee Chile" erhältlich.



Dieses Motiv ist als Autokleber (selbstklebend, Format 10x10 cm, Menschen schwarz, Hintergrund rot, Schrift weiß) gegen Vorauszahlung eines Solidaritätspreises von DM 2.- in Briefmarken über Chile-Komitee, c/o ESG, 1 Berlin 31, Koblenzer Str. 8, über Reinerlös wird der Widerstandsbewegung in Chile zugeführt.



BLUTSPENDEAKTION :

In Kiel, Hamburg und Hannover ist eine Blutspendeaktion durchgeführt worden, die in 4 Tagen mehr als 30 000 DM erbracht hat. Ein ausführlicher Erfahrungsbericht (für die Durchführung ähnlicher Aktionen) ist anzufordern bei: Chile-Komitee Kiel, CAU Kiel

23 Kiel
Westring
ASTA UNI Kiel
Postfach Chile-Komitee

AKTIONSWOCHE EINER SCHÜLERGRUPPE :

Etwas verspätet erreichte uns der Erfahrungsbericht der Schülergruppe eines Gymnasiums in Hannover über eine durchgeführte Aktionswoche: Solidarität mit Chile. Zur Nachahmung ähnlicher Veranstaltungen in Schule und Unterricht empfehlen wir die veröffentlichte Dokumentation (zu beziehen über Jürgen Taeger, 3 Hannover, Quedlingburger Weg 3

AUFRUF FÜR DAS CHILE-ARCHIV :

Wir suchen dringend alle Nummern der Wochenzeitschrift Chile-Moy - bitte schicken an: Chile-Komitee, c/o ESG, 1 Berlin 31, Koblenzerstr.8

Der DED (Deutscher Entwicklungsdienst)

hat auf der Sitzung des Verwaltungsrats am 11.2.74 beschlossen, im April eine 3 - 4 köpfige Delegation (Kommission) nach Chile zu senden, um eine Evaluierung bezüglich einer Weiterführung der Entwicklungsdiensttätigkeit der BRD in Chile vorzunehmen.

Die Kommission soll sich zusammensetzen aus den Herren:

Schempp - DED -Beauftragter für Chile
Rüssing - Referent für Grundsatzfragen in der Projektabteilung des DED
1 peruanischer Entwicklungshelfer

Unter Umständen soll noch 1 unabhängiger Außenstehender hinzugezogen werden.

ACHTUNG - AUFRUF AN ALLE !

Wir rufen alle Fernseh-Gucker, Radio-Hörer, Zeitungsluser dazu auf, aktiv der Junta-Propaganda zu begegnen (siehe "Die Propagandawelle der Junta" Artikel in dieser Nummer der CHILE-NACHRICHTEN) und den Redakteuren-Redaktionen von aufklärerischen Sendungen und Artikeln durch Zuschriften und Anrufe das Rückrats zu stärken.

ZUR INTERNATIONALEN CHILE - KONFERENZ VOM 24. - 27. APRIL 1974

Die CHILE-NACHRICHTEN werden weiter über die Konferenz und Vorbereitungen dazu berichten. Gleichzeitig mit dieser Nr. der NACHRICHTEN bringen wir eine erste Sondernummer zur Intensivierung der inhaltlichen Auseinandersetzung und zur Vorbereitung der Konferenz heraus. Die CHILE-NACHRICHTEN SONDERNUMMER 1 (8.2.74) drucken Versuche analytischer Einschätzungen zum "chilenischen Prozeß" ab, u.a. von: J.D.Cockroft, A.Quijano, P.Sweezy und A.Zimbalist.

BIBLIOGRAPHIE

BÜCHER:

Th. Billhardt u.a., Santiago de Chile, Hoffnung eines Kontinents
Verlag Volk und Welt, Berlin DM 19.80

Hrsg. vom Antimperialistischen Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK), Chile - ein Schwarzbuch Pahl-Augenstein Verlag, Köln DM 12,80

Beatriz Allende/Fidel Castro, The Highest Example of Heroism Reden vom 28. September 1973 Instituto Cubano del Libro La Habana 1973

Katalog: Lateinamerika und Spanien 1973 Klaus-Dieter Vervuert - Bücher/Libros 6000 Frankfurt 56, Haintalstr.65

BROSCHÜREN:

Dokument: Christen für den Sozialismus/ Santiago de Chile März 72 Hrsg. von der Projektgruppe Lateinamerika Bielefeld 48 Bielefeld, Turnerstr. 2 DM 1.--

Hrsg. von der Gruppe Internationale Marxisten und der Revolutionären Marxistischen Liga (GIM und RML), Chile nach dem Putsch - Analysen und Dokumente zum Putsch und Widerstand, Januar 1974 DM 2.-- ISP-Verlag, 2000 Hamburg 13, Hochallee

K.H. Hansen, E.Horn u.a., Der Putsch in Chile - Vorbild oder Warnung für die Bundesrepublik? Schriftenreihe des "Pressedienst Demokratische Aktion", Nr. 17 DM 1,90

Hrsg. von den Jungsozialisten Hamburg, Venceremos - Chile und die UP DM 2.-- 2000 Hamburg 36, Wexstr.36

als Dokument der Rechten: in einem Rundschreiben (5/73) veröffentlicht der Ibero-Amerika Verein eine "klärende Darstellung" von der Deutsch-Chilenischen Industrie- und Handelskammer in Santiago, vom 28.11.73.

Das Dokument, an dessen weitgehender Verbreitung -als 'Gegengewicht'- der Verein interessiert ist, ist zu beziehen über: Ibero-Amerika Verein e.V. 2 Hamburg 36, Alsterglaciis 8.

Lateinamerika heute - Nr. 5 Argentinien: der peronismus gestern und heute (Dezember/73/Januar 74)

Hrsg. von AELA Freiburg DM 1.50 78 Freiburg, Bertholdstr.26

Nr. 6 Chile (Februar 74)

Hrsg. von AELA Hamburg 2000 Hamburg 13, Bornstr.2

Entwicklungspolitische Korrespondenz 5/6 1973: Chile, DM 1,50 E. Adam, 2000 Hamburg 19, Postfach 2846

JUSO - Zeitschrift der Jungsozialisten 11/12 1973: Chile Bundessekretariat 53 Bonn, Ollenhauerstr. 1

Chile - combatiente, Boletin No. 3 ELH con Chile-Komitee Heidelberg 69 Heidelberg, Hauptstr. 158 DM 1.50

Boletin Chileno 1 - Solidaridad con los obreros y demócratas Chilenos Rotterdam

DISKUSSIONSFORUM

In der letzten Nummer haben wir zu einem Diskussionsforum aufgerufen. Als ersten Beitrag bringen wir Auszüge eines Referats von einem Mitglied der Bewegung "Christen für den Sozialismus":

Bedenkt man die Tradition der parlamentarisch-liberalen Demokratie, die in Chile - neben Uruguay - am vollständigsten ist, d.h. wenn Voraussetzungen vorliegen, wie sie viele andere Länder der Welt nicht haben, und ein Maximum an Freiheiten besteht, so muß man folgern, daß es unter den heutigen Umständen unmöglich ist, in Lateinamerika auf demokratischem Wege zum Sozialismus zu kommen. Wenn jemand bestrebt war, die sozialen Ungerechtigkeiten und Abhängigkeitsverhältnisse zu beseitigen, dann bleibt ihm nur der Weg des bewaffneten Widerstandes mit allen Folgen: Opfer, Tod, Kampf; wer weiß, für wie viele Jahre. Im Fall Chile gab es in den letzten drei Jahren drei Möglichkeiten auf demokratischem Wege zum Sozialismus zu gelangen, aber diese verschlossen sich wieder. Die erste bestand im April 1971, unmittelbar nach den Kommunalwahlen, als die linken Kräfte ungefähr 51% gewannen. Wenn die Regierung zum damaligen Zeitpunkt ein Plebiszit gemacht hätte, was nach der Verfassung möglich gewesen wäre, hätte sie, aller Wahrscheinlichkeit nach, auf diesem Wege erfolgreich das Parlament auflösen können, in dem die Opposition die Mehrheit hatte. Bei anschließenden Neuwahlen hätte sie die Mehrheit erlangen können. So wäre es möglich gewesen, Fortschritte bei der Verwirklichung des Programms der UP zu machen. Es wurde trotzdem nicht gemacht. Zwei Parteien haben damals diesen Weg propagiert, die Sozialistische Partei und der MAPU, er wurde von den anderen Parteien jedoch nicht gebilligt; ebensowenig von Präsident Allende. Die zweite verpaßte Gelegenheit war im Juni 1972, als es beinahe gelang, mit den Christdemokraten zu einer Übereinkunft zu kommen bezüglich einer Verfassungsreform, die festlegen sollte, welches die drei Wirtschaftsbereiche sein sollten. Man hatte eine Verfassungsänderung entworfen, die dem Präsidenten ein Vetorecht einräumen sollte gegen die Gliederung der Wirtschaft in drei Bereiche. Man hatte einzelne Projekte herausgearbeitet, um die Bereiche der Wirtschaft genau einzuteilen. Diese Reform wurde dem Senat zur Abstimmung vorgelegt. Durch einen Trick einiger Senatoren - sie verließen bei der Abstimmung den Saal - erreichte der Entwurf nicht die notwendige Mehrheit. Die dritte Gelegenheit entstand am 29. Juni 1973 nach dem ersten gescheiterten Militärputsch. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Klassenkampf in Chile einen bisher nicht gekannten Höhepunkt erreicht; das Proletariat und seine Organisationen waren noch nie in so hohem Maße mobilisiert. Der von "Vaterland und Freiheit" inszenierte und von der Rechten unterstützte Putsch hatte die gesamte Opposition verwirrt. Nach dem Scheitern des Putsches haben sich die Verschwörer noch in der selben Nacht in verschiedene Botschaften geflüchtet. Auch die in den Putsch verwickelten Militärs rechneten mit ihrer Versetzung in den Ruhestand. Das Volk dagegen verlangte an jenem Abend in einer Versammlung vor dem Präsidentenpalast, hart durchzugreifen, das Parlament zu schließen und die Putschisten zu erschießen. Stattdessen hat Allende die Chefs der drei Waffengattungen als Retter der Nation hingestellt. Dies war ein funda-

mentaler Irrtum, und meiner Ansicht nach wurde in diesem Augenblick das Schicksal der UP besiegt. Trotzdem hat sich Allende im Augenblick des Putsches rehabilitiert. Er verteidigte sich während sieben Stunden mit 40 Mann und weigerte sich zurückzutreten. Er starb im Kampf. Dies widersprach dem Bild, das man bisher von ihm hatte: Fidel Castro hatte ihn als den Mann bezeichnet, der mit der Feder und durch Ideen kämpfte. Der Mann, der 40 Jahre parlamentarische Arbeit hinter sich hatte und an die Demokratie im bürgerlich-liberalen Sinn geglaubt hatte, sagte zu seinen Mitkämpfern: "Genossen! Jetzt schreiben wir die erste Seite unserer Geschichte. Später werden die Arbeiter Amerikas die folgenden Seiten schreiben." Ich glaube Allende richtig zu interpretieren dahingehend, daß er sagen wollte, daß die Epoche der liberalen Demokratie für Chile und Lateinamerika beendet sei und daß die Arbeiter im Anblick seines Todes verstehen müßten, daß es in Lateinamerika nur zwei Alternativen gibt: Faschismus oder der mit Waffengewalt herbeigeführte Sozialismus. Die Tatsache, daß Allende nicht zurückgetreten ist und er damit sein Leben geopfert hat, ist eine Haltung von extrem politischem Charakter: sie öffnet den Völkern die Augen, daß die Militärs eine legal gewählte Regierung auf illegale Weise gestürzt haben und daß man jetzt nicht mehr an diese liberale Demokratie glauben kann, die nur in den Grenzen eines kapitalistischen Systems funktioniert.

Mir scheint klar zu sein, daß man innerhalb der Linken einige Konzeptionen revidieren muß, die mit ziemlicher Leichtigkeit immer wieder verwendet werden: z.B. man verhält sich so, als ob der Klassenkampf im eigenen Land anfängt und dort auch aufhört! In Chile wußten die Leute, daß es einen proletarischen Internationalismus gibt, sie wußten, daß man heute - als Voraussetzung für eine Revolution - international vorgehen müsse und daß heute der Kapitalismus seine ursprüngliche Form geändert hat und selbst international vorgeht; d.h. daß heute eine internationale Bourgeoisie entsteht, die aber als solche nicht international organisiert ist, denn sie ist überall durch die multinationalen Unternehmen repräsentiert und hat Verbündete überall in der Welt in den jeweiligen nationalen Bourgeoisien. Dazu steht im Gegensatz die Arbeiterklasse, für die der proletarische Internationalismus nicht als etwas Wirkliches und Praktisches existiert. Die internationale Bourgeoisie sieht sich gegenüber einer in Ländern gespaltenen und innerhalb der Länder nochmals gespaltenen Arbeiterklasse, deren Siegesaussichten daher sehr gering sind!

Dies ist eine erste Korrektur, die wir hinsichtlich unserer Vorstellungen vornehmen müssen. Die zweite Korrektur: die Klassenanalyse. Man neigt dazu, die Proletarier den Industriearbeitern gleichzusetzen. Aber innerhalb der modernen technifizierten Gesellschaft gibt es Mittelschichten, die entscheidend dafür sind, die Macht auf die eine oder andere Seite zu verlagern. Man muß dazu kommen, die Verflechtungen dieser Mittelschichten (Techniker, Akademiker) genauer zu untersuchen, d.h. ihre Verflechtung mit dem Proletariat. Man muß bedenken, daß heute ein großer Teil der Arbeit nicht mehr aus manueller Arbeit besteht, sondern aus einer Vielzahl spezifizierter Arbeiten, die großes Gewicht haben und die in der Regel von dem anderen Sektor ausgeübt werden. Ein drittes Element, das aufgrund des chilenischen Putsches untersucht werden muß: welche Zukunft hat heute die Internationale. Wenn man heute bei einer Revolution nicht in internationalen Kategorien denkt, wenn es keine Einheit innerhalb der Linken gibt, dann ist eine Revolution sinnlos; außerdem verantwortungslos, weil von den Arbeitern ein Opfer und Blutvergießen gefordert wird, das möglicherweise sinnlos ist.

Es ist zu wünschen, daß man aus der Uneinigkeit unter den chilenischen Parteien auch in Europa lernt. Deshalb haben die Gruppen von Chilenen, die sich im Ausland befinden, die Absicht, zu einem Weltkongress aufzurufen, um auszuschließen, daß künftig die Solidaritätsveranstaltungen unter Ausschluß jeweils anderer Gruppen gemacht werden. Man will hier dem Beispiel Vietnams folgen, wo auch von Vietnamesen der Aufruf zu solchen Kongressen an alle Gruppen erging, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß sie mit allen linken Gruppen zusammenarbeiten und auch, wie im Falle Vietnams, die Solidarität nicht-linker Gruppen annehmen.

Eines der letzten Fotos von Präsident Salvador Allende



REDAKTIONSNACHRICHTEN

Die CHILE-NACHRICHTEN werden im Auftrag folgender Komitees herausgegeben:

Chile-Komitee Berlin,
Chile-Komitee Hamburg,
Komitee für ein sozialistisches Chile Hannover,
Komitee Solidarität mit Chile Heidelberg,
Aela München
Komitee Solidarität mit Chile Tübingen

Das Chile-Komitee Marburg ist aus dem Herausgeberkreis der CHILE-NACHRICHTEN ausgeschieden.
Die Redaktion hat ihren Sitz in Berlin.

Leider sind sehr viele Ausgaben früherer Nummern nicht mehr zu haben. Auch von der CHILE-ZEITUNG gibt es kein einziges Exemplar mehr. Wir weisen in diesem Zusammenhang noch einmal auf das rororo-aktuell-Buch Nr. 1717A "Konterrevolution in Chile" hin, in dem alle wesentlichen Beiträge zu den Nummern 1 - 7 der CHILE-NACHRICHTEN abgedruckt sind.

Die Nachfrage nach den CHILE-NACHRICHTEN steigt weiterhin, ebenso die Kosten. Alle redaktionellen Arbeiten, Schreibarbeiten, Layout und Druckarbeiten werden vom Redaktionsteam und befreundeten Druckern gratis in Nacharbeit erbracht. Aber die Kosten müssen aus dem Leserkreis gedeckt werden. Alle Leute, die bisher nicht für die CHILE-NACHRICHTEN gespendet haben (die Hälfte der Abonnenten), werden aufgefordert, dies sofort zu tun:
Spendenkonto: Postscheckamt Berlin West Nr. 380087-106
Kontoinhaberin: Elfriede Kohut.